

1 **Ein gutes Leben für Alle!**

2 **Unsere Schwerpunkte**

3 DIE LINKE wird im Landtag in Schleswig-Holstein dringend gebraucht. Es braucht dort eine
4 Kraft, die konsequent für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Klimagerechtigkeit steht. Die
5 letzten Jahre waren dagegen geprägt von einem sozialen Kahlschlag und einer
6 klimapolitischen Katastrophe.

7 Damit das Leben in Schleswig-Holstein besser wird, werden wir im Landtagswahlkampf mit
8 folgenden Schwerpunkten für die Wahl der LINKEN werben:

9 1. **Wohnen für alle bezahlbar machen!**

10 Wohnen ist zu einer der sozialen Fragen unserer Zeit geworden. Die Mieten müssen sinken.
11 Wir schrecken auch vor radikalen Antworten bis hin zu Enteignungen nicht zurück.
12 Außerdem wollen wir ein Investitionsprogramm für die Schaffung von 10.000
13 Sozialwohnungen im Jahr fördern. Außerdem wollen wir Bodenspekulation beenden, so dass
14 auch der Kauf von Baugrund für Privatpersonen erschwinglicher wird.

15 2. **Klimawandel stoppen! - Energiewende schneller voranbringen und kommunal 16 gestalten**

17 Wir wollen, dass in Schleswig-Holstein die Energiewende endlich wieder schneller
18 voranschreitet und dass alle Menschen in Schleswig-Holstein von ihr profitieren. Wir werden
19 uns dafür einsetzen, dass die Kommunen und das Land Wind-, Sonne- und Wasserkraftwerke
20 bauen und die Wertschöpfung daraus im Land und bei der öffentlichen Hand behalten.
21 Wind, Sonne und Wasser gehören der Gemeinschaft und sind nicht für den Profit von
22 privaten Firmen oder Großkonzernen da.

23 3. **Für gutes Leben vor Ort überall in SH**

24 Wir wollen die Nahversorgung ausbauen und erhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
25 überall öffentliche, unkommerzielle Orte vorhanden sind, die die Gemeinschaft stärken.
26 Jugendtreffs, Dorfkneipen, Gemeinschaftshäuser und Beratungsstellen müssen
27 selbstverständlich werden. Wir wollen die Gemeinschaft stärken und für das Gemeinwohl
28 eintreten. Zur guten Nahversorgung gehört auch, dass Menschen gut leben können, wenn es
29 ihnen schlecht geht. Wir wollen, dass jeder Ort in Schleswig-Holstein in mindestens sieben
30 Minuten durch einen Rettungswagen erreicht werden kann und dass niemand in Schleswig-
31 Holstein mehr als 30 Minuten zum Facharzt fahren muss. Öffentliche Gesundheitszentren
32 wollen wir fördern.

33 4. **Für kostenlosen und gut ausgebauten Nahverkehr**

34 Bus und Bahn sind viel zu teuer, vielen Orts fahren sie in SH nicht einmal. Wir werden uns für
35 kostenlosen ÖPNV einsetzen und wir werden mit voller Überzeugung dafür kämpfen, dass in
36 jedem Ort mindestens einmal die Stunde ein Bus fährt zwischen 6 und 22 Uhr. Dies ist die
37 Voraussetzung für die dringend benötigte Verkehrswende.

38 5. **Kein Kind zurücklassen!**

39 Wir wollen, jedes Kind in Schleswig-Holstein bei Einschulung mit digitalen Geräten
40 ausstatten, nach der vierten und der achten Klasse muss sich dies wiederholen. Wir streiten
41 außerdem für eine Schule für alle und mehr Lehrkräfte und Sozialarbeiter_innen an den
42 Schulen. Wir wollen kein Kind zurücklassen, sondern alle nach ihren Bedürfnissen und
43 Fähigkeiten fördern.

44 6. **Gleiche Rechte für Alle!**

45 Der Abschiebeknast in Glückstadt ist ein Symbol für unmenschliche Politik. Er muss
46 umgehend wieder stillgelegt und zu einem Zentrum für die Gemeinschaft umgebaut werden.
47 Wir wollen die Aufnahmeprogramme für Geflüchtete ausbauen und gemeinsam mit den
48 vielen Kommunen in SH, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben, so vielen Menschen wie
49 möglich ein neues Zuhause bieten.

50 Unsere Solidarität ist unteilbar mit allen diskriminierten und benachteiligten Gruppen. Wir
51 unterstützen die LGBTIQA* - Bewegung, wollen Menschen mit Behinderungen inkludieren
52 und kämpfen gemeinsam gegen jede Diskriminierung und Benachteiligung.

53 **Das Versagen der anderen**

54 Die »Jamaika-Koalition« ist kein Projekt und ist es von Anfang an nicht gewesen. Sie
55 verbindet kein gemeinsames Ziel, keine politische Vision. Es ist keine »Liebesheirat«, es ist
56 eine »Zweckehe«. Die inhaltlichen Schnittmengen unter den Koalitionären sind spürbar
57 kleiner geworden. Es gibt kaum eine Fragestellung, zu der FDP und Grüne eine gemeinsame
58 Auffassung entwickeln könnten. Es ist kaum noch zu verbergen, dass die Konflikte innerhalb
59 der Koalition zunehmen.

60 Aus LINKER Sicht haben sich vor allem die Grünen in dieser Koalition bis zur Unkenntlichkeit
61 verbogen. In allen ihren Kernfeldern haben sie versagt. Der Autobahnausbau schreitet voran,
62 die feste Fehmarnbelt-Querung wird gebaut werden, das LNG-Terminal in Brunsbüttel wird
63 mitgetragen, in den Schulen wurde das Gendersternchen verboten und der Ausbau der
64 erneuerbaren Energien stockt erheblich. Selbst den Bau eines Abschiebeknastes in
65 Glückstadt trugen die Grünen mit, obwohl der letzte in Rendsburg gerade erst vor ein paar
66 Jahren mit grünen Stimmen geschlossen worden war. Auch im Sozialbereich ist die Bilanz der
67 Landesregierung fatal: Der Landesmindestlohn ist nun Geschichte, das Tariftreuegesetz

68 existiert nicht mehr und die Mieter_innen haben unter der Abschaffung der
69 Mietpreisbremse und der Kappungsgrenzenverordnung zu leiden.

70 Zwar blinkt die SPD in Schleswig-Holstein traditionell links. Ihr Spitzenkandidat lässt
71 allerdings eher darauf schließen, dass die Partei Daniel Günther in neoliberalen
72 Pragmatismus noch überbieten wollen. Der völlig unbekannte Thomas Losse-Müller, der erst
73 ein gutes Jahr Mitglied der SPD ist, hat Neoliberalismus von der Pike auf gelernt. Er arbeitete
74 bei der Weltbank, bei der Deutschen Bank in London, bei Bertelsmann und zuletzt bei der
75 Unternehmensberatung Ernst & Young. Von einem solchen Ministerpräsidenten ist keine
76 soziale Politik zu erwarten. Er lehnt die Zusammenarbeit mit uns kategorisch ab und schlägt
77 z.B. ein Verkehrskonzept vor, das statt eines Ausbaus von Bus und Bahn in der Fläche einen
78 massiven Ausbau der individuellen Elektromobilität vorsieht. Viel Platz also für eine Partei
79 DIE LINKE, die sich auf landesspezifische Schwerpunkte konzentriert, die der Mehrheit der
80 Menschen in Schleswig-Holstein auf dem Konto nutzen, den Klimawandel konsequent
81 bekämpfen und Gemeinschaft und Gemeinwohl in den Mittelpunkt der Politik stellen. Dafür
82 haben wir uns dieses ausführliche Landtagswahlprogramm gegeben und werden in der
83 kommenden Legislatur in- und außerhalb des Landtages für dessen Umsetzung einsetzen.
84 Dafür brauchen wir auch die Stimme bei der Wahl, aber vor allem auch die aktive
85 Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte in Schleswig-Holstein auf der Straße, in
86 Bündnissen, Initiativen und Vereinen.

- 87 - **Für soziale Sicherheit für alle!**
- 88 - **Für bezahlbaren Wohnraum für alle!**
- 89 - **Für gleiche Bildung für alle!**
- 90 - **Für gute Arbeit und guten Lohn für alle!**
- 91 - **Für sozial-ökologischen Klimaschutz für alle!**
- 92 - **Für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft für alle!**
- 93 - **Für gesellschaftliche Teilhabe und gleiche Rechte für alle!**

94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106

107 **Soziale Sicherheit für alle!**

108 Die Corona-Krise hat vor allem Menschen, die in Schleswig-Holstein im Niedriglohnbereich
109 arbeiten, hart getroffen. Die Schutzschirme der Regierung haben vor allem den Chef*innen
110 geholfen. Die Beschäftigten im Tourismusbereich und der Gastronomie dagegen mussten
111 ohne zusätzliches Trinkgeld mit 60% Kurzarbeitsgeld auskommen. Wir wollen einen
112 Schutzschirm für die Beschäftigten und Soloselbständigen aufspannen.
113 Solche Krisen zeigen, wie wichtig ein sicheres soziales Netz ist. Wir wollen, dass die
114 Grundbedürfnisse der Bevölkerung in Schleswig-Holstein bedingungslos zur Verfügung
115 stehen. Niemand soll auf Grund von Krisen plötzlich ohne Strom und Wasser dastehen oder
116 gar obdachlos werden.

117

118 **Wir fordern daher:**

119

120 ein Verbot von Gas- Strom- und Wassersperren.

121

122 einen unbürokratischen und bedarfsdeckenden Zugang zu Rettungsschirmen für
123 Beschäftigte und Soloselbständige jenseits von Hartz IV in Krisensituationen.

124

125 ein Energiegeld für von den steigenden Energiepreisen besonders Betroffene und Hilfen zum
126 Austausch von Haushaltsgeräten, die energieeffizienter arbeiten.

127

128 Schleswig-Holstein hat den geringsten Landesblindengeldsatz. Das Landesblindengeld muss
129 mindestens verdoppelt werden.

130

131 **Wohlfahrtspflege stärken!**

132 Wir wollen den vielen Trägern in der Wohlfahrtspflege eine sichere Perspektive geben.

133 Jährliche Finanzierungen und Finanzierungen über Projektanträge müssen der

134 Vergangenheit angehören. Schleswig-Holstein braucht ein stabiles, bedarfsgerechtes,

135 flächendeckendes und erreichbares Netz an Beratungsstellen für alle Lebenslagen, das mit

136 landesweit einheitlichen Standards arbeitet. *Schwangerenberatung,*

137 *Schuldner*innenberatung, Drogenberatung, Gemeinwesenarbeit, Jugendarbeit, Altenhilfe,*

138 *Beschäftigungsförderung, Eingliederungshilfe, Flüchtlingsarbeit und die verschiedenen*

139 *Formen der Frauenarbeit sind für ein solidarisches und gutes Zusammenleben in Schleswig-*

140 *Holstein unverzichtbar.*

141

142 **Wir fordern daher:**

143

144 Die Grundfinanzierung der Vereine, Initiativen und Verbände in der Wohlfahrt deutlich zu

145 erhöhen. Kurzfristige Projekte, die den Beschäftigten keine Perspektive bieten, mit hohem

146 bürokratischen Aufwand verbunden sind und keine längerfristigen Planungen erlauben,

147 müssen deutlich zurückgefahren werden.

148

149 Langfristige Verträge und eine gute Bezahlung für die Beschäftigten. Alle Träger müssen so
150 ausfinanziert sein, dass sie sich an die Tarife halten können.

151

152 Die Landesförderung für Kinder- und Jugendarbeit deutlich erhöhen und Kinder- und
153 Jugendarbeit zu einer kommunalen Pflichtaufgabe machen.

154

155 **Bundespolitische Initiativen**

156 Um das Leben für alle besser zu machen, bedarf es allerdings auch eines Umschwungs in der
157 Bundespolitik hin zu mehr Gerechtigkeit. Wir werden Bundesratsinitiativen einbringen, die
158 eine Mindestrente von 1200 Euro fordern. Außerdem werden wir uns dafür stark machen,
159 dass niemand mit weniger als 1200 Euro im Monat auskommen muss, egal ob mit oder
160 ohne Arbeit. Sanktionen wollen wir abschaffen. Das Hartz IV-System muss hin zu einer
161 sanktionsfreien, bedarfsdeckenden Grundsicherung umgebaut werden.

162

163 **Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen – Mieten senken!**

164 Der Wohnungsmarkt in Schleswig-Holstein gerät aus den Fugen. Immer mehr Menschen
165 können sich kein Wohneigentum mehr leisten oder geben einen immer höheren Anteil ihres
166 Einkommens für die Miete aus. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung noch verschärft.
167 Die Immobilienblase treibt die Preise immer höher, weil viele reiche Menschen sich nach
168 einem Ort zum Entspannen in den Ferienregionen Schleswig-Holsteins sehnen und eine
169 Zweitwohnung erwerben. Gleichzeitig haben gerade Menschen mit ohnehin schon geringem
170 Einkommen Einbußen zu verzeichnen. In den größeren Städten Schleswig-Holsteins steigen
171 die Mieten, weil immer mehr Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung fallen und mehr
172 Menschen in den Städten wohnen wollen, weil sie auf dem Land keine Arbeit finden.

173 Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode alles dafür getan, um den großen
174 Immobilienhaien, wie VONOVIA und Deutsche Wohnen das Leben so leicht wie möglich zu
175 machen. Selbst die völlig unzureichenden Instrumente der Mietpreisbremse und der
176 Kappungsgrenzenverordnung wurden in dieser Legislatur von der Landesregierung für ganz
177 Schleswig-Holstein abgeschafft. DIE LINKE will hier umsteuern. Eine zukünftige
178 Landesregierung muss sich klar positionieren und zwar gegen die Immobilienlobby und für
179 die Mieter*innen und die Menschen, die in ihrer eigenen Immobilie wohnen.

180 Daraus ergeben sich für uns folgende konkrete Forderungen:

181 Mietendeckel einführen! Keine Miete darf 8 Euro pro Quadratmeter überschreiten. Wir
182 wollen eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, die eine Höchstmiete von 8 Euro
183 bundesweit festschreibt.

184 Wir wollen große, private Wohnungskonzerne enteignen. Wir werden uns im Landtag dafür
185 einsetzen, dass alle privaten Wohnungsbestände, die 1000 Wohnungen innerhalb von

186 Großstädten und 500 Wohnungen innerhalb von Mittelstädten übersteigen,
187 vergemeinschaftet werden. Ausgenommen davon sind Genossenschaften.

188 5000 öffentliche, bezahlbare Wohnungen pro Jahr bauen! Wir wollen, dass das Land wieder
189 eine eigene Wohnungsbaugesellschaft besitzt und in den Neubau von Wohnungen
190 investiert.

191 Neben einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft für Schleswig-Holstein müssen
192 kommunale Wohnungsbaugesellschaften geschaffen und die bestehenden durch das Land
193 unterstützt werden. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf der Schaffung von
194 barrierefreiem Wohnraum liegen.

195 Das Land Schleswig-Holstein soll darauf hinwirken, dass alle Neubauten ab 4 Wohneinheiten
196 mindestens 50% geförderten Wohnungsbau enthalten. Ziel muss es sein, ebenso viele
197 geförderte Wohnungen vorzuhalten wie die Zahl der berechtigten Personen.

198 Öffentliches Bauland muss an öffentlichen Wohnungsbau gebunden werden. Es darf kein
199 Verkauf öffentlicher Flächen an private Firmen mehr erfolgen. Darüber hinaus fordern wir,
200 dass das Land Schleswig-Holstein einen Bodenfonds auflegt, der Kommunen finanziell bei
201 der Wahrnehmung ihrer kommunalen Vorkaufsrechte unterstützt.

202 Die abgeschaffte Kappungsgrenzenverordnung (maximale Steigerung der Miete innerhalb
203 von 3 Jahren um 15%) und die Mietpreisbremse müssen in ganz Schleswig-Holstein wieder
204 eingeführt werden. Dies werden wir in den ersten 100 Tagen angehen!

205 Sozialwohnungen dauerhaft erhalten! Dass Sozialwohnungen nach 35 Jahren aus der
206 Preisbindung fallen, macht keinen Sinn. Wir wollen diese Grenze daher abschaffen.

207 Barrierefreien Wohnraum schaffen! In Schleswig-Holstein herrscht vor allem in größeren
208 Städten ein großer Mangel an barrierefreiem Wohnraum, insbesondere an für Rollstühle
209 geeigneten Wohnungen. Die Landesbauordnung wollen wir so ändern, dass dieser Mangel
210 behoben wird.

211 Baulandmobilisierungsgesetz nutzen! Das neu eingeführte Baulandmobilisierungsgesetz
212 ermöglicht es Bundesländern, Kommunen als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt
213 auszuweisen. DIE LINKE will dieses Instrument nutzen und alle Kommunen als solche
214 ausweisen, die dies wollen. Dann erhalten diese Kommunen Vorkaufsrechte auf
215 Brachflächen und können Besitzer*innen verpflichten diese für Wohnungsbau zu nutzen.
216 Auch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kann so ein Riegel vorgeschoben
217 werden.

218 Wohnraumschutzgesetz einführen! Schleswig-Holstein hat als eines der wenigen
219 Bundesländer für Wohnraum kein Wohnraumschutzgesetz erlassen. Nur dann kann z.B.
220 Leerstand von den Kommunen bekämpft und im Zweifel enteignet werden. Auch der

221 Wildwuchs an Zweit- und Ferienwohnungen und die Vermietung von Wohnraum zu
222 touristischen Zwecken über Portale wie Air b'n'b soll so wirksam eingeschränkt werden.

223 Keine Einfamilienhäuser in Gebieten mit angespannter Wohnungsmarktlage mehr zulassen.
224 Gerade in Städten sind Flächen für Wohnraum sehr knapp. Deshalb wollen wir dem Bau von
225 Einfamilienhäusern, die sehr viel Fläche beanspruchen und damit auch eine sehr schlechte
226 Umweltbilanz aufweisen, entgegenwirken.

227 Das Land Schleswig-Holstein betreibt viele Kompetenzzentren. Ein Kompetenzzentrum für
228 bezahlbaren Wohnraum, das Kommunen rechtlich und organisatorisch berät, gehört bisher
229 leider nicht dazu. Das Land muss ein solches Kompetenzzentrum aufbauen und mit
230 genügend Fach- und Verwaltungspersonal ausstatten. Die Möglichkeiten für Kommunen
231 über das Baugesetzbuch Investor*innen Vorgaben zu machen, sind vielfältig allerdings oft
232 unbekannt. Insbesondere die Ausweisung von Milieuschutzgebieten und Sanierungsgebieten
233 und die Vornahme des kommunalen Vorkaufsrechts soll so unterstützt und vorangebracht
234 werden.

235 Das Land Schleswig-Holstein soll alle Kreise und kreisfreien Städte dabei unterstützen
236 qualifizierte Mietspiegel zu erstellen und dies einfordern. Mindestens alle Gemeinden mit
237 mehr als 10.000 Einwohner*innen sollen einen qualifizierten Mietspiegel erstellen.

238 Ein Wohnungsaufsichts- und Pflegegesetz auf Landesebene einführen! Dieses ermöglicht die
239 Kontrolle durch die kommunale Ebene, ob Vermieter*innen ihrer Pflicht nachkommen
240 Wohnungen instand zu halten und die Verpflichtung für die Vermieter*innen einen gewissen
241 Prozentsatz der Miete für Instandhaltungen zu verwenden. So soll das Entstehen von so
242 genannten Schrottimmobilen verhindert werden.

243 Zwangsräumungen müssen verboten werden! Wohnen ist Menschenrecht und der Verlust
244 von Wohnraum stellt eine unzumutbare Härte dar. Wir wollen durch ein Landesgesetz
245 Zwangsräumungen in Notlagen verbieten.

246 Wohnungsnotfallstatistik landesweit erheben. Bisher gibt es keine offiziellen landesweiten
247 Zahlen darüber, wie viele Menschen in Schleswig-Holstein keinen eigenen Wohnraum
248 besitzen. Das wollen wir ändern. Basierend auf diesen Zahlen muss die Landesregierung ein
249 einheitliches Konzept für Schleswig-Holstein entwickeln, wie Wohnungslosigkeit bekämpft
250 werden kann. Der Grundsatz „Wohnraum First“ muss dabei im Mittelpunkt stehen. Eine
251 eigene Wohnung ist die Voraussetzung dafür, an unserer Gesellschaft teilhaben zu können.
252 Sie muss bedingungslos allen Menschen zur Verfügung gestellt werden.

253 Wir wollen Wohnprojekte und Genossenschaften stärken. Das Land muss Fördertöpfe
254 schaffen, um die Gründung von Wohnprojekten und –genossenschaften zu unterstützen.

255 **Wirtschaft sozial-ökologisch für alle umbauen!**

256 DIE LINKE will die Wirtschaft in Schleswig-Holstein friedlich und ökologisch umbauen. Eine
257 sozial-ökologische Transformation der Industrie und eine Konversion der Rüstungsbetriebe
258 in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Beschäftigten und ohne den Verlust von
259 Arbeitsplätzen, ist uns ein Herzensanliegen. Wir wollen diesen Prozess konsequent
260 voranbringen. Nur so kann Schleswig-Holstein seinen Beitrag zum Stopp des Klimawandels
261 leisten und verhindern, dass es im Meer versinkt. Eine solche Transformation muss
262 gemeinsam und sozial gestaltet werden. Dafür steht DIE LINKE.

263 DIE LINKE will jegliche Wirtschaftsförderung, die an Unternehmen gezahlt wird, an soziale
264 und ökologische Bedingungen knüpfen. Es sollen dabei die gleichen Bedingungen gelten, wie
265 im Tariftreue- und Vergabegesetz. Ökologische Mindeststandards, Tarifbindung und ein
266 Mindestlohn von 13 Euro, zuzüglich eines Aufschlags zum Ausgleich des Inflationsanstiegs
267 seit Januar 2022, müssen verbindlich eingehalten werden, wenn Firmen vom Land gefördert
268 werden wollen. Wir wollen außerdem einen Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung auf eine
269 sozial-ökologische Transformation legen. Firmen die aus der Produktion von Kriegsgerät
270 aussteigen wollen, wollen wir ebenso mit Know-How und Förderung unterstützen wie
271 Firmen, die ihre Produktion oder ihre Produkte klimaneutral gestalten wollen. Wir wollen
272 Forschungskapazitäten an den Hochschulen zur Entwicklung von Zukunftstechnologien wie
273 z.B. Energiespeichertechnologien bereitstellen.

274 Die nötige Klimawende bietet für Schleswig-Holstein große Chancen. Es wird ein überaus
275 großes Arbeitsplatzpotenzial entstehen. Wir brauchen Menschen, die Solar- und Windparks
276 bauen, Busse und Bahnen fahren oder im Handwerk Wohnungen klimagerecht sanieren.
277 Diese Entwicklung wollen wir beschleunigen und fördern. Gleichzeitig müssen wir dafür
278 sorgen, dass diese Entwicklung auch der regionalen Wirtschaft zugutekommt und vorrangig
279 regional attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir wollen die Chancen, die sich durch
280 die Klimawende bieten, nutzen, um Perspektiven für die Beschäftigten in von
281 Umstrukturierungen betroffenen Branchen der Industrie zu entwickeln.

282 DIE LINKE will den mittelständischen Investitionsfonds massiv ausbauen. Besonders jetzt
283 nach der Corona-Krise sind viele mittelständische Unternehmen in Schleswig-Holstein in eine
284 finanzielle Schieflage geraten. Der mittelständische Investitionsfonds muss genutzt werden,
285 um Pleiten zu verhindern. Das Prinzip, Anteile an den Firmen gegen finanzielle Hilfen zu
286 tauschen, wie im mittelständischen Investitionsfonds vorgesehen, halten wir für sinnvoll.
287 Dies muss ausgebaut werden.

288 Gründungen, ob Start-Up, Handwerksbetriebe oder soziale Träger, zu unterstützen, ist uns
289 ein Anliegen. Hier geschieht die Wertschöpfung lokal und bleibt in Schleswig Holstein. Dabei
290 wollen wir für Gründerunterstützungen insbesondere die Gemeinwohlorientierung zum
291 ausschlaggebenden Faktor machen und nicht nur finanzielle Gewinnerwartungen.

292 Schleswig-Holstein ist bisher ein saisonales Urlaubsziel, Ostern und Sommer sind die
293 Hauptreisezeit. Viele Beschäftigte sind nur in der Hochsaison beschäftigt, in der Nebensaison
294 arbeitslos. Wir unterstützen das Förderprojekt, das Schleswig-Holstein zum

295 Ganzjahresziel entwickeln soll, Feste und die Bewerbung der Herbst- und Winteratmosphäre
296 an den Küsten gehören dazu. Wir werden außerdem eine Bundesratsinitiative für Saison-
297 Kurzarbeitsgeld im Tourismus starten. Wir wollen damit erreichen, dass
298 Saisonarbeiter*innen im Tourismussektor sich im Winter nicht arbeitslos melden müssen
299 und auf ALG II angewiesen sind.

300 DIE LINKE will Qualifizierung und Weiterbildung in Schleswig-Holstein fördern. Die Betriebe
301 in Schleswig-Holstein als auch die öffentliche Hand müssen mehr Geld in Qualifizierung und
302 Weiterbildung der Beschäftigten stecken.

303 Viel zu wenige Menschen nehmen ihren Bildungsurlaub. Deshalb wollen wir die Möglichkeit,
304 Bildungsurlaub zu nehmen, bewerben, weiter ausbauen und fördern. Dabei wollen wir nicht
305 nur die gesetzlichen Grundlagen ausbauen, sondern streiten auch für eine
306 Akzeptanzkampagne und wollen Angebote in öffentlichen und gemeinnützigen
307 Bildungsstätten gezielt bewerben, um die Beantragung von Bildungsurlaub zu fördern.

308 DIE LINKE setzt sich außerdem für Investitionsprogramme in Schullandheime und
309 Bildungsstätten ein. Diese haben ihre besten Zeiten mittlerweile meistens hinter sich, sind
310 aber ein wichtiger Baustein für ganzjährigen Tourismus. Wir wollen Schleswig-Holstein als
311 Zielort für Klassen- und Bildungsreisen bundesweit bekannter machen und bewerben.

312 Die Bäderverordnung ermöglicht eine weitgehende Öffnung von Geschäften an den Sonn-
313 und Feiertagen. Wir wollen die verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage abschaffen. Auch die
314 Beschäftigten im Einzelhandel haben ein Recht auf freie Tage.

315 Wir wollen Tourismusangebote entwickeln und fördern, welche die Umwelt nicht zerstören,
316 wie z.B. Rad- und Wandertourismus. Wir wollen lokale und regionale Belastungsgrenzen
317 feststellen und entsprechende Planungen für Neubau von touristischen Einrichtungen
318 inklusive Hotels festlegen. Neubauten von großen Hotelanlagen lehnen wir grundsätzlich ab.
319 Wir wollen mit den Kommunen zusammen einen Plan entwickeln, wie der Wildwuchs an
320 neuen Hotels in Schleswig-Holstein gestoppt werden kann.

321 Initiativen, wie die Ostseecard für die Nutzung des kostenlosen ÖPNVs in Schleswig-Holstein
322 unterstützen wir. Das Pilotprojekt muss sofort auf das ganze Land ausgeweitet werden.

323 **Gute Arbeit, guter Lohn, für alle!**

324 Unsere Vorstellung ist, eine Matrix der Tarifverträge nach Vorbild Mecklenburg-
325 Vorpommerns einzuführen. Die Landesregierung wird diese in Zusammenarbeit mit den
326 zuständigen Gewerkschaften entwickeln. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird künftig von
327 der Einhaltung der dort enthaltenen Kriterien abhängig gemacht.

328 Zusätzlich zur vorgeschriebenen Mindestentlohnung werden darin Kriterien wie die
329 Gleichbezahlung von Mann und Frau, die Einhaltung von Ausbildungsquoten und
330 Höchstarbeitszeiten, der Verzicht auf Leiharbeit und sachgrundlose Befristungen, der

331 Verzicht auf Dienst- und Werkverträge sowie die Einhaltung ökologischer Standards
332 festgeschrieben. Eine wirksame Kontrolle wird gewährleistet; hierfür muss zusätzliches
333 Personal bei den zuständigen Stellen eingestellt werden.

334 Branchen, in denen verschiedene Tarifverträge bestehen, werden ebenfalls in einem Cluster
335 zusammengeführt, sodass landesweit die gleichen Mindeststandards (wie z.B. Lohn,
336 Arbeitszeit, Urlaub etc.) unter den verschiedenen Tarifverträgen transparent werden. Hieran
337 müssen sich auch nicht tarifizierte Betriebe halten – so wird Tariffucht bekämpft und unfaire
338 Wettbewerbsvorteile gegenüber tarifgebundenen Unternehmen ausgeschaltet. Bei Verkauf ,
339 Übernahme oder ähnlichen Vorgängen wollen wir die Pflicht zur Übernahme der
340 Arbeitnehmer*innen für einen großzügigen Übergangszeitraum regeln.

341 DIE LINKE wird sich außerdem dafür einsetzen, dass Tarifverträge in Schleswig-Holstein
342 Allgemeinverbindlichkeit erlangen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Einzelhandel und
343 in der Pflege werden wir auf die Arbeitgeber*innenseite Druck machen, damit sie mit den
344 Gewerkschaften zusammen Anträge beim Bundesarbeitsministerium stellen, dass die
345 geltenden Tarifverträge allgemeinverbindlich werden.

346 DIE LINKE wird sich im Landtag dafür einsetzen:

- 347 • Den Landesmindestlohn auf 13 Euro zu erhöhen.
- 348 • Das Tariftreuegesetz muss, erweitert und angepasst, wieder in Kraft gesetzt werden.
- 349 • Alle öffentlichen Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die
350 Tariflöhne zahlen und soziale Kriterien einhalten.
- 351 • Die Verpflichtung, alle Tarifverträge die im Land gelten, in das Tarifvertragsregister
352 bei der Landesregierung zu registrieren. Verstöße sollen sanktioniert werden.

353 Die Verpflichtung auf Einhaltung der Tarifverträge gilt auch für Subunternehmer oder
354 sonstige Auftragnehmer. Verstöße werden sanktioniert.

355 Zum Abbau von Erwerbslosigkeit und zur Sicherung dauerhafter, guter Beschäftigung steht
356 die öffentliche Hand in besonderer Pflicht. Leider kommt dieser seiner früher einmal
357 innewohnenden Vorbildfunktion schon lange nicht mehr nach: auch dort wird in großem
358 Maße Leih- und Zeitarbeit genutzt. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Instrumente sehr
359 restriktiv angewandt werden; Ziel muss es sein, dass Defizite durch zusätzliches Personal
360 ausgeglichen werden - Keine Förderung prekärer Arbeitsverhältnisse durch die öffentliche
361 Hand!

362 Des Weiteren muss die Eingruppierung – insbesondere in den sozialen Berufe – erheblich
363 verbessert werden.

364 Fehlende Arbeitsplätze sowie mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten sind strukturell
365 bedingt und keine Einzelschicksale. Hierfür sind Beschäftigungspotentiale in den Bereichen

366 Soziales, Bildung, Kultur, kommunale Dienstleistungen und ökologischer Umbau zu nutzen.
367 DIE LINKE will, dass öffentliche Gelder in gute und sichere Arbeit investiert werden, statt zum
368 Vorteil von Arbeitgeberinteressen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Erwerbslosigkeit
369 zu finanzieren.

370 DIE LINKE im Landtag wird:

371 • Dafür eintreten, dass der öffentliche Dienst ausgeweitet wird und mehr dauerhafte
372 Arbeitsplätze schafft. Allgemein zählt die Quote der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in
373 Deutschland zur niedrigsten aller OECD-Staaten. Hierbei ist Schleswig-Holstein sogar
374 bundesweites Schlusslicht.

375 • Die Angleichung der Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten an die der
376 Angestellten des öffentlichen Dienstes fordern. Wir wollen die zeitgleiche Übernahme der
377 Tarifabschlüsse gesetzlich regeln.

378 • Sich dafür einsetzen, dass die gesetzlich zugelassene Höchstwochenarbeitszeit auf 40
379 Stunden die Woche begrenzt wird. Die Ruhezeiten zwischen 2 Schichten sollen verlängert
380 werden.

381 • Ein Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) entwickeln.
382 Dieser soll gute und dauerhafte Beschäftigung in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur,
383 kommunale Dienstleistungen sowie ökologischer Umbau finanzieren. Hierzu sind
384 entsprechende Leistungen der Bundesagentur für Arbeit, Fördergelder der EU sowie
385 Landesmittel zusammenzuführen. Der ÖBS ist so zu konzipieren, dass er bei veränderten
386 Mehrheiten im Landtag nicht rückabgewickelt werden kann.

387 Sich gegen weitere Privatisierungen stellen und stattdessen die öffentliche Daseinsvorsorge
388 ausbauen, indem schon privatisierte Bereiche in den öffentlichen Sektor zurückgeführt
389 werden.

390 Insbesondere im vom Tourismus geprägten Schleswig-Holstein legen wir ein besonderes
391 Augenmerk auf das Thema Arbeitszeit. Wir wollen, dass der Mensch arbeitet, um zu leben –
392 und nicht lebt, um zu arbeiten.

393 Darum wird DIE LINKE:

394 • Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und die Einführung
395 der 4 Tage Woche unterstützen

396 • Eine Änderung der Bedarfsgewerbeverordnung anstoßen, die endlich die
397 höchstrichterliche Rechtsprechung zur Eindämmung von Sonntagsarbeit umsetzt.

398 • Eine Änderung des Ladenschlussgesetzes vorantreiben. Auch Beschäftigte im
399 Einzelhandel haben Freizeit am Abend und Ruhe am Wochenende verdient. Hierzu müssen
400 zulässige Ladenöffnungszeiten reduziert und die sogenannte Bäderverordnung abgeschafft

401 werden. Sonntagsarbeit muss auch im Einzelhandel zur absoluten Ausnahme gehören. Sonn-
402 und Feiertags darf der Verkauf nur dann erlaubt werden, wenn die Ladeninhaber*innen
403 unter Freistellung aller Arbeitnehmer*innen den Verkauf persönlich durchführt. Abendliche
404 Ladenöffnungszeiten bis 21 Uhr erscheinen uns als guter Kompromiss.

405 DIE LINKE braucht zur Durchsetzung ihrer Vorhaben starke Bündnispartner. Dazu zählen vor
406 allem durchsetzungs- und konfliktfähige Gewerkschaften. Auch der politische Streik muss als
407 Mittel zur Durchsetzung lebenswerterer Verhältnisse möglich sein.

408 **Gesundheit und gute Pflege für alle**

409 Wer krank ist, braucht eine gute medizinische Versorgung, und zwar unabhängig von Geld,
410 Wohnort und Herkunft. Die Corona-Pandemie hat in den letzten beiden Jahren noch einmal
411 deutlich gemacht, dass sich dieser Anspruch nicht mit einem nach wirtschaftlichen
412 Gesichtspunkten ausgerichteten Gesundheitssystem vereinbaren lässt. Medizinische
413 Versorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Diese muss weiterhin gegeben sein und
414 wieder ausgebaut werden. Es muss endlich nach einem tatsächlich menschenwürdigen
415 Pflegeleitbild gearbeitet werden

416 **Gesundheit ist keine Ware**

417 Die Krankenhauspolitik ist ein Beispiel für politisches Wegducken und
418 Verantwortungslosigkeit. Im Bundestag werden falsche Rahmenbedingungen geschaffen, die
419 Länder schieben die Probleme weg. Schon seit Jahren betreiben die verschiedenen
420 Bundesregierungen den neoliberalen Umbau des Gesundheitswesens. Besonders spürbar
421 werden die Auswirkungen einer Politik, die alles dem Marktgesetz unterordnet, in der
422 Krankenhausversorgung. Mit der Einführung von Fallkostenpauschalen für die Behandlung in
423 den Krankenhäusern ist ein Anreiz geschaffen worden, Patient:innen in möglichst kurzer Zeit
424 mit möglichst wenig Personal zu behandeln. Denn das schafft Profit, Gesundheit wird zur
425 Ware, der Mensch zählt nicht mehr. In der Corona-Pandemie der letzten beiden Jahre hätte
426 das auch in Deutschland beinahe zur Katastrophe geführt, da die Zahl der vorgehaltenen
427 Intensivbetten und personellen Kapazitäten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht
428 nach den möglichen Bedarfen in Ausnahmesituationen ausgerichtet sind. Hier stehen wir für
429 den Politikwechsel. Gesundheit ist ein Menschenrecht und darf keinem Sparzwang
430 untergeordnet werden.

431 **Bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung**

432 Privatisierungen im Krankenhausbereich lehnen wir ab. Wir wollen den Kommunen helfen,
433 privatisierte Krankenhäuser zu rekommunalisieren. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das
434 Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) öffentlich bleibt und das Land seiner
435 finanziellen Verantwortung nachkommt. Für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung
436 der Bevölkerung darf auf ein starkes Universitätsklinikum Schleswig-Holstein in öffentlicher
437 Hand nicht verzichtet werden.

438 Die Länder sind verpflichtet, die Investitionskosten der Krankenhäuser zu übernehmen.
439 Dieser Verpflichtung kommen sie aber immer weniger nach. Jährlich fehlen inzwischen rund
440 3,5 Milliarden Euro für Investitionen. Die Krankenhäuser finanzieren ihre Investitionen
441 deshalb immer öfter aus den Mitteln der Krankenkassen, die sie für ihre laufenden Kosten
442 erhalten. Aus Mitteln also, die für die medizinische und pflegerische Versorgung notwendig
443 sind. Gegen Einsparung von Personal sagt DIE LINKE klar: Personalstellen statt Baustellen aus
444 Gesundheitsmitteln! Wir machen Druck auf den Bund, eine Anschubfinanzierung zu leisten,
445 um den Investitionsstau zu beheben. In den kommenden Jahren müssen aber auch im
446 Landeshaushalt mehr Mittel für die Krankenhausinvestitionen bereitgestellt werden.

447 **Gute Versorgung braucht ausreichend Personal**

448 Die Tatsache, dass Krankenhäuser wie Wirtschaftsunternehmen geführt werden, dass Profit
449 mehr zählt als die Gesundheit der Beschäftigten, führte in Schleswig-Holstein zu einem
450 Pflegenotstand durch Personalmangel. Deutschland hat europaweit einen der schlechtesten
451 Personalschlüssel. Für die Beschäftigten bedeutet das eine immer höhere Belastung, wobei
452 sie schon lange an ihrer Belastungsgrenze arbeiten. Das gefährdet die gute und sichere
453 Versorgung. Die generalisierte Fachpflegeausbildung muss weiter optimiert werden. Auf
454 Bundesebene setzt sich DIE LINKE für eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung
455 ein. Für Schleswig-Holstein fordern wir, dass Personalvorgaben im Landeskrankenhausplan
456 Schleswig-Holstein verankert werden. Darüber hinaus ist eine transparente und die
457 Öffentlichkeit einbindende Krankenhausplanung notwendig, denn Krankenhauspolitik darf
458 keine Hinterzimmerpolitik sein! Alle Ausbildungen in den Gesundheitsberufen verdienen
459 eine gute, angemessene Ausbildungsvergütung.

460 **Wohnortnahe Versorgung auch in der Fläche**

461 Eine flächendeckende Versorgung auf hohem Niveau ist in Schleswig-Holstein längst nicht
462 mehr gegeben. Kliniken werden privatisiert und schließen ihre Notaufnahme. Die Lücken in
463 der ärztlichen Versorgung auf dem Land werden immer größer. Gerade ältere Menschen
464 oder Geringverdienende ohne eigenes Fahrzeug haben Probleme, Haus- oder Fachärzt:innen
465 aufzusuchen. Umgekehrt lassen sich auch keine Mediziner:innen nieder, wenn die übrige
466 Infrastruktur, Kultur, Verkehr, Schulen und Kitas nicht vorhanden sind. Hier hat das Land
467 Eingriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten und -pflichten.

468 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen die notwendige medizinische Behandlung
469 auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Forschung erhalten. In dünn besiedelten
470 Regionen in Schleswig-Holstein sind Entfernungen und die teils schlechte Infrastruktur große
471 Hindernisse für die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen. Die Notfallversorgung
472 muss sichergestellt sein. Dafür muss das bestehende Rettungsdienstnetz hinsichtlich
473 bestehender Schwachpunkte untersucht und ausgewertet werden, um Organisationslücken
474 zugunsten einer bedarfsdeckenden Versorgung zu schließen. In der Überwindung der
475 Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung stecken Potenziale, die es zu

476 nutzen gilt, zum Beispiel durch den Aufbau von medizinischen Versorgungszentren oder
477 durch den Einsatz von Assistent:innen nach dem Gemeindeschwestern-Prinzip.

478 **Flächendeckende Versorgung psychisch kranker Menschen**

479 Die Zahl der Menschen, die wegen psychischer Erkrankungen behandelt bzw. arbeitsunfähig
480 werden, hat sich in den letzten Jahren stark erhöht. Für DIE LINKE gehört auch die
481 hochwertige psychotherapeutische Versorgung zu einem bedarfsgerechten
482 Gesundheitssystem. Die langen Wartezeiten auf einen Therapieplatz zeigen aber, dass wir
483 davon in Schleswig-Holstein noch weit entfernt sind. Deshalb setzen wir uns für einen
484 umfassenden und dezentralen Ausbau der ambulanten Versorgung psychisch kranker
485 Menschen ein. Grundsätzlich tritt DIE LINKE in Schleswig-Holstein für einen
486 flächendeckenden und kostenfreien Zugang zu Familienplanungsmitteln ein.

487 **Dezentrale Schwangerschaftsversorgung stärken**

488 Zu einer flächendeckenden und wohnortnahen Grundversorgung gehört auch die
489 Versorgung mit Hebammenleistungen. Für Schwangere gibt es aber kaum noch Alternativen
490 zur Klinikgeburt. Inselbewohnerinnen müssen schon Wochen vor dem eigentlichen
491 Geburtstermin aufs Festland reisen, um für die Geburt in der Nähe von angemessenen
492 Versorgungsstrukturen zu sein. Wir wollen den Hebammenberuf in seiner Vielfalt nicht nur
493 erhalten, sondern aufwerten. Hebammen sollen erste und wichtigste Ansprechpartner:in für
494 Schwangere sein. Die Bedingungen sollen eine 1:1-Betreuung in der Schwangerschaft und
495 bei der Geburt im Wochenbett gewährleisten. Die Vergütung der Hebammen muss sich
496 daran orientieren und deutlich erhöht werden.

497 **Pflegende Angehörige müssen entlastet werden**

498 Viele Menschen, die auf Pflege und Unterstützung im Alltag angewiesen sind, wollen in
499 ihrem häuslichen Umfeld bleiben. Viele werden von ihren Angehörigen gepflegt. Nicht
500 immer, weil sich das alle Beteiligten so wünschen, sondern oft, weil es anders nicht
501 finanzierbar ist. Es sind vor allem Frauen, die in die Bresche springen, weil sich viele
502 Betroffene professionelle Pflege nicht leisten können und/oder weil die entsprechenden
503 Angebote nicht wohnortnah vorhanden sind. Viele pflegende Angehörige reduzieren ihre
504 Erwerbsarbeit oder geben ihren Beruf komplett auf, weil es anders nicht zu schaffen ist.
505 Damit ist Armut vorprogrammiert – aktuell durch fehlendes Einkommen und im Alter durch
506 fehlende Beiträge zur Sozialversicherung. Echte Entlastung für pflegende Angehörige heißt:
507 Die professionelle Pflege muss gestärkt werden. Für eine wirkliche Unterstützung ist
508 außerdem eine professionelle, unabhängige und wohnortnahe Beratung, Anleitung,
509 Betreuung und Supervision auf hohem Niveau durch das Land sicherzustellen. Das Bundes-
510 und Teilhabegesetz muss im Land umgesetzt und gefördert werden. Auf Bundesebene setzt
511 sich DIE LINKE für bessere Regelungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ein und
512 fordert eine Freistellung mit Entgeltfortzahlung von bis zu sechs Wochen für Beschäftigte,
513 damit sie sich bei Eintritt von Pflegebedürftigkeit um Angehörige oder nahestehende

514 Personen kümmern können. Eine kleinräumige Kranken- und Altenhilfeplanung findet immer
515 weniger statt. Durch den Vorrang von privaten Trägern vor öffentlichen können Kommunen
516 kaum noch Einfluss auf die Planung und Ausgestaltung der Pflege nehmen. Der Markt richtet
517 es aber nicht: Für private Anbieter rechnet sich die ambulante Versorgung in der Fläche
518 nicht. Alternative kommunale Leistungserbringer stehen nicht mehr zur Verfügung.
519 Kultursensible und genderspezifische Pflege wird angeboten – aber leider immer noch zu
520 wenig. Zivilgesellschaftliches Engagement kann professionelle ambulante Pflege nicht
521 ersetzen. Pflegende Angehörige tragen oft die Hauptverantwortung, weil professionelle
522 Pflege für viele Familien zu teuer ist oder nicht angeboten wird. Zugleich wachsen die
523 finanziellen Belastungen der Menschen mit Pflegebedarf und ihrer Familien.

524 **Personalsituation in der Pflege verbessern**

525 Arbeitsverdichtung, Stress und fehlende Zeit für Zuwendung und Gespräche mit den zu
526 Pflegenden, bedingt durch Personalmangel, prägen den Arbeitsalltag von Beschäftigten in
527 der Pflege. Zusätzlich zu den ohnehin hohen physischen Belastungen entstehen dadurch für
528 viele Pflegekräfte psychischer Druck und Unzufriedenheit, weil sie in der Ausbildung gelernte
529 Fachkenntnisse und Fähigkeiten nicht anwenden und auch eigene Ansprüche an eine
530 qualitativ hochwertige Pflege nicht umsetzen können. Viele verlassen deshalb ihren Beruf.
531 Dabei brauchen wir mehr gut ausgebildete und entsprechend bezahlte Fachkräfte. DIE LINKE
532 setzt sich deshalb für eine gesetzliche Personalbemessung in der Pflege ein, die sich am
533 tatsächlichen und individuellen pflegerischen Bedarf orientiert sowie nach dem
534 Pflegeleitbild. Eine wirkliche Aufwertung der Pflegeberufe heißt: deutlich höhere Löhne und
535 gute Arbeitsbedingungen.

536 **Solidarische Pflegeversicherung**

537 Gute Pflege ist ein Menschenrecht, der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und
538 umfassenden pflegerischen Versorgung darf nicht Kostenkalkülen untergeordnet werden.
539 DIE LINKE versteht Pflege als gesellschaftliche Aufgabe und damit als Teil der öffentlichen
540 Daseinsvorsorge. Pflege muss solidarisch organisiert und finanziert werden. Mit der
541 solidarischen Bürger:innenversicherung wollen wir die Pflegeversicherung dauerhaft stabil
542 finanzieren und für soziale Gerechtigkeit sorgen: Alle Menschen, auch heute privat
543 Versicherte, zahlen den gleichen Anteil ihres Einkommens ein, unabhängig ob es aus Löhnen,
544 Unternehmensgewinnen oder Kapitalerträgen stammt. Arbeitgeber werden zur Hälfte
545 beteiligt. Rentner:innen zahlen nur den halben Beitragssatz, die andere Hälfte wird aus der
546 Rentenversicherung beglichen. Das schafft finanziellen Spielraum für eine
547 Pflegevollversicherung und gute Bezahlung der Pflegekräfte.

548 **Die richtigen Lehren aus der Krise ziehen**

549 Es ist nicht die Frage ob, sondern nur wann es das nächste Mal zu einer Krisensituation wie
550 der Corona-Pandemie kommt. Darauf müssen wir vorbereitet sein: Für den Notfall müssen
551 ausreichend technische, materielle und auch personelle Kapazitäten vorgehalten werden,

552 auch wenn das im Normalbetrieb unnötig und unwirtschaftlich erscheint. Es darf nicht
553 wieder zu Situationen kommen, in denen es nicht genügend Schutzkleidung für die
554 Beschäftigten in Krankenhäusern, nicht genügend Intensivbetten und nicht genügend
555 Pflegekräfte zur Versorgung von Akutfällen gibt, in denen Ärzt:innen fürchten, bald
556 auswählen zu müssen, welche Patient:innen sie noch versorgen können und welche nicht,
557 und in denen lebensrettende Operationen wegen fehlender Ressourcen verschoben werden
558 müssen. Es müssen landes-, bundes- und europaweite Notfallpläne ausgearbeitet werden,
559 um in ähnlichen Situationen zukünftig koordiniert, transparent und solidarisch über Grenzen
560 hinweg agieren zu können.

561 **HIV-Prävention ausbauen und finanziell stärken**

562 Seit einigen Jahren liegt die Zahl der geschätzten Neuinfektionen in unserem Bundesland bei
563 etwa 50 bis 65 pro Jahr (2019: 60). Derzeit leben in Schleswig-Holstein rund 1.500 Menschen
564 mit HIV. Ziel muss sein, HIV-Infektionen möglichst früh zu erkennen und in Behandlung zu
565 bringen, um Aids zu verhindern. Dabei müssen dringend auch Menschen erreicht werden,
566 die nicht ins Hilfesystem eingebunden sind: zum Beispiel Obdach- und Wohnungslose,
567 Menschen, die Drogen konsumieren, und Menschen mit Migrationsgeschichte. DIE LINKE will
568 deshalb die Präventionsarbeit durch niedrigschwellige Beratungsangebote stärken und
569 ausbauen. Daneben sind auch mobile Beratungs- und Testangebote vonnöten, die
570 insbesondere strukturschwache Regionen versorgen können. Der Landesverband der
571 Aidshilfen in Schleswig-Holstein hat dafür bereits ein innovatives praktikables Konzept
572 entwickelt.

573 Die Präventionsarbeit der Aids-Hilfen ist eine Erfolgsgeschichte, auch bezüglich sexuell
574 übertragbaren Infektionen (STI's). Diese Arbeit mit ihren Säulen Information und Aufklärung
575 der Allgemeinbevölkerung, zielgruppenspezifische Prävention, Unterstützung von Menschen,
576 die mit HIV leben, sowie Testung auf HIV und STI's muss weitergeführt werden. DIE LINKE
577 wird weitere Kürzungen bei der Projektförderung nicht mittragen.

578 Zielgerichtete Prävention und Zugang zu vulnerablen Gruppen ist notwendig und
579 unabdingbar, um Neuinfektionen zu vermeiden. Stigmatisierung und Ausgrenzung von
580 Menschen, die mit HIV leben, ist entschlossen entgegenzutreten. Das Thema HIV/Aids muss
581 durch Information und gezielte Kampagnen aus der noch immer bestehenden Tabuzone
582 herausgeholt werden. Dies gilt für den persönlichen und privaten Umgang mit HIV ebenso
583 wie für das Arbeitsleben oder die medizinische Behandlung von Menschen mit dieser
584 Infektion. Eine stetige Präventions-, Beratungs- und Antidiskriminierungsarbeit durch die
585 Aidshilfen ist auch weiterhin notwendig – und es bedarf ausreichender finanzieller Mittel,
586 um einen fakten- und vorsorgebezogenen Umgang mit HIV und Aids in allen
587 Lebensbereichen zu ermöglichen.

588 Seit vielen Jahren erfolgreiche Behandlungsmethoden unterdrücken die Virusvermehrung.
589 Dies verhindert, dass eine HIV-Infektion zur Aids-Erkrankung fortschreitet. HIV ist damit eine
590 chronische Infektion, mit der die betroffenen Menschen alt werden können. Dies stellt auch

591 die Pflege vor neue Herausforderungen. Die Zahl der alten Menschen, die mit HIV leben,
592 steigt an. Auch hier wollen wir praxisnah sensibilisieren und aufklären, um Ängste von
593 Pflegebeschäftigten abzubauen und eine angemessene und zugewandte Pflege zu
594 ermöglichen.

595 **Fortschrittliche Drogenpolitik durchsetzen**

596 Drogen, ob sie als legal oder illegal bezeichnet werden, sind eine Alltagserscheinung. Die
597 Erfahrungen zeigen, dass staatliche Verbote die Menschen nur selten vom Drogenkonsum
598 abhalten. Ihr Missbrauch kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden und
599 menschlichen Tragödien führen. Dabei sagt die Einteilung in legale und illegale Drogen nichts
600 über deren Gefährlichkeit aus. Die gesellschaftliche Verharmlosung legaler Drogen ignoriert,
601 dass besonders Alkohol- und Medikamentenmissbrauch weit verbreitet sind. Gegen die
602 Ursachen von Sucht hilft keine Stigmatisierung und Verbannung aus dem öffentlichen Raum.
603 Kinder und Jugendliche müssen vor den Gefahren von Rauschmitteln geschützt und
604 aufgeklärt werden. Es ist ein vernünftiges gesellschaftliches Ziel, die Verbreitung von
605 Suchtmitteln so niedrig wie möglich zu halten. Drogenpolitik muss daher zu einer
606 präventiven, sachlichen und glaubwürdigen Aufklärung über die Wirkung und Risiken von
607 Drogen beitragen, anstatt Drogen zu verbieten und Konsument:innen zu kriminalisieren. Nur
608 wenn der Zugang zu Drogen ohne Umwege über kriminelle Strukturen und ohne tödliche
609 Streckmittel gewährleistet ist, kann ein selbstverantwortlicher Umgang mit Rauschmitteln
610 entwickelt werden und organisiertes Verbrechen, das sich aus dem Schwarzmarkthandel mit
611 Drogen finanziert, entmachtet werden. Anstelle der Strafverfolgung von Konsument:innen
612 müssen ausreichende Mittel für präventive und therapeutische Angebote bereitgestellt
613 werden.

614 **DIE LINKE fordert:**

- 615 ☐ Bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung, Abschaffung der Fallpauschalen
- 616 ☐ Unterstützung der Kommunen bei der Rekommunalisierung von Krankenhäusern
- 617 ☐ gesetzliche Personalbemessung in Krankenhäusern und in der Pflege
- 618 ☐ Verbesserung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung in der Fläche. Niemand darf
619 mehr als 30 Minuten zum Facharzt brauchen.
- 620 - Rettungswägen müssen alle Einsatzorte in Schleswig-Holstein in maximal sieben
621 Minuten erreichen können.
- 622 ☐ Aufwertung des Hebammenberufs
- 623 ☐ mindestens 6 Wochen Freistellung mit Entgeltfortzahlung zur Pflege von Angehörigen
- 624 ☐ Stärkung der professionellen ambulanten Pflege
- 625 ☐ Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege

626 ? Einführung einer solidarischen Bürger:innenversicherung

627 ? Aufbau von dauerhaft vorgehaltenen Kapazitäten und grenzübergreifenden
628 Aktionsplänen für Notsituationen

629 ? Entstigmatisierung von HIV und Aids und Ausbau der Präventions- und
630 Beratungsarbeit

631 ? Ausbau präventiver und therapeutischer Ansätze im Umgang mit Drogensucht statt
632 Stigmatisierung und Kriminalisierung sowie die Bereitstellung von Drogenkonsumräumen

633 **Linke Bildungspolitik – Gleiche Bildung für alle**

634 Kaum irgendwo in Europa hängt der Zugang zum Bildungssystem in so hohem Maße vom
635 Bildungshintergrund der Eltern ab wie in Deutschland. Noch immer studieren Kinder von
636 Akademiker*innen dreimal häufiger als Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss. Bildung
637 ist ein Menschenrecht, keine Ware. Wir wollen eine inklusive, kostenlose und barrierefreie
638 Bildung. Konkret bedeutet das, dass wir alle Gebühren von der Krippe bis zur Hochschule
639 abschaffen möchten, ob in der Kita oder bei der Schüler*innenbeförderung. Wir werden
640 eine echte Lehrmittelfreiheit durchsetzen. Die UN-Behindertenkonvention muss konsequent
641 umgesetzt werden: Alle Bildungsangebote müssen inklusiv gestaltet sein.

642 Vor allem aber wollen wir den deutschen Sonderweg beenden, Kinder im Alter von 10 Jahren
643 in unterschiedliche Schulen aufzuteilen: Wir wollen die eine Schule für alle, eine Schule der
644 Demokratie.

645 Bildung heißt für uns Aufbruch zur Mündigkeit. Wir wollen keine Zurichtung auf
646 widerspruchloses, braves Lernen, auf Entfremdung und Leistungsdruck. Wir wollen keine
647 Bildungseinrichtungen, in denen Menschen erfahren, dass sie nicht dazu gehören, keine
648 Schulen, die sich dadurch definieren Schüler*innen auszuschließen. Menschen sollen durch
649 Bildung ihre Interessen wirksam verfolgen, die Freude am Lernen pflegen, Zugehörigkeit
650 erfahren, ein Leben in Vielfalt gestalten und die Fähigkeit erwerben komplexe Probleme zu
651 lösen.

652 Die soziale Spaltung der Gesellschaft ist in der Bildung besonders sichtbar. Aber Bildung ist
653 auch ein Schlüssel sie zu verringern.

654 **Krippe und KiTa als Basis der frühkindlichen Forderung!**

655 Bereits die ersten Lebensjahre sind eine wichtige Basis, um später ein erfolgreiches Lernen
656 zu ermöglichen. Dabei muss eine frühzeitige Ausbildung der individuellen Fähigkeiten im
657 Vordergrund stehen. Das ist ausschließlich mit einer entsprechenden Qualität der Betreuung
658 möglich.

659 In der letzten Legislatur wurden weitere Angebote und Plätze zur Betreuung geschaffen.
660 Leider ist das Angebot trotzdem noch nicht ausreichend. Gerade im Ganztagsbereich gibt es

661 weiterhin zu wenige Angebote. Die Öffnungszeiten stimmen nicht mit dem Bedarf
662 arbeitender Eltern überein. Zudem sind die Kinder einkommensschwacher Schichten und
663 Kinder mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert.

664 Für DIE LINKE. steht an erster Stelle die Realisierung der kostenfreien Kita! Bereits in der
665 frühkindlichen Bildung muss jedes Kind einen Zugang zum Lernen haben.

666 Trotz des erheblichen Mangels an Erzieher*innen, sind die angebotenen Stellen oftmals
667 schlecht bezahlt und die Verträge mit Befristungen ausgestattet. Eine Aufwertung der
668 sozialen Berufe ist dringend notwendig und lange überfällig!

669 Die frühkindliche Bildung, das soziale Lernen in der Gruppe, eröffnet solidarische Chancen
670 für zukünftige Generationen. Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Weichen
671 gestellt. Deshalb streitet DIE LINKE für das Recht jedes Kindes auf allseitige Unterstützung
672 und Förderung seiner Fähigkeiten auch durch die öffentliche Hand, unabhängig von sozialer
673 Herkunft, unabhängig von dem Geldbeutel seiner Eltern.

674 DIE LINKE fordert deshalb:

- 675 • die Beitragsfreiheit für alle Krippen- und Kita-Jahre!
- 676 • zur Einlösung des Rechtsanspruchs auf Betreuung von unter dreijährigen Kinder
677 qualitativ hochwertige Angebote zügig und flächendeckend bereitzustellen!
- 678 • ein 24-stündiges Betreuungsangebot in Krippen und Kitas - auch am Wochenende!
- 679 • den Personalschlüssel mit einer Übergangsfrist so zu verbessern, dass er für die
680 Altersgruppe bis drei Jahre 1 zu 3 und ab drei Jahren 1 zu 7,5 beträgt!
- 681 • Kitas barrierefrei zu gestalten, damit Inklusion zeitnah umgesetzt werden kann!
- 682 • eine individuelle, inklusive Betreuung für Kinder mit sonderpädagogischem
683 Förderbedarf geschaffen werden muss!
- 684 • dass das Weiterbildungsangebot umfassend verbessert werden muss. Frühkindliche
685 Bildung braucht gut ausgebildete Erzieher*innen!

686 **Die Zeit ist reif: Eine Schule für alle – jetzt!**

687 Die Corona-Krise hat die Ungleichheit im Bildungssystem offen gelegt wie ein Brennglas.
688 Während einige Schülerinnen und Schüler über häusliche Unterstützung, ein eigenes
689 Zimmer, einen leistungsstarken Laptop und WLAN verfügten, mussten andere auf sich
690 gestellt mit dem Smartphone auf dem Teppich lernen. Bis zum Ende der Krise hat es die
691 Landesregierung trotz der Beteuerung, die Schulen hätten höchste Priorität, nicht einmal
692 geschafft, alle Schüler*innen mit digitalen Endgeräten zu versorgen. Gleichzeitig wurde der
693 Leistungsdruck kontinuierlich erhöht: Im Schuljahr 2017/2018 wurden 1306 Schüler*innen
694 vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschulen abgeschult. 2021 lag der Anteil der

695 Schüler*innen, die die Schule ohne Abschluss verlassen haben bei 9,2 %. Das war die
696 Prioritätensetzung der Landesregierung: Ausgrenzung statt Bildungsgerechtigkeit.

697 Um die Bildungsgerechtigkeit kümmern sich nur die Gemeinschaftsschulen und die
698 Grundschulen, vor allem diejenigen in sozial benachteiligten Wohngebieten, und werden
699 dabei allein gelassen. Ob es die Integration der Schüler*innen nicht-deutscher
700 Muttersprache ist, die Inklusion von Schüler*innen mit Förderbedarf oder die
701 Gewährleistung von Chancengleichheit für alle Kinder: die Grund- und die
702 Gemeinschaftsschulen sollen sie leisten. Dafür bekommen sie keine zusätzlichen Ressourcen.
703 Lehrkräfte haben sogar zusätzlich zu allen pädagogischen Aufgaben eine höhere
704 Unterrichtsverpflichtung als am Gymnasium. Darum haben Grund- und
705 Gemeinschaftsschulen erhebliche Probleme ihre offenen Stellen zu besetzen. Auch die
706 Lehrkräfte wissen, wo sie allein gelassen werden.

707 Trotzdem werden immer mehr „Gymnasiallehrkräfte“ ausgebildet, die für eine Arbeit in
708 Gemeinschaftsschulen und Grundschulen nicht vorbereitet sind. Obwohl dort die Bedarfe
709 bestehen und sie dort auch oft eingesetzt werden müssen. Statt diesen Missstand zu
710 beheben, hat die Jamaika-Regierung (CDU, FDP, GRÜNE) die Reform der Lehrkräftebildung
711 aus dem Jahr 2014 rückgängig gemacht, die die Lehrkräfteausbildung angleichen sollte. DIE
712 LINKE will, dass Lehrkräfte so ausgebildet werden, dass sie alle Schüler*innen angemessen
713 fördern und fordern können.

714 Das Feigenblatt der Landesregierung ist das „Perspektivschulprogramm“. Es ermöglicht
715 besonders gebeutelten Schulen unter anderem, Hilfskräfte einzustellen. Wegen des
716 Personalnotstandes an den Schulen werden diese vollkommen unterbezahlt und teilweise
717 nicht ausgebildeten Hilfskräfte ohne jede Unterstützung als Lehrkräfte eingesetzt. Das
718 Programm ist mit etwa 1% des Bildungsbudgets hoffnungslos unzureichend um die
719 strukturellen Probleme zu lösen. Es soll den Zusammenbruch eines ungerechten Systems
720 verhindern, mehr nicht. Denn das gegenwärtige Bildungssystem setzt auf Ausgrenzung und
721 Ausschluss, auf Exklusion. Das Gymnasium braucht ein „unten“ um exklusiv sein zu können.
722 Dieses System ist falsch und es ist nicht reformierbar.

723 Eine weitere ungerechte Entwicklung in unserem Bildungssystem sind die immer zahlreicher
724 werdenden Privatschulen. Dort entwickeln sich parallele Bildungssysteme und –welten
725 privilegierter Bevölkerungsschichten. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die staatliche Förderung
726 von Privatschulen so weit wie möglich einzuschränken. Langfristig streben wir die komplette
727 Abschaffung des privaten Schulwesens an.

728 Wir brauchen eine Schule für alle, eine Schule der Demokratie. Und es gibt keinen Grund,
729 damit zu warten. Es ist kein gewagtes Experiment, sondern der weltweite Normalfall. Die
730 Schule der Exklusion ist ein Sonderweg. Außer der Bundesrepublik sortiert nur noch
731 Österreich die Kinder im Alter von 10 Jahren in unterschiedliche Schulformen. Die
732 allermeisten Länder unterscheiden ab dem Alter von 16 Jahren zwischen akademischen und

733 beruflichen Bildungswegen, so auch unser direkter Nachbar Dänemark. Genug sortiert! DIE
734 LINKE bekennt sich zur einen Schule für alle – nicht irgendwann, sondern jetzt.

735 **Schulen der Zukunft**

736 „Man entdeckt keine neuen Erdteile, ohne den Mut zu haben, alle Küsten aus den Augen zu
737 verlieren.“ André Gide (aus dem Konzept der Reformschule Winterhude zitiert)

738 Die Welt wandelt sich - die Schulen brauchen auch den Wandel!

739 Die eine Schule ist eine notwendige aber nicht hinreichende Voraussetzung für die Lösung
740 der Probleme in den Schulen. Ein hoher Anteil der Schüler*innen geht mit Ängsten zur
741 Schule (zahlen zwischen 10 - 14 %) und engagierte Lehrkräfte verabschieden sich mit
742 Burnout.

743 Herausforderungen wie jüngst die Pandemie können unsere Schulen nicht auffangen, sie
744 sind eher Verstärker der psychischen Belastungen. Das kann sich unsere Gesellschaft auf
745 Dauer nicht leisten.

746 Schulen müssen auf die Herausforderungen des Lebens vorbereiten. Unsere Welt wandelt
747 sich schneller denn je und leider auch dramatischer. Wir benötigen zur Lösung der Probleme
748 Kompetenzen wie Kreativität, Innovationsgeist, Mut, Verantwortung, Selbstvertrauen,
749 Teamgeist und Individualität. In den Schulen herrschen aber derzeit Notendruck,
750 Leistungsstress, Anpassung und Selektion, die der Entwicklung dieser Kompetenzen
751 entgegenstehen. Bei allem Engagement der Lehrkräfte - damit stellt die Schule sie vor
752 unlösbare Aufgaben.

753 Wir wollen Schulen Spielräume eröffnen, sie ermutigen und unterstützen, auch
754 grundlegende Reformen zu entwickeln und zu verwirklichen: Abkehr von Noten,
755 jahrgangsübergreifendes und individualisiertes und bewertungsfreies Lernen, Kreativität
756 statt Planerfüllung.

757 Was wir brauchen, sind Schulen, die sich auf den Weg machen, "Treibhäuser der Zukunft" zu
758 werden.

759 Lernen braucht Begeisterung, den richtigen Zeitpunkt, die Anknüpfung an eigene
760 Erfahrungen, Herausforderungen, das Gefühl "ich kann das schaffen" und Bedeutsamkeit für
761 das eigene Leben.

762 Alle Schulen, die sich für einen Wandel entscheiden, brauchen fachliche und personelle
763 Unterstützung für diesen Prozess, der gemeinsam mit Eltern, Schüler*innen und Lehrkräfte
764 entwickelt werden muss.

765 Wissen, Erfahrungen und Konzepte für Zukunftsschulen sind da. Es geht darum sie
766 auszuprobieren, anzuwenden und weiter zu entwickeln, es geht um längst fälligen Wandel.

767 Entwicklungsmöglichkeiten von Schulen sehen wir vor allem in den folgenden Feldern:

- 768 • Altersübergreifende Lerngruppen statt starren Jahrgangsguppen
- 769 • Feedbackformen, die die eigene Urteilskraft ausbilden, statt Noten
- 770 • Selbstgesteuertes Lernen im eigenen Lerntempo
- 771 • Pädagogisch begründete Zeitkonzepte statt starrer 45-Minuten-Stunden
- 772 • Partizipation statt hierarchischer Prozesse
- 773 • Rolle der Lehrkraft als Lernbegleitung
- 774 • Neue Raumkonzepte für Schulen: Lernateliers statt Klassenzimmer
- 775 • Fachübergreifender Projektunterricht statt Lösung von gesellschaftlichen Problemen mit
776 immer neuen Fächern
- 777 Wir fordern:
- 778 • Schulen müssen die Freiheit bekommen, sich auf den Weg zu machen und notwendige
779 Reformen durchzuführen.
- 780 • Schulen, die sich auf den Weg machen, müssen durch Fachleute unterstützt werden.
- 781 • Es müssen Lehrkräftefortbildungen und Schulentwicklungstage angeboten werden, die
782 Schulen unterstützen, den Prozess zu beginnen.
- 783 • Schulen, die Reformen beginnen, brauchen eine Entlastung auf Seiten der Lehrkräfte
784 und des anderen pädagogischen und Verwaltungspersonals.
- 785 • Die Schulen brauchen Ressourcen für neue Raumkonzepte und Materialien.
- 786 **Sozialindex, Busing, multiprofessionelle Teams – mehr Mittel für Bildungsgerechtigkeit**
- 787 Die eine Schule für alle öffnet Bildungswege und bietet Chancen. Aber sie ist kein
788 Allheilmittel. Soziale Durchlässigkeit wird befördert, aber nicht beseitigt. Sozial
789 benachteiligte Schulstandorte müssen trotzdem gefördert werden. Wir wollen, dass die
790 Ressourcen sich nach den Aufgaben richten: Die Mittel, die Schulen für Lehrkräfte und
791 andere Landesaufgaben erhalten, müssen an die Bedarfe der Schülerinnen und Schüler
792 gekoppelt werden. Dazu muss wie in Hamburg ein schulscharfer Sozialindex erhoben
793 werden.
- 794 Jede Schule benötigt multiprofessionelle Teams aus Schulsozialarbeiter*innen, mindestens
795 eine Kraft auf 350 Schüler*innen. Die Zusammenarbeit mehrerer Pädagog*innen muss auch
796 im Unterricht der Normalzustand werden.
- 797 Darüber hinaus wollen wir, dass die freie Schulwahl erweitert wird. Schüler*innen in
798 benachteiligten Wohngebieten müssen die Möglichkeit haben auch weit entfernt liegende
799 Schulen in privilegierten Wohngebieten zu besuchen. Sie sollen darauf ein verbrieftes Recht

800 bekommen, das durch besondere Schulbuslinien unterstützt wird. In den Vereinigten
801 Staaten hat ein solches Busing-Programm jahrzehntelang einen wertvollen Beitrag zur
802 Durchbrechung der „Rassentrennung“ und zur sozialen Durchmischung der Klassenzimmer
803 geleistet.

804 Eine Schule der Demokratie muss allen Schüler*innen offen stehen, natürlich auch allen
805 Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Es kann sein, dass Eltern zu dem
806 Schluss gelangen, dass auch eine gut versorgte inklusive Schule für ihr Kind nicht die beste
807 Lösung ist. Für solche Bedarfe können spezialisierte Förderzentren aufrechterhalten werden.
808 Eine Zuweisung von Schüler*innen zu solchen Schulen darf es aber nicht geben.
809 Insbesondere die jüngsten Pläne der Jamaika-Koalition, Schüler*innen mit Förderbedarf in
810 sozial-emotionaler Entwicklung mit Hilfe externer Gutachten aus Regelschulen zu entfernen,
811 lehnen wir darum ab. Probleme verschwinden nicht durch Ausgrenzung, die Schulen
812 brauchen Ressourcen für ihre Lösung.

813 Auch für die Integration der Schüler*innen nicht-deutscher Muttersprache muss mehr getan
814 werden. Klassengrößen von bis zu 30 Schüler*innen in Zentren für Deutsch als Zweitsprache
815 („DaZ“) sind untragbar. Die Sprachförderung darf auch in der Oberstufe nicht aufhören.
816 Fachsprache ist auch für Kinder aus alteingesessenen Familien mit Migrationshintergrund
817 oft nur schwer zu bewältigen.

818 Wir fordern konkret:

819 • In der nächsten Legislaturperiode muss der Übergang zur einen Schule für alle vollzogen
820 werden: Gemeinsames Lernen von Jahrgang 1 bis 10, danach Übergang in die Oberstufe
821 oder die Berufsbildung.

822 • Die Lehrer*innenausbildung muss alle Lehrkräfte für den Einsatz in inklusiven Schulen
823 qualifizieren.

824 • Schulscharfer Sozialindex: Ressourcen müssen sich an den Bedarfen orientieren.

825 • Lehrer*innenarbeitszeit muss pädagogische Aufgaben realistisch abbilden.

826 • Multiprofessionelle Teams mit Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen für
827 Schüler*innen und Lehrkräfte an allen Schulen.

828 • Busing für soziale Integration: Egal, wohin ich will, da fährt ein Bus.

829 • Inklusive Schule, keine Zuweisung mehr in Förderzentren

830 • Die Klassengröße in DaZ-Klassen muss wirksam auf 18, in der Basisstufe auf 12, begrenzt
831 werden.

832 • Geflüchtete, die sich in Schule oder Ausbildung befinden dürfen nicht abgeschoben
833 werden

834 **Berufsbildende Schulen: Pädagogik und Demokratie statt Verwertung und Hierarchie**

835 Berufsbildende Schulen finden in der öffentlichen politischen Debatte wenig
836 Aufmerksamkeit, obwohl dieser Schulzweig vergleichbar den Gemeinschaftsschulen in
837 Schleswig-Holstein die zweithöchsten Schüler*innenzahlen nach den Grundschulen aufweist
838 und allgemeinbildende und berufliche Bildungsabschlüsse anbietet. Die Fehlplanungen in
839 den vergangenen Jahren treten durch die Corona Pandemie nun besonders deutlich hervor
840 und müssen korrigiert werden. Viel zu häufig verlassen Schüler*innen eine berufsbildende
841 Schule ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder gar ohne den Ersten
842 Allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) und sind somit prekären
843 Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslosigkeit und Armut ausgesetzt.

844 DIE LINKE lehnt die organisatorische Umsiedlung der Berufsbildung in der Landesverwaltung
845 vom Bildungs- ins Wirtschaftsministerium, bzw. das dafür gegründete SHIBB ab. Die
846 angeblich dadurch gewonnenen „Synergieeffekte“ werden durch massive Nachteile und
847 Risiken, die mit diesem Zuständigkeitswechsel einhergehen, zunichtegemacht. Der in den
848 vergangenen Jahren stetig gestiegene Einfluss von Arbeitgeberverbänden auf
849 allgemeinbildende Fächer in der Berufsschule dürfte damit beschleunigt werden. Die
850 Zuständigkeitsverlagerung der beruflichen Bildung aus dem Bildungsministerium heraus ist
851 die konsequente Fortführung des Wirtschaftlichkeitsgedanken „Bildung als Ware“: Das
852 spiegelt sich auch vielerorts durch die Gründung von Regionalen Bildungszentren (RBZ) als
853 Anstalten öffentlichen Rechts wider. Deren Schulleiter*innen sind gleichzeitig als
854 Geschäftsführer*innen bestellt. Die Bildungszentren treten also in einen wirtschaftlichen
855 Wettbewerb. Es bedarf einer Reform der Regionalen Bildungszentren, damit die
856 Konkurrenzsituation unter den Berufsschulen nicht dazu führt, dass Mitarbeiter*innenrechte
857 ausgehebelt und Bildungsziele wirtschaftlichen Kompetenzen untergeordnet werden.

858 DIE LINKE bekennt sich zur Dualen Berufsausbildung als Erfolgsmodell. Allerdings müssen
859 sich die Standards an einer ganzheitlichen Bildung junger Menschen orientieren, die auch
860 der persönlichen Entwicklung und freien Entfaltung ihres Individuums dient. Die
861 Berufsbildenden Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Ihren Schüler*innen
862 fachspezifische und politische Bildung vermitteln zu können – und zwar für alle.
863 Abgeschlossene Berufsausbildungen müssen die Absolvent*innen in die Lage versetzen für
864 den gesamten Arbeitsmarkt ihrer Branche qualifiziert zu sein, um nicht an ihren
865 Ausbildungsbetrieb gebunden zu sein. Da die praktische Ausbildung in den Betrieben häufig
866 bereits sehr speziell angelegt ist, muss der Fokus des Berufsschulunterrichts auf
867 allgemeinbildende Fächer erhöht werden.

868 Die derzeitige Personalversorgung deckt nicht einmal die Ausfälle durch Krankenstand und
869 Fluktuation ab. Die entstehende Unterversorgung wird dann mit - oft ungleich ausgebildeten
870 – befristet eingestellten Aushilfslehrkräften besetzt. In ähnlicher Weise beschäftigen Land
871 und Kommunen teilweise Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen. Durch
872 vorgeschobene Sachgründe, wie z. B. EU-Projekte, die regelmäßig neu vergeben werden,

873 besteht keine Arbeitssicherheit. Der Personalschlüssel liegt nicht selten bei einer Fachkraft
874 pro 2000 Schüler*innen.

875 Berufsbildende Schulen tragen insbesondere durch ihre Aufgaben der berufsvorbereitenden
876 Maßnahmen und Berufsintegrationsklassen (Deutsch als Zweitsprache) erheblich zur
877 Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund bei. Neben der insgesamt höheren
878 Anzahl von Schüler*innen ist auch die Heterogenität in den Klassen deutlich gestiegen. Auf
879 der einen Seite Geflüchtete, welche mit posttraumatischen Belastungsstörungen oder
880 Rassismus konfrontiert werden. Auf der anderen Seite Jugendliche, die in ihrem sozialen
881 Umfeld mit Armut, Gewalt oder Suchtproblematiken konfrontiert sind. Diesen
882 Herausforderungen können die berufsbildenden Schulen mit der derzeitigen (Personal-
883)Ausstattung nicht gerecht werden. Darüber hinaus ist nicht hinnehmbar, dass eine
884 begleitende Inklusion für Jugendliche mit Handicap nicht zusätzlich gefördert wird.

885 Daher fordert DIE LINKE, Schleswig-Holstein:

886 • Es muss eine Ausbildungsplatzgarantie zur langfristigen Überwindung des
887 Übergangssystems zwischen allgemeinbildender Schule und Ausbildung durchgesetzt
888 werden. Hierfür bedarf es einer Mindestausbildungsquote in privatwirtschaftlichen und
889 insbesondere in öffentlichen Betrieben.

890 - Eine landesweite Ausbildungsstatistik. Es wird in Schleswig-Holstein nicht erhoben,
891 wie viele Jugendliche und junge Erwachsene in Qualifizierungsschleifen geparkt
892 werden, ohne eine reguläre Ausbildung zu erhalten, nur damit sie nicht in der
893 Arbeitslosenstatistik auftauchen. Diese Zahl muss transparent gemacht werden, um
894 überhaupt erst einmal zu erfahren, wie groß die Dimension dieses Problems in
895 Schleswig-Holstein ist.

896 • Die Zuständigkeitsverlagerung der Steuerung und Aufsicht der Berufsbildung vom Kultus-
897 ins Wirtschaftsministerium mit der Gründung des SHIBB muss mit Blick auf die
898 Herausforderungen der Zukunft rückgängig gemacht werden

899 • Verbesserung der Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten sowie Schüler*innen an
900 Berufsbildenden Schulen, insbesondere RBZs, z. B. durch eine im Schulgesetz
901 vorgeschriebene Besetzung der Verwaltungsräte mit stimmberechtigten Mitgliedern aus den
902 Gruppen Lehrkräfte, Beschäftigte sowie Eltern und Schüler*innen.

903 • Die Einrichtung unabhängiger Kontrollinstanzen zur Sicherung der Qualität der
904 Ausbildung ist notwendig, da die zuständigen Kammern dies als arbeitgeberfinanzierte
905 Einrichtungen nicht gewährleisten können. Dazu gehören die Themenbereiche
906 Arbeitsbelastung und Mitarbeiter*innengesundheit, Vergütung, Einhaltung der gesetzlichen
907 Regelungen.

- 908 • Wirksame Maßnahmen zur Verhinderung von Lobbyismus in Schulen: Eine
909 Monitoringstelle, die Lehrkräfte beraten und tendenziöse Unterrichtsmaterialien
910 kennzeichnen oder ihren Einsatz im Unterricht untersagen kann.
- 911 • Alle Beschäftigten an berufsbildenden Schulen sollen in unbefristeten
912 Beschäftigungsverhältnissen nach dem TVöD bzw. TV-L und nicht durch künstliche
913 Sachgründe wie Projektfinanzierungen in prekären Kettenbefristungen beschäftigt werden.
- 914 • Die Personalversorgung muss so weit über 100% angehoben werden, dass sie
915 krankheitsbedingte Ausfälle wirksam auffängt.

- 916 • Multiprofessionelle Teams müssen dringend ausgebaut werden, so dass sich der
917 Versorgungsschlüssel mit Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, und
918 Berufscoaches deutlich verbessert. Diese Teams müssen direkt in der Schule angesiedelt
919 sein. Die Zusammenarbeit mit Jugendberufsagenturen ist zu bürokratisch.

920 **Antirassistische Pädagogik in der Schule**

921 Rassismus ist Teil der Lebenswirklichkeit aller Menschen, die in Deutschland leben,
922 unterrichtet werden und selbst unterrichten, weil jede Person sozialisationsbedingt
923 rassistisches Wissen besitzt und reproduziert, solange keine kritische Auseinandersetzung
924 mit eigenen Rassismen stattgefunden hat. Aus diesem Grund ist eine rassismusfreie
925 Gesellschaft eine bisher unerreichte Utopie.

926 Schüler*innen of Color machen Diskriminierungserfahrungen durch Lehrkräfte und
927 Mitschüler*innen. Die Repräsentativbefragung der Antidiskriminierungsstelle zu
928 Diskriminierungserfahrungen in Deutschland ergab, dass

- 929 • 23,7 Prozent aller Befragten in den letzten zwei Jahren Diskriminierungen im
930 Bildungsbereich erlebt habe.
- 931 • institutionell höhere Hürden auf der Suche nach einem Praktikumsplatz zu bewältigen
932 hatten und
- 933 • für gleiche Leistung schlechtere Noten als Ihre weißen Mitschüler*innen erhielten.

934 Deshalb fordern wir, dass Rassismuskritik in der Ausbildung von Lehramtsauszubildenden
935 verpflichtend festgeschrieben werden muss, sowohl im Studium als auch im Referendariat.
936 Weiterhin fordern wir verpflichtende Antidiskriminierungskonzepte an den schleswig-
937 holsteinischen Schulen. Diese müssen als Ziel haben:

938 ...Diskriminierung zu identifizieren durch:

- 939 ◦ Befragungen
- 940 ◦ Untersuchung bestehender Regeln und Routinen

- 941 ◦ Erhebungen statistischer Ungleichheiten
- 942 ◦ Analyse von Unterrichtsmaterialien und -inhalte
- 943 ...Prävention von rassistischen Äußerungen zu stärken durch:
- 944 ◦ Stärkung von Betroffenen
- 945 ◦ Schulung des Lehrpersonals
- 946 ◦ Trainings für Schüler*innen
- 947 ◦ Bereitstellung von Informationen und Schaffung von Beratungsangebote
- 948 ◦ Förderung von Vielfalt
- 949 ◦ Berücksichtigung von Antirassismus in der Schulordnung
- 950 ◦ Förderung von Partizipation
- 951 ...Intervention bei Diskriminierung zu leisten durch:
- 952 ◦ Regeln für Umgang mit Handlungen und Betroffene
- 953 ◦ Konfliktlotsen/Streitschlichter*innen
- 954 ◦ Antirassistisches Ansprechpersonal
- 955 ◦ Entwicklung von Beschwerdeverfahren

956

957 **Digitalisierung für die Schulen: Gerecht und sicher**

958 Die weitere Digitalisierung von Unterricht, Schulverwaltung, Kooperation der Lehrkräfte und
959 Lernmedien ist eine Schlüsselaufgabe der nächsten Jahre. Die Lebenswelt aller Menschen,
960 von Jugendlichen insbesondere, ist von der digitalen Revolution geprägt. Schulen müssen sie
961 darauf vorbereiten selbstständig in einer digitalen Welt zu leben.

962 In der Corona-Krise ist deutlich geworden, welche Potentiale in der Nutzung digitaler Medien
963 liegen, aber auch welche Defizite es zu bewältigen gilt. Insbesondere die soziale Spaltung bei
964 der Ausstattung mit digitalen Endgeräten wurde überdeutlich. Viele Schüler*innen
965 verfügten nur über ein Smartphone. Wir fordern, dass alle Schüler*innen ein Notebook oder
966 ein Tablet für schulische Zwecke erhalten. Letztlich hat das monatelange Lernen zuhause
967 aber gezeigt, dass der Kampf für gute Bildung viele Felder hat und den Kampf um
968 bezahlbaren Wohnraum, gute Löhne und gesicherte Kinderbetreuung umfassen muss.

969 Weiterhin hat die Corona-Krise gezeigt, wie unterschiedlich die digitalen Kompetenzen der
970 Lehrkräfte sind. Wir fordern, dass Lehrkräfte eine Arbeitszeit-Ressource für verbindliche

971 Fortbildungen erhalten, also eine Entlastung von anderen Aufgaben. Auch den Eltern sollen
972 Angebote gemacht werden, um deren digitale Kompetenz zu stärken, damit sie ihre Kinder
973 beim Ausbilden digitaler Kompetenz unterstützen können.

974 Die Ausstattung der Schulen ist eine kommunale Aufgabe, aber das Land muss sicherstellen,
975 dass technische Mindeststandards auch auf Dauer in den kleinsten Schulen erfüllt werden:
976 Hier ist insbesondere nach dem Auslaufen des Digitalpaktes ein langfristiges Engagement des
977 Landes erforderlich.

978 Die Schule ist der Ort, an dem Jugendliche lernen müssen, achtsam mit ihren Daten
979 umzugehen. Die Medienkompetenz muss fester Bestandteil schulischen Lernens sein.

980 Den Schulen müssen sichere und gangbare Lösungen für Lernplattformen und digitale
981 Lernmedien zur Verfügung gestellt werden. Der Ausbau öffentlicher Angebote durch den
982 staatlichen Dienstleister Dataport und das staatliche Lehrerbildungsinstitut IQSH ist der
983 richtige Weg.

984 Sponsoring von digitalen Bildungsangeboten in staatlichen Schulen („iPad-Klassen“) lehnen
985 wir ab. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und keine Werbeplattform.

986 Wir fordern konkret:

987 • Digitale Endgeräte für alle Schüler*innen im Rahmen der Lernmittelfreiheit alle vier
988 Jahre neu

989 • Fortbildungen für Lehrkräfte im Rahmen ihrer Arbeitszeit

990 • Ausbau von öffentlichen digitalen Angeboten (staatliche und „open educational
991 resources“ – OER) für die schulische Nutzung

992 **Wissenschaft und Hochschulen**

993 Hochschulen sind mehr als nur Orte der Ausbildung für den Bedarf an hochqualifizierten
994 Menschen in unserer Gesellschaft. Hochschulen sind Orte, an denen aktuelle
995 gesellschaftliche Problemstellungen aufgegriffen, analysiert und vielfältig an Lösungen für
996 ebendiese gearbeitet wird.

997 Die Zusammensetzung der Studierendenschaft spiegelt immer noch nicht die Gesellschaft.
998 Nach wie vor sind Bildungshintergrund und Einkommen bestimmend für den Zugang zu den
999 Hochschulen.

1000 Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Studium ein. Die Wahl des Studiengangs muss nach
1001 Interesse erfolgen können und darf nicht von den kurzfristigen Erfordernissen des
1002 Arbeitsmarktes abhängen. Das bedeutet, dass kritische Wissenschaft, selbstorganisiertes
1003 Studium und andere Ideen an den Hochschulen wieder einen Raum haben müssen und
1004 meint auch die Rückkehr zu zeitlich nicht begrenzten Studiengängen und vor allem das Ende
1005 von Anwesenheitspflichten. Das Bachelor-Master-System ist dringend reformbedürftig.

1006 Die Arbeitsbedingung an Universitäten für Lehrbeauftragte und wissenschaftliche
1007 Mitarbeiter*innen sind schlecht. Sie hangeln sich von Projekt zu Projekt oder Lehrauftrag zu
1008 Lehrauftrag. Diese Situation muss endlich verbessert werden, um der Prekarisierung in der
1009 Wissenschaft ein Ende zu setzen. Wir wollen daher Dauerstellen für Daueraufgaben und ein
1010 Ende des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

1011 Der wichtigste Baustein unserer Hochschulpolitik ist der Widerstand gegen fortschreitenden
1012 neoliberalen Umbau der Hochschulen und der Widerstand gegen die damit einhergehende
1013 marktorientierte Verwertungslogik. Wir haben die Vision von offenen, freien, vielfältigen
1014 und demokratischen Hochschulen.

1015 Ein Studium muss für unterschiedliche Bildungsbiografien, Zielstellungen und
1016 Lebenssituationen zugänglich sein. Soziale Zugangshürden wollen wir abbauen. Deshalb will
1017 DIE LINKE. Schleswig-Holstein:

- 1018 • die Abschaffung des Numerus Clausus an allen öffentlichen Hochschulen,
- 1019 • dass der Master zum Regelabschluss im Bachelor-/Mastersystem wird und
1020 Zeitbeschränkungen und Anwesenheitspflichten langfristig ein Ende finden,
- 1021 • Semesterbeiträge als versteckte Studiengebühren abschaffen,
- 1022 • ein elternunabhängiges, bedarfsgerechtes und rückzahlungsfreies BAföG,
- 1023 • das Angebot an studentischem Wohnraum in Trägerschaft des Studierendenwerkes
1024 massiv ausbauen,
- 1025 • einen eigenen studentischen Tarifvertrag in Schleswig-Holstein beschließen,
- 1026 • den Mittelbau an den Universitäten stärken -das Motto muss hier sein: Dauerstellen für
1027 Daueraufgaben,
- 1028 • das Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen,
- 1029 • Hochschulen als Orte gelebter Demokratie entwickeln, etwa durch die Einführung einer
1030 echten Viertelparität in den Gremien und die Rückverlagerung aller wesentlichen
1031 Entscheidungskompetenzen von den Hochschulleitungen zurück auf die akademischen
1032 Selbstverwaltungsgremien,
- 1033 • Hochschulen mit einer verlässlichen Grundfinanzierung ausstatten, die sich an die
1034 jeweiligen Anforderungsprofile anpasst - Grundstruktur, wissenschaftliche
1035 Schwerpunktsetzung und Forschungsvorhaben dürfen nicht von Dritten und privaten
1036 Investor*innen abhängen,
- 1037 • dass Zielvereinbarungen mit den Hochschulen kollegial vereinbart und kooperativ
1038 ausgewertet werden,

- 1039 • die Einführung von studentischen Präsidiums- oder Rektoratsmitgliedern ermöglichen,
- 1040 • die Erweiterung des Mandats der ASten auf ein allgemeinpolitisches Mandat,
- 1041 • freien und ungehinderten Zugang zu Forschungsergebnissen, deshalb sollen
- 1042 Publikationen von Studierenden, Doktorand*innen und Professor*innen als Open-Access
- 1043 erscheinen,
- 1044 • die verbindliche Einführung einer Zivilklausel für alle öffentlichen Hochschulen in
- 1045 Schleswig-Holstein.

1046 **Lebenslanges Lernen**

1047 Wir verfolgen einen handlungs- und erfahrungsorientierten Ansatz zum lebenslangen
 1048 Lernen. Unser Verständnis vom lebenslangen Lernen greift die Interessen von Menschen in
 1049 ihren unterschiedlichen und vielfältigen Lebenslagen auf, stärkt die Bedeutung des
 1050 informellen wie formellen Lernens, die Persönlichkeitsentwicklung, die Mündigkeit
 1051 Erwachsener und eine selbstbestimmte Lebensführung sowie gesellschaftliche Teilhabe.

1052 Unser Schwerpunkt liegt auf dem Abbau der Zugangshürden aufgrund einer niedrigen
 1053 Einkommenssituation. Nach wie vor ist es so, dass Menschen mit einem niedrigen formalen
 1054 Bildungsgrad die Angebote des lebenslangen Lernens weniger in Anspruch nehmen als
 1055 andere. Ihren Bedürfnissen wird zu wenig Rechnung getragen.

1056 Unser Ziel ist eine inklusive Bildungs- und Lernlandschaft in Schleswig-Holstein.

1057 Wir unterstützen eine Entwicklung und Gestaltung aller Bildungs- und Beratungsangebote
 1058 die der Diversität der Menschen abbildet. Eine solche Anpassung muss sich auf die
 1059 notwendigen Rahmenbedingungen (z.B. Sprache, Ersatz von Fahrtkosten, Barrierefreiheit)
 1060 auf Seiten aller Träger*innen der Fort- und Weiterbildung erstrecken.

1061 Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um jede*r Einzelnen die Teilhabe an lebenslanger
 1062 Bildung zu ermöglichen.

- 1063 • Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes:

- 1064 ◦ Erleichterung des Zuganges zu allgemeinbildenden Angeboten

- 1065 ◦ Einrichtung eines Weiterbildungsfonds der Betriebe zur Finanzierung von
- 1066 Bildungsurlauben

- 1067 • Formalisierung der Förderung der Fort- und Weiterbildung:

- 1068 ◦ Finanzielle Stärkung der Volkshochschulen durch Festlegung einer Größenordnung der
- 1069 Finanzierung der Fort- und Weiterbildung / Volkshochschulen

- 1070 ◦ Festschreibung der Leistungen des Landes (Räume, Personal)

- 1071 ◦ Festlegung einer auskömmlichen Honorarordnung mit Mindesthonoraren
- 1072 ◦ Sicherung für Freiberufler*innen in der WB (Krankenkassen / Rentenkasse)
- 1073 ◦ Allgemeinverbindliche tarifliche Entlohnung aller Bildungsarbeiter*innen in der
1074 Weiterbildung
- 1075 • Aus- und Aufbau einer dezentralen Infrastruktur also z.B. bessere Vernetzung von
1076 Bildungsräumen wie Bibliotheken, Bürgerzentren, Familienzentren, Kitas, Schulen und
1077 Volkshochschulen.
- 1078 • Qualitätssicherung (z.B. Sicherung der Diversität von Angeboten)
- 1079 • Weiterbildungsgeld, um den Zugang für Menschen mit niedrigen Einkommen zu
1080 ermöglichen
- 1081 • Aufwertung informell erworbener Kompetenzen und Fähigkeiten, um die vorhandenen
1082 Hürden zum Zugang zur weiterführenden formalen Bildung, Berufsausbildung und
1083 Beschäftigung abzubauen (Beispiel: ProfilPASS)
- 1084 **Lebenslanges Lernen und Digitalisierung**
- 1085 Während der Corona-Pandemie sind die Bildungsangebote in den digitalen Raum verlagert
1086 worden. Der Zugang zur digitalen Bildung ist abhängig von der individuellen digitalen
1087 Kompetenz und dem Einkommen. Ohne digitale Endgeräte ist eine Teilhabe an digitalen
1088 Bildungsangeboten schwer möglich. Um zukünftig die Teilhabe aller an digitalen
1089 Bildungsangeboten zu ermöglichen, wollen wir Bildungsangebote, die die Medienkompetenz
1090 im Allgemeinen fördern, unterstützen. Darüber hinaus wollen wir allen einen Zugang zu
1091 Endgeräten ermöglichen, um an entsprechenden Bildungsangeboten teilzunehmen.
- 1092 Hier kann z.B. auf die bereits vorhandene Infrastruktur der Bibliotheken / Bürgerhäuser /
1093 Volkshochschulen vor Ort zurückgegriffen werden, um eine Infrastruktur für die Zukunft zu
1094 gestalten.
- 1095 Wir unterstützen die Entwicklung von Konzepten und Umsetzungsmöglichkeiten dezentral
1096 vor Ort. Eine entsprechende Regelfinanzierung der Bibliotheken /Volkshochschulen /
1097 Bürgerhäuser vor Ort muss bereitgestellt werden.
- 1098 **Mit Offener Bildung zu mehr Gerechtigkeit**
- 1099 Freie zugängliche Bildungsmaterialien (Open Educational Resources=OER) dürfen ohne
1100 rechtliche oder technische Zugangsbarrieren getauscht und geteilt werden.
- 1101 Freier Zugang zu freiem Wissen ist eine Voraussetzung zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

1102 Was öffentlich finanziert wird, sollte öffentlich zugänglich bleiben. Öffentliche
1103 Ausschreibungen und Förderprogramme sollten als Resultate offen lizenzierte Materialien in
1104 offenen Dateiformaten haben.

1105 Wir wollen das Produzieren, das Tauschen und Teilen von OER fördern. Dazu braucht es
1106 offene Plattformen, Öffentlichkeitsarbeit und motivierte Multiplikator*innen.

1107 Wir unterstützen Modellprojekte, die langfristig in eine Regelfinanzierung überführt werden.

1108 **Sozial-ökologischen Klimaschutz für alle**

1109 Im Bericht des Weltklimarates von 2021 wird festgestellt, dass die Erderwärmung in den
1110 letzten Jahren stark zugenommen hat. Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens,
1111 insbesondere das Ziel, die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, noch zu erreichen, seien
1112 schnelle und effektive Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und anderer
1113 Treibhausgase unerlässlich. Anders als in früheren Klimaberichten spricht der Weltklimarat
1114 davon, dass die Grenze von 1,5 Grad bereits 2030 erreicht sein wird, wenn jetzt nichts
1115 geschieht.

1116 Um diese Menschheitsaufgabe zu lösen, muss auf allen denkbaren Ebenen gehandelt
1117 werden, international und national und eben auch in den Regionen. Die zukünftige
1118 Landesregierung Schleswig-Holsteins muss sich dieser Verantwortung für unser Bundesland
1119 bewusst sein und entsprechend handeln. Als DIE LINKE werden wir auf Landesebene, in den
1120 Kommunalparlamenten und mit der Zivilgesellschaft für Klimaschutz streiten. Wir setzen uns
1121 dafür ein, dass alle Entscheidungen der Landesregierung unter Klimaschutzvorbehalt gestellt
1122 werden.

1123 Klimaschutz kann nur durchgesetzt werden, wenn er sozial gerecht gestaltet wird.
1124 Augenfällig wird dies im Bereich der Gebäudesanierung, die noch auf die Schultern der
1125 Mieter*innen geladen wird, während die Vermieter*innen eine Wertsteigerung ihrer
1126 Immobilien erhalten. Bis es gelingt, diese Ungerechtigkeit auf Bundesebene durch
1127 entsprechende Gesetze zu regeln, muss die Landesregierung einen Ausgleich schaffen und
1128 sich im Bundesrat für eine Gesetzesänderung einsetzen. Wir wollen so erreichen, dass die
1129 Kosten der energetischen Sanierung alleine von der Vermieter*innen getragen werden
1130 müssen und nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden dürfen. Auch die im Rahmen des
1131 Klimaschutzgesetzes eingeführte CO₂-Bepreisung kann die Landesregierung für
1132 Berufspendler*innen ausgleichen, indem tatsächlich allen Betroffenen die Möglichkeit
1133 gegeben wird, vom Auto auf den öffentlichen Verkehr auszuweichen. Die Absicht, mit der
1134 CO₂-Bepreisung die Emissionen im Verkehr zu senken, entpuppt sich als Wunschdenken,
1135 wenn es keine Alternative zum motorisierten Individualverkehr gibt.

1136 Auch Landwirt*innen brauchen Unterstützung, wenn sie Klima- und Naturschutzmaßnahmen
1137 auf ihren Ländereien durchführen. Die Landesregierung sollte sich im Europäischen Rat der
1138 Regionen für eine Änderung der Landwirtschaftspolitik einsetzen, die die Verteilung der EU-

1139 Mittel für die Landwirtschaft von den Flächenprämien hin zu Prämien für ökologische
1140 Maßnahmen wendet.

1141 Schleswig-Holstein sollte sich das Ziel setzen, 2035 (oder 2040 – dies fordern die
1142 Naturschutzverbände) klimaneutral zu sein. Dazu ist neben der Vermeidung von
1143 Freisetzungen von Treibhausgasen auch der Erhalt und Ausbau von Senken notwendig.
1144 Landschaftsschutz ist nicht nur ein wichtiger Teil des Naturschutzes, Wälder, Moore und
1145 Grünflächen nehmen Treibhausgase auf und verringern so die Emissionen.

1146 Die Landesregierung verabschiedet ein neues Klimaschutzgesetz, das nicht nur wie bisher
1147 eine Absichtserklärung ist, sondern klare Ziele und Kontrollen formuliert. Für Bereiche wie
1148 Verkehr, Bauen, Energie oder öffentliche Infrastruktur müssen klare Reduktionsziele von
1149 Treibhausgasen gesetzt werden. Ebenso müssen klare Ziele für den Schutz von
1150 Treibhausgassenken wie Wälder Moore formuliert und Höchstmarken für Flächenverbrauch
1151 und -versiegelung festgelegt werden. Die Umsetzung dieser Ziele wird kontinuierlich
1152 evaluiert und kontrolliert und jährlich vom Beirat für Energiewende und Klimaschutz
1153 vorgestellt. Das neue Klimaschutzgesetz muss darüber hinaus Sanktionsmöglichkeiten für die
1154 Landesregierung benennen, wenn die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen mangelhaft
1155 ist.

1156 Ohne die Senkung von CO₂-Emissionen ist Klimaschutz nicht möglich. Dies setzt den
1157 Abschied von Kohle, Öl und Gas voraus. Hier kann die Landespolitik insbesondere in zwei
1158 Bereichen aktiv werden, Mobilität und Energie.

1159 **Mobilitätswende**

1160 Mobilität ist ein Grundrecht für alle Einwohner*innen, damit sie am Erwerbsleben ebenso
1161 teilhaben können wie am kulturellen, sportlichen oder politischen Leben. Gleichzeitig ist der
1162 Verkehr für etwa ein Viertel der CO₂-Emissionen in Schleswig-Holstein verantwortlich. Wenn
1163 das Klimaziel von maximal 1,5 Grad Erderwärmung erreicht werden soll, ist eine schnelle
1164 Mobilitätswende notwendig. DIE LINKE setzt sich für ein Verkehrskonzept ein, das nicht nur
1165 den motorisierten Verkehr im Blick hat, sondern auch Fußgänger*innen und
1166 Radfahrer*innen einbezieht. Wir halten einen flächendeckenden, günstigen und in
1167 spätestens 5 Jahren ticketfreien und steuerfinanzierten öffentlichen Nah- und
1168 Regionalverkehr für notwendig. Investitionen in die Schiene und neue Verkehrswege, wie
1169 Fahrradstraßen in den Innenstädten, müssen deshalb in den kommenden Jahren im Fokus
1170 einer Politik der dringenden Verkehrswende stehen. Wir benötigen einen Ausbau und eine
1171 schnelle Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Darüber hinaus muss der Schienenverkehr
1172 landesweit elektrifiziert werden. Die hohen Investitionen von Bund, Land und Kommunen in
1173 den motorisierten Straßenverkehr können nur so in den nächsten Jahren nachhaltig gesenkt
1174 werden. Gleichzeitig muss geprüft werden, wo einst bestehende Infrastruktur als Alternative
1175 zum Individualverkehr wiederhergestellt werden kann, beispielsweise durch die
1176 Wiedereinführung von Straßenbahnnetzen. Die kommunale Subventionierung des

- 1177 Flugverkehrs muss beendet werden und ein Tempolimit von 120 auf den Autobahnen
1178 Schleswig-Holsteins durchgesetzt.
- 1179 Gerade in Schleswig-Holstein jedoch muss aufgrund der katastrophalen Infrastruktur in den
1180 ländlichen Regionen langfristiger und nachhaltig gedacht werden. Wo in urbanen
1181 Ballungszentren der Umbau weg vom Individualverkehr zeitnaher erfolgen kann, kommt in
1182 Schleswig-Holstein Übergangstechnologien eine spezielle Bedeutung zu. DIE LINKE will hier
1183 eine offene Debatte über Möglichkeiten finanzierbarer alternativer Antriebe für PKW führen,
1184 um möglichst viele Menschen auf dem Weg zur Verkehrswende mitzunehmen und
1185 Hemmschwellen und Ängste im Bereich der Arbeitsmobilität abzubauen.
- 1186 Außerdem müssen Anreize geschaffen werden, damit Menschen für einen Umstieg auf
1187 andere Verkehrsmittel bereit sind. Das wird nicht durch steigende Ticketpreise und schlechte
1188 Taktungen erreicht. Vor allem in den Städten ist durch ein oftmals breites Angebot des
1189 öffentlichen Personennahverkehrs eine Umkehr schnell zu vollziehen. Langfristig wollen wir
1190 das auch in den ländlichen Bereichen schaffen. Einen Fokus setzen wir hierbei als LINKE
1191 insbesondere auf die Schaffung sozialer Angebote für bedürftige Personengruppen.
- 1192 **DIE LINKE fordert ein gutes Angebot an alle Verkehrsteilnehmer*innen und setzt sich ein**
1193 **für:**
- 1194 ☐ die Erstellung eines umfassenden integrierten Verkehrskonzepts für Schleswig-
1195 Holstein unter Beteiligung der Beschäftigten bis spätestens 2025, das alle
1196 Fortbewegungsarten berücksichtigt.
- 1197 ☐ ein Moratorium für alle Straßenneubauten bis zur Erstellung eines integrierten
1198 Verkehrskonzepts, insbesondere für den Ausbau der A23 auf 6 Spuren sowie die Autobahnen
1199 A20 und A21.
- 1200 ☐ den Stopp des Projekts feste Fehmarnbelt-Querung
- 1201 ☐ die flächendeckende, landesweit verbundene und getaktete Versorgung mit Bahn
1202 und Bus.
- 1203 ☐ die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahntrassen
- 1204 ☐ den Ausbau eingleisiger Bahnstrecken auf 2 Gleise und Elektrifizierung des gesamten
1205 Streckennetzes.
- 1206 ☐ en Ausbau des Radwegeangebots und Instandhaltung oder Sanierung von Radwegen
1207 unabhängig von Sanierungsvorhaben für die sie begleitenden Straßen.
- 1208 ☐ günstige Tarife im öffentlichen Verkehr bis hin zur ticketfreien Versorgung im Jahr
1209 2025.
- 1210 ☐ barrierefreie Zugänge zu allen Bahnhöfen, Bahnen und Bussen.

- 1211 - Programme, die barrierefreien Fußgängerverkehr in den Kommunen fördern.
- 1212 ☒ die Bereitstellung von sicheren Unterstellmöglichkeiten für Fahrräder an Bahnhöfen,
1213 zentralen Bushaltestellen und Park & Ride - Plätzen.
- 1214 ☒ die Schaffung einer Ladeinfrastruktur für den elektrifizierten Autoverkehr.
- 1215 Die Bereitstellung von Mobilität ist eine landes- und kommunalpolitische Aufgabe, die zur
1216 öffentlichen Daseinsvorsorge gehört. Erstrebenswert ist für DIE LINKE ein Verzicht auf
1217 weitere Privatisierungen sowie die Rekommunalisierung privater Verkehrsbetriebe. Nur so
1218 ist eine tatsächliche politische Planung und Steuerung des öffentlichen Verkehrs möglich, zu
1219 der auch gute Arbeits- und Tarifbedingungen für die Beschäftigten gehören. Gute Arbeit und
1220 gute Löhne müssen für den öffentlichen Verkehr landesweit gelten. Das Land muss die
1221 Kommunen bei der Bewältigung einer sozial-ökologischen Verkehrswende finanziell
1222 unterstützen.
- 1223 **Energiewende**
- 1224 Die Energieversorgung der Zukunft muss auf erneuerbaren Energien basieren; ohne sie ist
1225 die notwendige Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht zu erreichen. Die LINKE
1226 fordert den Ausbau der Anlagen für Windenergie, Solarenergie und Biogas. Dabei sind
1227 Zielkonflikte mit berechtigten anderen Interessen wie Natur- und Landschaftsschutz mit
1228 allen Betroffenen, insbesondere aber mit den Verbänden des Natur- und Umweltschutzes zu
1229 bearbeiten.
- 1230 Energiesparen und Energieeffizienz müssen in der Klimaschutzdiskussion einen höheren
1231 Stellenwert erhalten. Wir erwarten, dass die Landesregierung entsprechende Vorhaben auf
1232 kommunaler Ebene fördert und z.B. die Sanierung öffentlicher Gebäude unterstützt.
- 1233 **Für den Ausbau der erneuerbaren Energien fordert die LINKE:**
- 1234 ☒ einen zügigen Ausbau der Windenergie in allen ausgewiesenen Gebieten.
1235 Kommunale und genossenschaftliche Windparkanlagen sollten Priorität haben.
- 1236 ☒ die Einrichtung von Photovoltaikanlagen auf allen geeigneten öffentlichen Dächern.
1237 Ebenso ist für Neubauten im Wohn- und gewerblichen Bereich die Verpflichtung zur
1238 Errichtung von Solaranlagen durch die Eigentümer*innen oder durch Verpachtung an Dritte
1239 anzustreben.
- 1240 ☒ Auflagen für bewilligte Freiflächenanlagen für Photovoltaik, die den Eingriff in die
1241 natürliche Umgebung so gering wie möglich gestalten, z.B. durch einen Mindestabstand von
1242 20cm vom Boden, der kleinen und mittelgroßen Säugetieren Raum lässt, denn
1243 Freiflächenanlagen stehen im Konflikt mit dem Streben nach einem Nullwachstum in der
1244 Versiegelung von Flächen. Auch sind landschaftszerschneidende Einzäunungen zu
1245 vermeiden.

1246 ☒ Biogasanlagen, sofern sie vor allem aus pflanzlichen und tierischen Abfallstoffen aus
1247 der Landwirtschaft oder Landschaftspflege gespeist werden.

1248 **DIE LINKE fordert als klimapolitische Maßnahmen:**

1249 ☒ keine weitere Versiegelung des Bodens durch verkehrspolitische Großprojekte wie
1250 den 6-spurigen Ausbau der A23 von Hamburg bis Elmshorn oder die Südspange in Kiel.

1251 ☒ den Verzicht auf die Weiterführung der A21 nach Süden, deren Streckenführung u.a.
1252 Wälder und Mooregebiete zerschneiden würde.

1253 ☒ einen Ausbau der erneuerbaren Energien und die Förderung kommunaler und
1254 genossenschaftlicher Anlagen durch das Land.

1255 ☒ die Erhaltung geschützter Gebiete, die als CO₂-Senken dienen können. Eine
1256 anderweitige Nutzung durch Wirtschaft oder infrastrukturelle Maßnahmen muss
1257 ausgeschlossen werden.

1258 ☒ die Ausstattung landeseigener Betriebe und Behörden mit E-Fahrzeugen, außer für
1259 Baufahrzeuge und landwirtschaftliches Gerät.

1260 Die Folgen des Klimawandels sind bereits spürbar. Mehr und heftigere Extremwetterereignisse
1261 wie Starkregen, Stürme und große Hitze verlangen machen die Bereitstellung von
1262 Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung notwendig. Es ist Aufgabe des Landes, den
1263 Kommunen die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie ausreichende Warn-
1264 und Rettungssysteme vorhalten können.

1265 Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein Ab 2022 sind alle Atomkraftwerke in
1266 Schleswig-Holstein abgeschaltet. In den AKWs Brokdorf und Brunsbüttel werden
1267 wahrscheinlich noch Jahrzehnte große Mengen hoch-, mittel- und schwachradioaktives
1268 Material gelagert. Für sogenanntes freigemessenes Material ist geplant, dieses auf
1269 verschiedene Mülldeponien im Land zu verteilen.

1270 Die LINKE Schleswig-Holstein fordert die Landesregierung auf, sich der Position der Anti-
1271 Atombewegung anzuschließen und bis zur Klärung der endgültigen Lagerung des atomaren
1272 Mülls das Augenmerk auf die Sicherheit der Anlagen und der dort gelagerten radioaktiven
1273 Stoffe zu richten. Die Verbringung freigemessener Materialien auf offene Deponien ist zu
1274 unterlassen.

1275

1276 **Naturschutz**

1277 Wir alle erleben die Veränderungen in unserer natürlichen Umwelt und wenn es nur die fast
1278 saubere Frontscheibe des Autos nach einer längeren Fahrt ist. Die Umweltverbände wie
1279 BUND und NABU stellen bei ihren Zählungen von Vogelarten oder Insekten fest, dass viele
1280 Arten kaum noch oder gar nicht mehr auftauchen. Die biologische Vielfalt geht verloren, weil

1281 die industrielle Landwirtschaft und die stetige weitere Versiegelung des Bodens für viele
1282 Lebewesen – Pflanzen und Tiere – keinen Platz lässt. Dennoch wird der Ausbau von Straßen
1283 vor Ort und über Land fleißig weiter geplant.

1284 Wir setzen uns für eine (Land)wirtschaft ein, die weniger natürliche Ressourcen verbraucht,
1285 und für die Wiederherstellung oder Schaffung von naturnahen Räumen und machen
1286 Naturschutz zu einem Querschnittsthema unserer Politik. Jede Entscheidung über die
1287 Neuanlage oder Verbreiterung von Straßen muss ebenso in Frage gestellt werden wie die
1288 weitere Versiegelung von Flächen durch Bebauungspläne. Wir setzen uns ein für die Anlage
1289 und den Erhalt von naturnahen Räumen und Grüngürteln. Ausgewiesene Naturschutzflächen
1290 müssen vor Schäden durch Tourismus, Verkehr oder Bewirtschaftung geschützt werden. Dies
1291 gilt in besonderem Maße für das weltweit einzigartige Wattenmeer. Erdöl- und
1292 Erdgasbohrungen auch zu Erkundungszwecken sind einzustellen.

1293 Die Umweltschutzbehörden müssen personell und finanziell so aufgestellt werden, dass sie
1294 den vielfältigen Aufgaben zum Schutz der Natur gewachsen sind, nicht nur in den
1295 Schutzgebieten, sondern z.B. auch der Gewässer, in die noch immer Schadstoffe aus der
1296 Landwirtschaft eingetragen werden.

1297 Die Bereitschaft, sich für den Umweltschutz einzusetzen, wächst, wenn Menschen die
1298 heimische Natur kennen. Die Naturschutzverbände leisten hier einen wichtigen Beitrag,
1299 indem sie Erkundungstouren, Informationstafeln, Vorträge und vieles mehr anbieten. Die
1300 Landesregierung kann diese Arbeit der Verbände durch die Unterstützung einzelner Projekte
1301 fördern. Ebenso wird die Landesregierung Projekte in Kitas und Schulen fördern, die den
1302 Umwelt- und Klimaschutz zum Thema haben.

1303 **Landwirtschaft**

1304 In Schleswig-Holstein liegt die Flächennutzung durch die Landwirtschaft bei etwa 70 %
1305 (bundesweit 55 %), im Jahr 2020 bewirtschafteten 12.240 Betriebe eine Fläche von gut
1306 995.500 Hektar (ha). Beschäftigt waren in der Landwirtschaft etwa 42.000 Menschen, davon
1307 10.000 Saisonbeschäftigte. Die Flächennutzung ist z.T. sehr intensiv, insbesondere im
1308 Baumschulgebiet im Kreis Pinneberg oder im Gemüseanbau. Die Tierhaltung erfolgt
1309 überwiegend in Massentällen. Knapp 6 % der landwirtschaftlichen Betriebe arbeitet
1310 ökologisch, im Vergleich mit anderen Bundesländern ein niedriger Anteil.

1311 Die intensive und ausgedehnte Nutzung der Fläche führt zu einer hohen Belastung von
1312 Böden, Gewässern und Grundwasser. Die industrielle Landwirtschaft zerstört natürliche
1313 Lebensräume und drängt Tiere und Pflanzen in kleine Rückzugsgebiete.

1314 Das Ziel, die ökologische Landwirtschaft zu stärken, wurde in der letzten Legislaturperiode
1315 nicht erreicht (reale Steigerung um ca. 1 %). Eine Entlastung von Böden und Wasser ist nur
1316 möglich, wenn mehr Betriebe auf ökologische Landwirtschaft umsteigen. Ein Umstieg auf
1317 eine naturverträglichere Landwirtschaft liegt auch im Interesse der Verbraucher*innen, die
1318 einen Anspruch auf gesunde Lebensmittel haben.

1319 „Öffentliche Gelder für Leistungen im Interesse des Gemeinwohls“ – unter diesem Motto
1320 sollten Gelder an die Landwirtschaft vergeben werden. Die bisherige Politik, von der EU bis
1321 hin zur Landesebene, folgt diesem Anspruch nicht. Doch nur so kann ein Umbau der
1322 Landwirtschaft gelingen. Wenn bäuerliche Betriebe auf die Bewirtschaftung von Flächen
1323 verzichten, um Grüngürtel zu ermöglichen, die für den Artenschutz unerlässlich sind, muss
1324 dies honoriert werden. Dies gilt z.B. für Knicks oder den Verzicht auf Erträge bei weniger
1325 Düngung oder Pestizideinsatz. Die heute vorherrschende Vergabe von Geldern nach Fläche
1326 stärkt die industrielle Landwirtschaft. Ein Umsteuern ist notwendig.

1327 Tierwohl und Massentierhaltung, die ausschließlich an Kosten orientiert ist, passen nicht
1328 zusammen. Horrorbilder von engen Ställen, von Tiertransporten in vollgestopften LKWs oder
1329 aus Schlachthöfen kennen wir alle. Sie sind der öffentliche Teil der tagtäglichen Qual für die
1330 Tiere.

1331 Wir wollen einen Umbau der Landwirtschaft, für Tierwohl, gesunde Lebensmittel und
1332 nachhaltige Nutzung der Fläche. Deshalb fordern wir:

1333 ☐ öffentliche Gelder für Leistungen der Landwirt*innen im Interesse der Allgemeinheit.

1334 ☐ die Förderung der ökologischen Landwirtschaft mit dem Ziel, bis 2025 mindestens
1335 den bundesdeutschen Durchschnitt von 10 % der Betriebe als anerkannte Höfe nach
1336 ökologischen Standards zu erreichen. Dafür muss die Landesregierung die Bemühungen
1337 verstärken und die Landwirt*innen dabei unterstützen, aus langfristigen Verträgen mit dem
1338 Großhandel auszusteigen und Beratungen zum Umstieg auf ökologische Produktion
1339 anbieten.

1340 ☐ langfristig ein Verbot der Massentierhaltung, kurzfristig die Einführung höherer
1341 Mindeststandards für die Tierproduktion, etwa größere Stellflächen, Begrenzung der
1342 Tagesleistung von Milchkühen; Streichung der Exportsubventionen von Erzeugnissen aus der
1343 Massentierhaltung.

1344 ☐ eine bessere Kontrolle der landwirtschaftlichen und Schlachtbetriebe zur Einhaltung
1345 der gesetzlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Tierquälerei. Dazu müssen die
1346 Veterinärämter mit Personal und Mitteln aufgestockt werden.

1347 ☐ die direkte und indirekte Förderung von lokalen und regionalen Kreisläufen, Letzteres
1348 z.B. durch eine verpflichtende Einbringung regionaler Produkte in Schulessen und
1349 Betriebskantinen.

1350 ☐ ein Verbot von Totalherbiziden.

1351 ☐ die Verringerung des Nitratreintrags in die Böden.

1352 ☐ ein Verbot des Einbringens von genetisch veränderten Organismen in
1353 landwirtschaftliche Kreisläufe

1354 - die verpflichtende Information an die Verbraucher*innen, wo und wie ein Tier gelebt
1355 hat, wo es geschlachtet und verarbeitet worden ist und wie viele Kilometer es
1356 transportiert worden ist.

1357 **Küstenschutz**

1358 Schleswig-Holstein ist wie kein anderes Bundesland von steigenden Wasserständen infolge
1359 des Klimawandels betroffen. Ein Großteil der Landesfläche ist bereits jetzt bei
1360 Extremwettersituationen gefährdet.

1361 Wissenschaftler gehen von einem Anstieg des Wasserstandes der Nordsee von bis zu 1m bis
1362 zum Ende des Jahrhunderts. Betroffen wäre nach dieser Einschätzung hiervon rund 80% des
1363 Landes Schleswig-Holstein.

1364 Das Thema Küstenschutz ist daher ein wichtiges Thema für unser Bundesland. Da
1365 beträchtliche Teile der Küstenlinien Schleswig-Holsteins ökologisch fragile Gebiete umfasst
1366 muss der Küstenschutz auch hierauf Rücksicht nehmen.

1367 Der Küstenschutz muss zwingen an die zukünftigen Wasserstände und Wetterereignisse
1368 angepasst werden. Dies hat mit Maßnahmen zu erfolgen die ökologisch unbedenklich sind.
1369 Da wo es möglich ist, sollen Schutzmaßnahmen umgesetzt werden, die unseren
1370 Ökosystemen helfen. Wir lehnen den, kurzfristig wirksamen Küstenschutz über
1371 Sandaufspülungen ab und fordern stattdessen langfristige Lösungen. Der Schutz bzw.
1372 Ausbau der natürlichen, pflanzlichen Uferbefestigungen ist hierbei neben dem Einsatz
1373 sogenannter „Reefballs“ eine von vielen Maßnahmen, die Küstenschutz und Naturschutz in
1374 Einklang bringen.

1375 An den Stellen, an denen es unumgänglich ist Schutzbauwerke und damit
1376 Flächenversiegelung zu errichten muss diese nach Möglichkeit in Mehrfachnutzung
1377 umgesetzt werden um an anderer Stelle Versiegelung zu vermeiden. Alternativ hierzu bietet
1378 es sich an auf diesen Bauwerken neue Grünflächen anzulegen.

1379 **Gesellschaftliche Teilhabe für alle**

1380 **Frauen stärken**

1381 Es gibt noch viele Hindernisse für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am beruflichen,
1382 politischen und gesellschaftlichen Leben. Die Lage von Frauen in Schleswig-Holstein
1383 erfordert konkrete Unterstützungsmaßnahmen und die Bereitstellung von Geld.

1384 Frauen bekommen in Schleswig-Holstein deutlich weniger Altersrente als Männer (2019:
1385 Frauen durchschnittlich 736 Euro, Männer 1229 Euro) und erreichen damit wesentlich
1386 häufiger noch nicht einmal das Grundsicherungsniveau. Frauen in Schleswig-Holstein sind
1387 vor allem im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Handel und Tourismus beschäftigt. In
1388 diesen Bereichen gibt es einen hohen Anteil an Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung und

1389 Beschäftigte bekommen hier überproportional zu niedrige Löhne. Zudem ist der Großteil der
1390 Alleinerziehenden weiblich.

1391 Wir wollen ein Schleswig-Holstein, in dem beispielhaft und vorbildlich die wesentlichen
1392 Forderungen der Frauenbewegung umgesetzt werden:

1393 eigenständige Existenzsicherung, paritätische Teilhabe an allen Entscheidungen in Politik,
1394 Wirtschaft und Gesellschaft, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, das Recht
1395 auf Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen und mehr Zeit für das ganze Leben.

1396 Für DIE LINKE ist Frauenpolitik kein Gedöns und keine Extra-Politik. Wir prüfen alle
1397 Vorschläge mit der Frage, welche Auswirkungen sie für die Frauen im Land haben und was
1398 die Lage der Frauen in Schleswig-Holstein explizit verbessern kann. Das wird auch unser
1399 Maßstab im Landtag sein.

1400 **Die LINKE fordert:**

1401 - die Einrichtung eines Landesprogramms zum Wiedereinstieg von Frauen nach der
1402 Elternphase.

1403 - den Aufbau eines Kompetenzzentrums für Gleichstellungsfragen zur Beratung von
1404 Kommunen, Unternehmen und Verwaltung.

1405 - die bedarfsgerechte Ausstattung und dauerhafte Sicherstellung der Finanzierung von
1406 Schutzeinrichtungen für Frauen.

1407 - die bedarfsgerechte Ausstattung, personelle Aufstockung und dauerhafte
1408 Sicherstellung der Finanzierung von Frauenberatungsstellen, Frauen- und
1409 Mädchenprojekten.

1410 - die Sicherung des Stundenumfanges der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten auf
1411 mindestens 20 Wochenstunden.

1412 - die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche und
1413 gleichwertige Arbeit“ und die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige
1414 Arbeitsverhältnisse in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben.

1415 - die paritätische Besetzung aller Führungspositionen im Zuständigkeitsbereich des
1416 Landes.

1417

1418 - Arbeitsmarktprogramme im öffentlichen Beschäftigungsbereich für Frauen.

1419 - die Überprüfung aller haushaltsrelevanten Entscheidungen mit Wirkung auf die
1420 Geschlechter.

1421 - Frauen- und Sammeltaxis in den Abend- und Nachtstunden.

1422 - die finanzielle Absicherung und personelle Aufstockung der Fachberatungen für
1423 Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung.

1424 - ein umfassendes Konzept zur Gewaltprävention.

1425

1426 **Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt fördern – gegen jede Queerfeindlichkeit**

1427 DIE LINKE kämpft für die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und der sexuellen und
1428 geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir stehen für eine Politik, die für die
1429 Gleichberechtigung verschiedener Lebensentwürfe eintritt. Unser Ziel ist die Überwindung
1430 des Gegensatzes von „normal“ und „anders“.

1431 Ausgrenzung, Diskriminierung, Beleidigungen und auch körperliche und sexualisierte Gewalt
1432 sind immer noch bittere Realität für lesbische, schwule, bi- und pansexuelle, asexuelle sowie
1433 trans- und intergeschlechtliche Menschen. Viele von ihnen können in der Öffentlichkeit, in
1434 Schulen oder bei der Arbeit ihre Identität nicht frei und offen zeigen, ohne Nachteile und
1435 Gewalt befürchten zu müssen. Einige von ihnen haben auch aus Angst vor oder aus erlebter
1436 Erfahrung mit gesellschaftlicher und familiärer Repression bzw. Gewalt ihre Heimatländer
1437 verlassen, was im Integrationsprozess oft noch nicht genug berücksichtigt wird. Geeignete
1438 Beratungsangebote müssen flächendeckend bereitgestellt werden.

1439 DIE LINKE wendet sich ohne Einschränkungen gegen jede Form von Diskriminierung von
1440 lesbischen, schwulen, bi- und pansexuellen, asexuellen sowie trans- und
1441 intergeschlechtlichen Menschen – sei es im privaten Bereich, in der Schule, am Arbeits- oder
1442 Ausbildungsplatz sowie in der medialen Öffentlichkeit. Jegliches Mobbing und jede Form von
1443 Gewalt stehen der Freiheit und Entwicklung der Persönlichkeit entgegen und widersprechen
1444 unserer grundsätzlichen Auffassung von einer sozialen, toleranten, freiheitlichen und
1445 demokratischen Gesellschaft.

1446 Die Anerkennung der Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten gilt für alle
1447 Lebensbereiche und alle Lebensabschnitte – auch für ältere queere Menschen. Ihre
1448 Bedürfnisse müssen in sozialen, medizinischen und pflegerischen Bereichen stärker
1449 Berücksichtigung finden. Entsprechende Wohnprojekte sollen gefördert werden.

1450 DIE LINKE fordert einen Neustart des Aktionsplans „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt“. Wir
1451 wollen nicht weniger als 250.000 Euro pro Jahr bereitstellen, damit umfassende
1452 gesellschaftliche Bemühungen ergriffen werden können, um allen Formen von
1453 Queerfeindlichkeit nachhaltig zu begegnen. DIE LINKE hält das Thema für ein entscheidendes
1454 Menschenrechtsthema der Gegenwart, und dementsprechend muss das Budget erhöht
1455 werden. Alle zwei Jahre soll der finanzielle Bedarf überprüft werden. Wichtig ist, diese Mittel
1456 nicht weiter dazu zu nutzen, die elementaren Problemlösungen auf das Ehrenamt
1457 abzuwälzen. DIE LINKE unterstützt alle Selbsthilfeprojekte, die hier seit Jahrzehnten
1458 wertvolle Arbeit leisten und Menschen unterstützen, die Hilfe benötigen. Die

1459 Mittelaufstockung muss statt kurzfristiger Projektförderung die Professionalisierung
1460 bestehender und entstehender Strukturen im Blick haben. Um wirken zu können, müssen
1461 Projekte langfristig koordiniert und fachlich angemessen betreut werden.

1462 Wir brauchen eine Studie, die konkrete Punkte benennt, der Queerfeindlichkeit in Schleswig-
1463 Holstein zu begegnen. Aufklärung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss
1464 gefördert werden. Das ehrenamtlich getragene „SchLau“-Projekt leistet mit seinem Ansatz
1465 der „peer education“ wichtige Arbeit. Dieses Projekt muss durch das Land verstärkt
1466 gefördert und ausgebaut werden, um möglichst flächendeckend an Schulen eingesetzt zu
1467 werden. Außerdem gehören alternative Lebensentwürfe in Lehrpläne und Schulbücher.
1468 Hierfür sollte ein Auftrag an eine Fachstelle gehen. Wir wollen möglichst viele Lehrkräfte und
1469 sozialpädagogisch Tätige schulen, Gewalt aufgrund von Queerfeindlichkeit wahrzunehmen
1470 und ihr zu begegnen.

1471 Transgeschlechtlichen Menschen muss in allen Bereichen mit mehr Sensibilität begegnet
1472 werden. Auch wenn wir das erniedrigende Transsexuellengesetz auf Landesebene nicht
1473 beenden können, wollen wir auch unter diesen Bedingungen in der Schule, im Krankenhaus
1474 oder in Behörden auf die tatsächliche Identität der Menschen eingehen, egal welche
1475 Merkmale ihnen ihr Pass aufzwingt.

1476 Wir wollen mehr Coming-Out-Hilfestellungen. Gerade in ländlichen Regionen fehlen
1477 entsprechende Anlaufstellen, die insbesondere Jugendlichen helfen, den Übergang vom
1478 inneren zum äußeren Coming-Out möglichst schnell und für ihre Persönlichkeit positiv zu
1479 vollziehen. Hierbei sind Mischkonzepte von Off- und Onlineangeboten zu nutzen.
1480 Hilfesuchende Menschen sollen informiert und ermuntert werden, ihre Rechte
1481 wahrzunehmen, um Gefahren zu erkennen und ihnen zu begegnen. Auch hier müssen
1482 ehrenamtliche Strukturen professionalisiert werden. Oft sind Initiativen mit Menschen
1483 konfrontiert, deren Problemlagen von Mehrfachbenachteiligungen geprägt sind. Hier
1484 brauchen wir fachlich hochqualifiziertes Personal.

1485 Grundsätzlich fordern wir in allen Städten und Kreisen die Einrichtung einer ausreichend
1486 geförderten Beratungsinstitution zu jeglichen Gleichstellungs- und
1487 Antidiskriminierungsfragen.

1488 Wir wollen einen respektvollen Dialog mit Religionsgemeinschaften, um für die
1489 Notwendigkeit der Akzeptanz von sexueller Vielfalt zu sensibilisieren. Der besonders unter
1490 stark konservativen oder gar fundamental-religiösen Menschen vorhandenen
1491 Queerfeindlichkeit muss in der Beratung sowie in der Öffentlichkeit wirksam begegnet
1492 werden.

1493 Um vielen dieser Forderungen auch durch Verwaltung und Politik des Landes Gewicht zu
1494 verleihen, fordert DIE LINKE die (Wieder-)Einrichtung eines „Referats für die Vielfalt sexueller
1495 Identitäten“ in einem Ministerium. Dieses Referat soll sowohl die Außendarstellung
1496 emanzipatorischer Politik der Landesregierung als auch die logistische und finanzielle

1497 Ausstattung von Beratungs- und Begegnungsangeboten in allen Regionen des Landes
1498 wahrnehmen. Die Förderung aus Landesmitteln wird dafür als ausreichende institutionelle
1499 Förderung und nicht als Einzelprojektförderung vorgenommen.

1500 **Gegen Menschenhass und Ausgrenzung, für ein weltoffenes Land**

1501 In Zeiten sich vertiefender sozialer Spaltungen und der Krise individueller Lebensentwürfe
1502 finden rechte, vereinfachende Deutungen zunehmend Gehör. Gesellschaftliche
1503 Verunsicherung wird von rechtspopulistischen Kräften auch in Schleswig-Holstein genutzt,
1504 um Menschenhass und Ausgrenzung zu fördern, faschistische und profaschistische Parteien,
1505 Organisationen und Gruppen haben sich stark ausgebreitet und – angestachelt durch die
1506 allgegenwärtige Hetze gegenüber Geflüchteten – gab es auch in Schleswig-Holstein
1507 Anschläge auf Geflüchtete und Unterkünfte für Geflüchtete. Der Politik der Angst setzen wir
1508 unsere Menschlichkeit und unsere Solidarität entgegen. Rassismus und Antisemitismus
1509 sagen wir den Kampf an, auf der Straße, in den Parlamenten und in den Köpfen.

1510 Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt wie Zebra e.V. oder Programme für
1511 Aussteigerinnen und Aussteiger aus der rechten Szene müssen genauso verlässlich finanziell
1512 unterstützt werden wie die lokalen Bündnisse, die sich gegen rechts und für ein weltoffenes
1513 Schleswig-Holstein stark machen.

1514 Anstatt Kriegsehrenmäler wie in Laboe zu finanzieren, wollen wir Schulen finanziell
1515 unterstützen, damit Schüler*innen antifaschistische Erinnerungsorte besuchen oder sich für
1516 das Projekt „Schule ohne Rassismus“ engagieren können.

1517 Wir unterstützen die antifaschistische Bildungsarbeit und setzen uns für Erhalt und weitere
1518 Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie brauchen Planungssicherheit und entsprechende
1519 personelle und finanzielle Ausstattung, um ihrer Funktion der Erinnerung und Mahnung
1520 gerecht zu werden.

1521 Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse
1522 geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit,
1523 Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der
1524 Schule, im Gemeinderat. Und sie ist eine Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten
1525 Rechtsextremen, sondern auch mit Alltagsrassismus und Vorurteilen.

1526 DIE LINKE in Schleswig-Holstein tritt für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel in die
1527 Verfassung des Landes von Schleswig-Holstein ein, die die Wiederbelebung faschistischen
1528 Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt. Eine solche Klausel wäre ein deutliches Zeichen
1529 gegen Rassismus und Antisemitismus.

1530 Der 8. Mai soll als „Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ staatlicher Feier- und
1531 Gedenktag in Schleswig-Holstein werden.

1532 Wir werden mit der AfD in Schleswig-Holstein in keiner Weise kooperieren. Eine Partei, die
1533 laut darüber nachdenkt, Menschen zu erschießen, die Religionsfreiheit einschränken will und
1534 die durch völkische Ideologie geprägt ist, wird von der LINKEN bekämpft. Das Erstarken der
1535 AfD zeigt, dass rassistisches Denken in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Wir wollen
1536 diejenigen stärken und im öffentlichen Raum sichtbar machen, die von der AfD bekämpft
1537 werden. Damit meinen wir aktive Antifaschist*innen, queere Menschen, Alleinerziehende,
1538 Frauen, Geflüchtete, Niedrigverdienende und alle anderen Gruppen, die nicht in das
1539 Weltbild dieser Partei passen.

1540 **Institutionellen Rassismus bekämpfen**

1541 Beispiele wie die rassistischen Internet-Beiträge von Polizeianwärt*innen der Polizeischule Eutin
1542 und die Untersuchungen rund um die Terrororganisation NSU, deren Mitglieder ungestört
1543 Menschen mit Migrationshintergrund ermorden konnten, zeigen, wie weit Rassismus in
1544 öffentlichen Institutionen verbreitet ist. Schon ein normaler Spaziergang kann für nicht-
1545 weiße Menschen zum Spießrutenlauf werden, wenn sie auf Grund von Racial Profiling nach
1546 Ausweis und Aufenthaltsgenehmigung gefragt werden.

1547

1548 **DIE LINKE in Schleswig-Holstein fordert:**

1549 - eine wissenschaftliche Studie zu möglichen extremistischen und rassistischen
1550 Einstellungen in der Landespolizei.

1551 - verpflichtende Antirassismus-Trainings für Mitarbeiter*innen des öffentlichen
1552 Dienstes im Bereich Anti-Diskriminierung.

1553 - die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen
1554 des öffentlichen Dienstes durch Förderprogramme.

1555 - verstärkte Aufklärungsbemühungen der Straftaten gegen Geflüchtete.

1556 **Geflüchteten helfen, Integration fördern**

1557 Schleswig-Holstein ist, wie die gesamte Bundesrepublik, eine Einwanderungsgesellschaft.
1558 Viele Eingewanderte leben seit Generationen hier, andere haben erst jüngst Schutz und
1559 Aufnahme gesucht: Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher
1560 Religionen und Weltanschauungen sowie unterschiedlicher sexueller Orientierung. Das Mit-
1561 und Nebeneinander verschiedener kultureller Prägungen ist eine seit langer Zeit gelebte
1562 gesellschaftliche Normalität. Bei der Diskussion um Multikulturalität geht es ausschließlich
1563 um das Wie. Wer Debatten über das Ob führen möchte, verweigert die Realität.

1564 Solidarität ist unser Leitmotiv im Umgang mit geflüchteten Menschen. Jegliche
1565 Migrationspolitik muss das Ziel haben, allen Menschen die gleichen Rechte zu erteilen.
1566 Gleiche Teilhabe und Selbstbestimmung von Ausländer*innen in SH, seien es nun EU-

1567 Bürger*innen, Drittstaatenangehörige oder Staatenlose, Arbeiter*innen, Student*innen,
1568 Schutzsuchende oder Illegalisierte, ist unser Ziel.

1569 Die Landesregierung hat sich von diesem Ziel in der letzten Legislaturperiode immer weiter
1570 entfernt. Der Bau des Abschiebegefängnisses in Glückstadt und die Abschiebung von
1571 Menschen nach Afghanistan sind das Gegenteil von fortschrittlicher Migrationspolitik. Das
1572 Integrations- und Teilhabegesetz ist nicht ausreichend. Es enthält kaum neue Maßnahmen
1573 und vor allem wenig Konkretes. SH kann und muss da mehr tun. Viele Kommunen in SH
1574 haben sich bereit erklärt, schutzsuchende Menschen aufzunehmen. Dafür wollen wir die
1575 Voraussetzungen erweitern und schaffen. Der Erklärung, sicherer Hafen zu sein, müssen
1576 endlich Taten folgen.

1577 Humanitäre Aufnahmeprogramme sind eine wichtige Säule der Fluchtbewegungen und quasi
1578 die einzige Möglichkeit legal und vor allem geschützt nach Deutschland bzw. SH zu kommen.
1579 Diese müssen weiter ausgebaut werden. Der Bedarf ist da und viele Kommunen haben ihren
1580 Handlungswillen durch ihren Beschluss, „Sichere Häfen“ sein zu wollen, dokumentiert.

1581 Wir begrüßen das Landesaufnahmeprogramm für 500 besonders schutzbedürftige
1582 Flüchtlinge aus Äthiopien und Ägypten. Allerdings finden wir die Aufnahme von nur 500
1583 Schutzsuchenden insgesamt nicht ausreichend. Es sollten 500 pro Jahr sein.

1584 Die seit 2013 immer wieder verlängerte Aufnahmeanordnung für syrische Flüchtlinge mit
1585 Verwandten in Schleswig-Holstein muss auch weiterhin verlängert werden. Noch immer
1586 fliehen Menschen aus Afghanistan und die Praxis der Migrationsberatungsstellen im
1587 Bundesland zeigt, dass der Bedarf da ist. Ein großes Hindernis ist allerdings die
1588 Verpflichtungserklärung nach § 68 AufenthG (Aufkommensverpflichtung von Dritten für den
1589 Unterhalt der Person, die aufgenommen wird). Wir wollen diese in allen
1590 Aufnahmeprogrammen und folgenden Verlängerungen streichen, damit mehr Menschen
1591 von den Möglichkeiten der humanitären Aufnahme profitieren können.

1592 Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm für schutzsuchende Menschen an den EU-
1593 Außengrenzen (Mittelmeer und Balkan-Route).

1594 Wir wollen, dass das im August angekündigte Landesaufnahmeprogramm für Afghan*innen
1595 (Afghanistan/ Anrainerstaaten) endlich umgesetzt wird. Aufgrund der aktuellen
1596 Gefährdungslage vieler Menschen in Afghanistan fordern wir, die Aufnahmebedingung nicht
1597 an bestehende Verwandtschaften in SH zu knüpfen.

1598 Wir bekennen uns zum Ziel eine Welt ohne Grenzen zu schaffen, in der alle Menschen selbst
1599 entscheiden können, wo sie sich aufhalten wollen.

1600 Über eine Bundesratsinitiative wollen wir die Gesetzgebung von 2019, dass das BAMF für
1601 Asylverfahrensberatung zuständig ist, wieder zurücknehmen. Die Behörde, die für
1602 Asylantragsentscheidungen zuständig ist, kann keine unabhängige Beratung leisten. Auch die
1603 so genannte „freiwillige Rückkehrberatung“ muss zurückgefahren werden.

1604 Bis dahin soll die unabhängige Asylverfahrensberatung in SH weiter ausgebaut werden. Die
1605 Diakonie Schleswig-Holstein in einem Modellprojekt in Zusammenarbeit mit dem BAMF
1606 wieder damit zu betrauen, war ein guter erster Schritt, der aber nicht ausreichend ist. Es
1607 müssen weitere Förderungs- und Umsetzungsmöglichkeiten geschaffen werden, um eine
1608 unabhängige Beratung zu gewährleisten

1609 Es kann nicht sein, dass beispielsweise der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein für die
1610 Verfahrensberatung auf andere Förderungen, wie die UNO-Flüchtlingshilfe oder die
1611 Deutsche Post-Code Lotterie angewiesen ist, weil die staatliche Förderung weggefallen ist.

1612 Alle Asylantragssteller*innen müssen dezentral untergebracht werden. Massenunterkünfte
1613 lehnen wir ab. Sie sind Integrationshemmnisse und verhindern den Zugang zu
1614 Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten. Die Wohnverpflichtung in einem bestimmten
1615 Kreis des Landes muss aufgehoben werden. Als Sofortmaßnahme wollen wir alle Familien
1616 mit Kindern aus den Sammelunterkünften heraushelfen. Auch Personengruppen besonderer
1617 Schutzbedürftigkeit (queere Menschen, Kinder, Menschen mit psychischen
1618 Gesundheitsproblemen, Erkrankungen und Behinderungen) müssen sofort aus
1619 Sammelunterkünften herausgeholt werden.

1620 Als weitere Sofortmaßnahmen sind verpflichtende Schutzkonzepte und
1621 Mitarbeiter*innenschulungen für alle Mitarbeiter*innen in zentralen
1622 Unterkünften/Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende durchzuführen, die auf die
1623 besonderen Herausforderungen in den Unterkünften eingehen.

1624 Die Härtefallkommission des Landes Schleswig-Holstein, die Ausreiseverpflichtungen
1625 aufheben kann, muss durch Vertreter*innen migrantischer Verbände und der
1626 Zivilgesellschaft ergänzt werden. Die Verfahrensgrundsätze wollen wir überprüfen und zu
1627 Gunsten der Betroffenen lockern.

1628 Kreise, Städte und Gemeinden müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und weiterem
1629 Personal ausgestattet werden, damit sie Geflüchtete in Wohnungen unterbringen sowie
1630 Unterstützung, Beratung und Integration von Geflüchteten gewährleisten können. Hierbei ist
1631 zu prüfen, ob bisher ehrenamtlich in der Geflüchtetenhilfe Tätige auf Wunsch für
1632 entsprechende Aufgaben in einem vereinfachten Verfahren dauerhaft in den Öffentlichen
1633 Dienst übernommen werden können. Kommunen, zivilgesellschaftliche Organisationen,
1634 Nachbarschaftszentren und -initiativen müssen bei der Weiterentwicklung einer
1635 Willkommenskultur vom Land unterstützt werden, um zügig die Teilhabe von Geflüchteten
1636 am gesellschaftlichen Leben ermöglichen zu können. Dazu gehören der Zugang zu Bildung
1637 und Arbeit ebenso wie zur Gesundheitsversorgung.

1638 DIE LINKE fordert das Abschiebegefängnis in Glückstadt sofort zu schließen. Die
1639 Landesregierung fordern wir auf, Statistiken zu Inhaftieren, Haftgründen und Verfahren zu
1640 führen und Rechtsberatung einzuführen.

1641 Haft ohne Verbrechen ist zynisch. Es gibt keine humane Haft. Die Bezeichnung der
1642 Landesregierung des Gefängnisses als „Wohnen Minus Freiheit“ ist an Zynismus nicht zu
1643 überbieten. Besonders menschenfeindlich ist die Tatsache, dass es grundsätzlich möglich ist,
1644 dass dort Familien, Frauen und Kinder inhaftiert werden können.

1645 Auch das Ausreisezentrum in Boostedt muss geschlossen werden.

1646 Grundsätzlich wollen wir alle Abschiebungen aus SH abschaffen oder verhindern.

1647 **Darüber hinaus fordert DIE LINKE:**

1648 - gleiche Regelungen für alle in den Landesunterkünften aufgenommenen
1649 Schutzsuchenden, damit alle die gleichen Möglichkeiten des Zugangs zu Beratungs- und
1650 Unterstützungsangeboten im Asylverfahren haben.

1651 - die Förderung durch das Land zur Erweiterung des Verfahrensberatungsangebots
1652 durch Aufstockung des Beratungsschlüssels sowie durch einrichtungsexterne Träger.

1653 - die Gewährleistung unabhängiger Rechts- und Verfahrensberatung in möglichst allen
1654 Ankunftszentren, einschließlich individueller Verfahrensberatung als Ergänzung zur
1655 Gruppenberatung.

1656 - die Anerkennung wirtschaftlicher Fluchthintergründe für den Status subsidiären
1657 Schutzes als alternative Fluchtursache. Denn kein Mensch verlässt seine Heimat ohne
1658 gewichtige Gründe.

1659 - die Öffnung der Regeldienste der gesundheitlichen und psychosozialen Versorgung
1660 sowie der Eingliederungshilfe für Geflüchtete. Die Versorgung Geflüchteter ist in die
1661 Psychiatrieplanung des Landes aufzunehmen.

1662 - die Einstufung von posttraumatischen Belastungsstörungen sowie Depressionen als
1663 lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung im Sinne des Aufenthaltsgesetzes. Bei
1664 der Diagnose posttraumatischer Belastungsstörung muss eine Aufenthaltssicherung von
1665 mindestens sechs Monaten erfolgen, damit eine professionelle Behandlung der Erkrankung
1666 gewährleistet werden kann.

1667 - den Aufbau von dauerhaften Kooperationsstrukturen zwischen den auf Gewalt
1668 spezialisierten Frauenfacheinrichtungen und Angeboten der Migrations- und
1669 Geflüchtetenarbeit.

1670

1671 - die Verbesserung der Datenlage zu Geflüchteten mit besonderen Bedürfnissen wie
1672 beispielsweise bei psychischen Erkrankungen sowie systematische Erhebungen zur Gruppe
1673 der besonders schutzbedürftigen Personen gemäß der EU-Richtlinie 2013/33/EU.

- 1674 - flächendeckende Qualifizierungsmaßnahmen zur beruflichen Integration, auch
1675 passgenaue Angebote für Personen mit einer beruflichen Teilerkennung. Die Umsetzung
1676 des Anerkennungsgesetzes in Schleswig-Holstein muss beschleunigt werden.
- 1677 - einen schnellen und unbeschränkten Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für
1678 alle Geflüchteten. Notwendig ist ein Konzept, das von Erstberatung bis zu Ausbildungs- oder
1679 Arbeitsvertrag die notwendige Begleitung sichert. Wir wollen eine Qualifizierungsoffensive
1680 für Geflüchtete und Langzeiterwerbslose, denn Spracherwerb ist ein Schlüssel zur
1681 gesellschaftlichen Teilhabe und für den Zugang zu Arbeit und Ausbildung.
- 1682 - die Festlegung von landesweit einheitlichen, der Sicherung des Kindeswohls
1683 angemessenen Standards für Unterbringung, Versorgung und Betreuung von unbegleiteten,
1684 minderjährigen Flüchtlingen. Die Beteiligung und umfassende Information der
1685 Minderjährigen über ihre Situation und alle Verfahren, denen sie sich unterziehen müssen,
1686 müssen sichergestellt werden. Hierzu ist die zeitnahe Einsetzung einer rechtlichen
1687 Vertretung dringend notwendige Voraussetzung.
- 1688 - Kita-Plätze für alle geflüchteten Kinder in regulären Kitas. Diese müssen ausgebaut
1689 und personell gestärkt werden. Die größeren Kinder brauchen den Schulbesuch in regulären
1690 Schulen, nicht in Sammelunterkünften. Städte und Gemeinden sollen bei der Sicherstellung
1691 von ausreichend Plätzen in Schulen und Kitas für die Beschulung und die Betreuung von
1692 geflüchteten Kindern unterstützt werden.
- 1693 Je zügiger die Integration erfolgt, desto schneller können die Eingewanderten ein
1694 selbstbestimmtes, unabhängiges Leben mitten in unserer Gesellschaft führen. Die
1695 Aufnahmegesellschaft kann und wird hierfür ihren Beitrag leisten. Weltoffenheit und
1696 Willkommenskultur sind die Voraussetzungen, um den Menschen, die Hilfe brauchen, einen
1697 guten Start zu bieten. Gleichzeitig ist erforderlich, dass Eingewanderte kulturelle
1698 Unterschiede zu ihren Herkunftsländern akzeptieren. Der Prozess gegenseitiger Annäherung
1699 verpflichtet alle Beteiligten auf denselben demokratischen Wertekanon.
- 1700 Wer für längere Zeit oder auf Dauer in Schleswig-Holstein lebt, muss sich an der Gestaltung
1701 des Gemeinwesens beteiligen können. Eingewanderte, Geflüchtete und Asylsuchende sollen
1702 nicht in der Situation bleiben, fremdbestimmter Gegenstand behördlichen Handelns zu sein,
1703 sondern müssen politische Beteiligungsrechte erhalten.
- 1704 **Deswegen will DIE LINKE:**
- 1705 - einen Landesintegrationsbeirat, in den jede*r Einwohner*in ohne deutsche
1706 Staatsangehörigkeit wahlberechtigt und wählbar ist. Der Landesintegrationsbeirat soll bei
1707 allen Gesetzesvorhaben angehört und beteiligt werden.
- 1708 - eine Bundesratsinitiative des Landes Schleswig-Holstein für eine Änderung des
1709 Grundgesetzes, so dass auch Menschen aus Nicht-EU-Ländern bei Kommunalwahlen das
1710 aktive und passive Wahlrecht erhalten können.

1711

1712 **Fluchtursachen bekämpfen**

1713 Wir brauchen die Entwicklung einer ernsthaften Strategie zur Bekämpfung der
1714 Fluchtursachen, nicht der Geflüchteten. Dazu gehören diplomatische Offensiven der
1715 Bundesregierung und der EU zur Befriedung der Kriege und Bürgerkriege im Nahen und
1716 Mittleren Osten, in Afrika und in Europa, ein Ende der rassistischen Verfolgung von Sinti und
1717 Roma in vielen Ländern der EU selbst, der Stopp der Waffenexporte, der Kriegseinsätze der
1718 Bundeswehr, der polizeilichen und geheimdienstlichen Kooperation mit Diktaturen und
1719 wirksame Strategien zur Eindämmung schädlicher Klimaveränderungen.

1720 **Kulturelle Vielfalt erhalten, Minderheiten stärken**

1721 Kulturelle Zugehörigkeit ist nicht allein von Erstsprache, Geburtsort oder Staatsbürgerschaft
1722 abhängig, sondern auch von der oft mehrfachen kulturellen Identität des einzelnen
1723 Menschen und dem daraus abgeleiteten Bekenntnis. Daher müssen, können und wollen
1724 viele Menschen in Schleswig-Holstein sich nicht nur zur deutschen Mehrheitskultur
1725 bekennen; sie sind vielmehr Teil mehrerer Kulturen. Die dänische Bevölkerungsgruppe ist ein
1726 besonders deutliches Beispiel dafür, aber ebenso viele Menschen mit
1727 Migrationshintergrund.

1728 Schleswig-Holstein ist durch seine Geschichte zu einer besonderen Region vielfältiger
1729 kultureller Identitäten geworden. Heute gehören dänische, friesische, türkische,
1730 osteuropäische und außereuropäische Kulturen zum Alltag in unserem Bundesland. Das
1731 funktioniert nicht in allen Bereichen problemlos, doch die meisten Menschen in Schleswig-
1732 Holstein pflegen ein gutes Miteinander, unabhängig von kulturellen Identitäten. Das darf
1733 durch fremdenfeindliche und nationalistische Strömungen nicht in Gefahr gebracht werden.

1734 Für einige Bevölkerungsgruppen, besonders aus zugewanderten Kulturen, ist die Integration
1735 durch und in die schleswig-holsteinische Gesellschaft jedoch noch immer nicht ausreichend
1736 gelungen oder mit Problemen belastet. Das mindert Erfolgchancen in Schule und Beruf und
1737 führt häufig zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Gewalt und sozialen Spannungen. Hier ist eine
1738 vielfältige Integrationspolitik für alle Menschen in Schleswig-Holstein notwendig.

1739 **Dansk und Frsch – dänisches und friesisches Leben gehört zu Schleswig-Holstein.**

1740 Neben der deutschen Mehrheitsbevölkerung ist die dänische und friesische
1741 Bevölkerungsgruppe historisch gewachsen und ein fester Bestandteil der schleswig-
1742 holsteinischen Gesellschaft. Ein rein deutsch-kulturelles Schleswig-Holstein hat es nie
1743 gegeben. Für die dänische und friesische Bevölkerung gibt es eine vielfältige
1744 selbstverwaltete Organisationsstruktur. Für die dänische Bevölkerungsgruppe
1745 repräsentieren und gewährleisten insbesondere der SSF (Sydslesvigsk Forening) sowie das
1746 dänische Bildungswesen (Dansk Skoleforening for Sydslesvig e.V.) die wichtigsten kulturellen
1747 Belange. Die friesische Kultur an der Westküste organisiert sich im Friesenrat (Frasche Råd).

1748 Durch die Kopenhagen-Bonn-Erklärung (1955) wurden Rechte und Positionen der deutschen
1749 bzw. dänischen Minderheit beiderseits der dänisch-deutschen Grenze zur Grundlage für das
1750 Verhältnis der deutschen und dänischen, aber auch der friesischen Bevölkerungsgruppen. Es
1751 hat sich weitestgehend positiv und spannungsfrei entwickelt und ist Teil der kommunalen,
1752 regionalen und schleswig-holsteinischen Identität. Dies ist auch dem verstärkten Fokus der
1753 Landespolitik auf die Belange der beiden Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben.

1754

1755 **Sinti und Roma sind seit über 500 Jahren ein Teil Schleswig-Holsteins.**

1756 Die Bevölkerungsgruppe der Sinti und Roma ist seit Jahrhunderten in Schleswig-Holstein zu
1757 Hause. Ihre Bedingungen waren lange durch Vorurteile der Mehrheitsbevölkerung und eine
1758 nur schwierige Integration problematisch. In der Zeit des Hitlerfaschismus wurden sehr viele
1759 Sinti und Roma aus Schleswig-Holstein und aus ganz Europa Opfer des rassistischen Terrors
1760 und des brutalen Völkermordes. Seit 1990 sind die etwa 5.000 Sinti und Roma im Verband
1761 deutscher Sinti und Roma, Landesverband Schleswig-Holstein e.V. organisiert; erst 1998
1762 wurde der Status der Sinti und Roma in der BRD als kulturelle Minderheit anerkannt, seit
1763 2012 ist er in der schleswig-holsteinischen Verfassung festgeschrieben.

1764 **„Ola! Selam! Priwjet! Marhaba! Jambo! Salam!“ – aus Süd- und Osteuropa sowie aus** 1765 **außereuropäischen Kulturen Zugewanderte sind seit Jahrzehnten ein Teil Schleswig-** 1766 **Holsteins.**

1767 Wie in anderen Regionen Mitteleuropas hat sich die Gesamtgesellschaft Schleswig-Holsteins
1768 in den vergangenen rund 50 Jahren durch die Zuwanderung von Menschen aus Südeuropa,
1769 der Türkei und Osteuropa sowie aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus afrikanischen
1770 Ländern deutlich verändert. Nicht in allen Fällen ist die kulturelle und soziale Integration
1771 geglückt. Zu sehr abgegrenzte kulturelle und sprachliche Parallelgesellschaften zeugen
1772 bisweilen von Schwierigkeiten und Versäumnissen bei der Integration. In Schleswig-Holstein
1773 kam es auch zu teils gewaltsamen Spannungen zwischen verschiedenen kulturellen Gruppen.
1774 Seit den 1990er Jahren ist in einigen Teilen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins ein
1775 fremdenfeindliches und rassistisches Potenzial zu beobachten, das sich in tätlichen Angriffen
1776 auf Wohnhäuser, Asylzentren und auf Einzelpersonen manifestiert; diese werden durch
1777 neofaschistische Gruppen und Einzelpersonen verübt. Dies hat die Integrations- und
1778 Kommunikationsbedingungen mancherorts noch erschwert und zu einer politisch und
1779 emotional aufgeheizten Polarisierung der gesamtgesellschaftlichen Atmosphäre geführt.

1780 DIE LINKE will eine Gesellschaft mit Rahmenbedingungen, in denen jeder Mensch seine
1781 Fähigkeiten und seine Persönlichkeit entfalten kann, in der niemand außerhalb der
1782 Gesellschaft steht und jede Person sich einbringen kann. Das ist für das Zusammenleben
1783 verschiedener Kulturen notwendig und darf nicht politischem Kalkül geopfert werden.

1784 Globale Menschenrechte und die Rechte des Grundgesetzes gelten für alle Menschen in
1785 unserem Land – unabhängig von ihrer kulturellen Identität. Sie sind der unveräußerliche
1786 Maßstab des Zusammenlebens aller Menschen in Schleswig-Holstein und anderswo.

1787 Aufgrund realer Probleme und Konflikte ist der Schutz kultureller, religiöser und ethnischer
1788 Minderheiten ein Muss für eine demokratische Gesellschaft. Dies gilt in sozial-, kultur- und
1789 bildungspolitischer Hinsicht ebenso wie in religiösen und ethnischen Bereichen.

1790 **DIE LINKE fordert für den Erhalt und den Ausbau der kulturellen Vielfalt:**

1791 - eine den Bedürfnissen der verschiedenen Kulturen angemessene finanzielle
1792 öffentliche und garantierte Förderung von sozialen, kulturellen sowie Bildungs- und
1793 Spracherwerbsangeboten, die sowohl den kulturellen Minderheiten als auch der deutschen
1794 Mehrheitsbevölkerung gerecht wird.

1795 - eine „Integration der Mehrheit“ in die Vielfalt von Kulturen im Bildungsbereich von
1796 Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie im Arbeitsleben. Dazu sind in den Lehrplänen
1797 sowie den Lehr-, Lern- und Weiterbildungsangeboten Inhalte, die der schleswig-
1798 holsteinischen Vielfalt von Kulturen umfänglich gerecht werden, zum verpflichtenden
1799 Standard zu erklären.

1800 - kulturelle Zentren in den Kreisen und kreisfreien Städten, in denen Bildungs-, Kultur-
1801 und Beratungsangebote, aber auch Konfliktlösung auf professioneller Basis durchgeführt
1802 werden können und die die Vielfalt der schleswig-holsteinischen Kulturen widerspiegeln.
1803 Eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung muss aus Landesmitteln garantiert
1804 sein.

1805 - die angemessene und großzügige finanzielle Unterstützung von Bildungsträgern der
1806 dänischen und friesischen Bevölkerungsgruppen sowie der Sinti und Roma. Deren Charakter
1807 der privaten Vereinsstruktur darf der grundsätzlichen Gleichbehandlung nicht
1808 entgegenstehen, weder beim schleswig-holsteinischen Anteil an der Finanzierung noch bei
1809 der Anerkennung von Bildungsabschlüssen oder logistischen Bedingungen wie Neu- und
1810 Umbauten, Ausstattung oder Schulbustransport.

1811 - die Aufwertung der dänischen Sprache in den öffentlichen Schulen der Kreise
1812 Flensburg, Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und teilweise Rendsburg-Eckernförde. Im
1813 Landesteil Südschleswig sollte das Fach Dänisch als zweite Fremdsprache ab Klassenstufe 7,
1814 eventuell bereits ab Klassenstufe 5 obligatorisch sein. Dies dient der Kommunikation mit
1815 Angehörigen der dänischen Bevölkerungsgruppe und erhöht die Chancen der
1816 Berufsausbildung. In der Ausbildung von Lehrkräften ist die Ausbildung in dänischer Sprache
1817 und Kultur für den Dänischunterricht der Klassenstufen 7 bis 10 sowie des Gymnasiums
1818 spürbar auszubauen.

1819 Wir fordern eine verlässliche institutionelle Förderung der autochthonen, das heißt
1820 einheimischen Minderheiten aus Landes- und Bundesmitteln, damit die langfristige

1821 Finanzierung der Strukturen und Projekte der Minderheiten gewährleistet und gesichert ist.
1822 DIE LINKE wird im Landtag entsprechende Bundesratsinitiativen unterstützen.

1823 **Behindertenpolitik: Barrieren abbauen, Teilhabe sicherstellen**

1824 In vielen Bereichen der Privatwirtschaft werden Menschen mit Behinderungen nach wie vor
1825 benachteiligt. Geschäfte im Einzelhandel, Kinos, Restaurants, Bars und Kneipen uvm. werden
1826 selten bis gar nicht barrierefrei gestaltet.

1827 Es gibt Betriebe, die keine Menschen mit Behinderungen beschäftigen; sie bezahlen
1828 stattdessen eine geringe Ausgleichsabgabe. Generell gibt es zu wenige Firmen, die
1829 Inklusionsbetriebe sind.

1830 In Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wird der Mindestlohn nicht gezahlt. Die
1831 dort Angestellten erhalten so wenig Lohn, dass aufstockend Grundsicherung bei
1832 Erwerbsminderung beantragt werden muss.

1833 In Regelschulen ist es nicht immer möglich, dass Schüler*innen diese weiterhin besuchen
1834 können, sobald gesundheitliche Einschränkungen bzw. Behinderungen bestehen.
1835 Barrierefreie Schulen gibt es kaum und Unterstützung wird nicht immer bewilligt.

1836 Für Menschen mit Behinderungen gibt es viel zu wenige behinderten- und rollstuhlgerechte
1837 Wohnungen, egal ob aus kommunaler oder privater Hand. Bedarfsgerechte Wohnungen
1838 kommen auch Familien mit Kindern und Senior*innen zugute.

1839

1840 **Dies will DIE LINKE:**

1841 - Die Ausgleichsabgabe soll derart erhöht werden, dass die Einstellung von Menschen
1842 mit Behinderungen für Unternehmen günstiger ist.

1843 - Das Land soll nicht nur weiterhin Inklusionsbetriebe fördern, sondern auch weitere
1844 Inklusionsbetriebe ermöglichen.

1845 - Die Landesbauordnung soll dahingehend verändert werden, dass wesentlich mehr
1846 bedarfsgerechter Wohnraum zur Verfügung steht. Auch die Privatwirtschaft soll verpflichtet
1847 werden, verstärkt behinderten- und rollstuhlgerecht zu bauen.

1848 - Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
1849 arbeiten, soll der Mindestlohn gezahlt werden.

1850 - Beiräten für Menschen mit Behinderungen soll das Recht eingeräumt werden, bei
1851 Bauvorhaben verpflichtende Vorgaben hinsichtlich der Barrierefreiheit machen zu können.

1852 - Schulen sollen barrierefrei zugänglich sein und dementsprechend umgebaut werden.
1853 Jeglichen Schüler*innen, die im Laufe ihres Schullebens zu Schüler*innen mit Behinderung

1854 werden, sollen Hilfen, wie z.B. Dolmetscher*innen für Deutsch und Deutsche
1855 Gebärdensprache, bewilligt werden.

1856 **Gegen jede Diskriminierung**

1857 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf Bundesebene bietet in Bereichen, die in die
1858 Zuständigkeit der Länder fallen, keinen Schutz vor Diskriminierung. Das betrifft insbesondere
1859 den Bildungsbereich, Behörden und insbesondere das Polizeiwesen (z.B. „racial profiling“).
1860 Immer wieder erfahren People of Colour, Frauen, Menschen mit Behinderung, queere
1861 Menschen und viele andere Gruppen in diesen Bereichen Beleidigungen und
1862 ungerechtfertigte Ungleichbehandlung: in einer Polizeikontrolle, durch
1863 Behördenmitarbeiter*innen, von Lehrer*innen. Es darf nicht sein, dass solche
1864 Diskriminierungen als Lappalien abgetan werden und hingenommen werden müssen. Der
1865 Schutz vor Diskriminierung ist ein Menschenrecht.

1866 **Deshalb fordert DIE LINKE. Schleswig-Holstein:**

1867 - ein Landesgesetz gegen Diskriminierung nach dem Vorbild des Berliner
1868 Landesantidiskriminierungsgesetzes.

1869 - eine Ombudsstelle für Betroffene von Diskriminierung.

1870 **Staat und Gesellschaft:**

1871 **Demokratisch – Bürger*innenorientiert – Sicher – Frei**

1872 **Direkte Demokratie stärken**

1873 DIE LINKE Schleswig-Holstein steht für die Stärkung von Teilhabe aller Menschen bei
1874 politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Unsere Überzeugung ist, dass Politik
1875 erlebbar sein muss, um Menschen für Diskurs und Engagement zu gewinnen. Grundstein
1876 dafür sind transparente und niedrighschwellige Möglichkeiten zur Partizipation – dies sind
1877 auch die besten Mittel, um dem Gefühl von Ohnmacht, Verschwörungsmythen und
1878 Menschenfeindlichkeit vorzubeugen.

1879 **Zentrales Element ist die Vereinfachung von direkter Demokratie, hierzu wollen wir:**

1880 - Änderungen an der Landes- oder den Kommunalverfassungen sowie dem
1881 Landeswahlgesetz und dem Volksabstimmungsgesetz müssen durch einen obligatorischen
1882 Volksentscheid bestätigt werden.

1883 - Schaffung einer Möglichkeit, Beschlüsse des Landtages innerhalb eines
1884 angemessenen Zeitraumes durch einen Volksentscheid wieder aufheben zu können
1885 (fakultatives Referendum).

1886 - Ein Einleitungsquorum von Bürger*innenbegehren 3%, unabhängig davon, wie viele
1887 Einwohner*innen die jeweilige Gebietskörperschaft hat.

- 1888 - Die Ausweitung der Tatbestände für Instrumente der direkten Demokratie in Land
1889 und Kommunen; insbesondere erfasst, sollen haushaltswirksame Fragen sein.
- 1890 - Eine obligatorische Mitbestimmung der Bürger*innen bei Vorhaben, die direkt oder
1891 mittelbar die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen oder privatrechtlich geführten
1892 Betrieben, die überwiegend der öffentlichen Hand gehören, zur Folge haben.
- 1893 - Initiator*innen eines erfolgreichen Bürger*innenbegehrens sollen eine
1894 Kostenerstattung erhalten können, wie sie analog das Volksabstimmungsgesetz vorsieht. Zur
1895 Finanzierung wird ein Fonds „Kommunale Demokratie“ aufgelegt, der je hälftig von Land
1896 einerseits sowie Kreisen und Gemeinden andererseits bespart wird.
- 1897 - Werbung für einen Bürger*innenentscheid soll nicht mehr aus Mitteln der Kreise und
1898 Gemeinden erfolgen dürfen, sondern ist von denen die entsprechenden Beschlüsse
1899 tragenden Fraktionen respektive deren Parteien zu tragen. Eine spätere Erstattung für
1900 angemessene Werbung aus dem Fonds „Kommunale Demokratie“ ist vorzusehen.
- 1901 **Transparenter Staat und bürger*innennahe Verwaltung**
- 1902 DIE LINKE will die Menschen jedoch nicht nur dazu befähigen, mit Mitteln der direkten
1903 Demokratie Einfluss auf Staat und Verwaltung zu nehmen; auch Kontrolle und Einflussnahme
1904 auf die Prozesse in Parlamenten und Amtsstuben muss – unmittelbar und mittelbar –
1905 ausgebaut werden.
- 1906 Konkret heißt das:
- 1907 - Die Einführung eines Transparenzgesetzes, welches die Landesverwaltung
1908 verpflichtet, alle Dokumente und Daten kostenfrei online zur Verfügung zu stellen, solange
1909 dies datenschutzrechtlich möglich ist.
- 1910 - Soziale und andere demokratische Bewegungen, Gewerkschaften,
1911 Bürger*inneninitiativen und direkt Betroffene erhalten umfassende Auskunfts- und
1912 Anhörungsrechte
- 1913 - Stärkung von »Runden Tischen«, die öffentlich tagen, die die Interessengegensätze
1914 der jeweiligen Akteur*innen klarmachen und so Transparenz in den politischen Prozess
1915 tragen.
- 1916 - Stärkung der Personalräte durch eine Reform des Mitbestimmungsgesetzes
1917 Schleswig-Holstein nach dem Vorbild des Betriebsverfassungsgesetzes.
- 1918 - Streaming aller Sitzungen des Landtages sowie der Sitzungen der Ausschüsse und
1919 Kommissionen im Internet.
- 1920 - Erweiterung des Handlungsspielraumes des Petitionsausschusses; dieser muss echten
1921 Einfluss auf Verwaltungsvorgänge bekommen.

1922 Auch in den Kommunen – dort, wo das Leben der Menschen am konkretesten gestaltet
1923 werden kann – müssen Bürger*innen sowie die vielen ehrenamtlichen Politiker*innen
1924 wieder die Möglichkeit bekommen, mitgenommen zu werden und so mitgestalten zu
1925 können.

1926 Es ist leider so weit gekommen, dass Kommunen durch Verpflichtungen, die auf Bundes-
1927 oder Landesebene beschlossen wurden, faktisch handlungsunfähig sind; dies spüren die
1928 Menschen in der Gemeinde am schnellsten. Grundsätzlich soll insbesondere
1929 Kommunalpolitik unserer Meinung nach nicht aus Berlin oder Kiel (»Top-Down«), sondern
1930 lokal gestaltet werden (»Bottom-Up«).

1931 **DIE LINKE wird sich daher im Landtag für folgende Forderungen einsetzen:**

1932 - Der qua Verfassung verankerten kommunalen Selbstverwaltung durch mehr
1933 finanzielle Mittel und erweiterte Befugnisse wieder mehr Handlungsspielräume zu
1934 ermöglichen.

1935 - Eine Reform der Gemeinde- und Kreisordnung. Primäres Ziel wird sein, dass
1936 Subsidiaritätsprinzip zu stärken, um den Einfluss der jeweils größeren Gebietskörperschaften
1937 auf ein notwendiges Maß zu beschränken.

1938 - Die Selbstverwaltungen bekommen direkteren, demokratischen Einfluss und
1939 Kontrolle auf die Verwaltungen.

1940 **Transparente Politik und modernes Wahlrecht**

1941 Politik ist leider auch in Schleswig-Holstein ein weitgehend intransparentes Geschäft. Dies
1942 begünstigt, dass viele Menschen das Gefühl bekommen, Ihre Stimme sei im Vergleich zu
1943 denen der vielen Lobbyist*innen oder den »Klüngelrunden« in Kiel weniger oder gar nichts
1944 wert – und vielleicht haben Sie damit in der Praxis viel zu oft Recht. Fest steht: Die
1945 Entfremdung zwischen Bürger*innen und den politischen Institutionen nimmt immer mehr
1946 zu.

1947 Diese Strukturen fallen nicht vom Himmel, diese Strukturen wachsen durch jahrelang
1948 gewachsene Verflechtungen. Sie sind nicht ausgewogen, so dass sie allen Teilen der
1949 Gesellschaft gleichermaßen dienen; oftmals findet lediglich das Kapital in seinen
1950 verschiedenen Ausprägungen diesen besonderen Zugriff auf Politik.

1951 **Dem will DIE LINKE etwas entgegensetzen:**

1952 - Landtagsabgeordnete sollen ihre Nebeneinkünfte unter Angabe von exakten
1953 Beträgen und unter Nennung der jeweiligen Auftraggeber veröffentlichen müssen.
1954 Gesetzliche Verschwiegenheitspflichten bleiben hiervon unberührt.

- 1955 - Ein verpflichtendes Lobbyist*innen-Register wird eingeführt, in dem die handelnden
 1956 Akteure, deren Finanziere und deren Aktivitäten – insbesondere der Zugang zu
 1957 Politiker*innen - erfasst werden.
- 1958 - Die Begrenzung der aufeinanderfolgenden Mandatszeiten von
 1959 Landtagsabgeordneten auf zwei Legislaturperioden.
- 1960 - Eine »Abklingzeit« von einer Legislaturperiode nach Beendigung der
 1961 Mandatsausübung, in denen keine Tätigkeit in Unternehmen aufgenommen werden darf,
 1962 mit denen man unmittelbar oder mittelbar Kontakt im Kontext der Mandatsausübung hatte.
- 1963 - Die Stärkung der Rechte der Opposition im Landtag.
- 1964 - Verbesserung der Informationsrechte von einzelnen Abgeordneten gegenüber der
 1965 Regierung.
- 1966 **Kultur ernst nehmen!**
- 1967 Schleswig-Holstein belegt bundesweit einen der letzten Ränge, wenn man die Kunst- und
 1968 Kulturförderung betrachtet. Der Löwenanteil dieser Aufgabe muss von den Kreisen und
 1969 Gemeinden getragen werden, die bekanntermaßen sehr unterschiedlich ausgestattet sind.
 1970 Auf Landesebene spielt Kulturpolitik oftmals nur eine Nebenrolle, in der die letzten
 1971 Besetzungen keinen Oscar verdient hätten: Staatliche Kulturförderung ist oftmals
 1972 intransparent organisiert und völlig unterfinanziert.
- 1973 Die Pandemie hat ans Licht gebracht, wie prekär die Verhältnisse vieler Kulturschaffender
 1974 schon davor waren und ohne ein Eingreifen der Politik weiterhin sein werden. Kurzzeitige
 1975 Engagements, Honorarverträge, Soloselbstständigkeit und Selbstausbeutung prägen diese
 1976 Branche – erschwerend hinzukommt, dass oftmals in Phasen der Vorbereitung neuer
 1977 Projekte ein gesichertes Einkommen vollständig wegfällt.
- 1978 Die letzten zwei Jahre wirkten wie ein Brennglas für diese Bedingungen; mit Folgen, die jetzt
 1979 noch nicht absehbar sind.
- 1980 Kultur steht oft als allererstes zur Disposition, wenn über Kürzungen infolge defizitärer
 1981 Haushalte entschieden werden soll. Unabhängig davon, dass Austerität grundsätzlich kein
 1982 geeignetes Mittel ist, um öffentliche Haushalte zu sanieren, so wird es die Kulturbranche, in
 1983 Pandemiezeiten mehr schlecht als schlecht »gerettet«, unter einer »Weiter-So«-Regierung
 1984 als erstes treffen.
- 1985 Dieser Effekt wird durch die strategische Fehlentscheidung einer »Schuldenbremse« noch
 1986 verstärkt.
- 1987 Derzeit ist Kultur eine freiwillige Aufgabe der öffentlichen Hand. Das muss geändert werden;
 1988 Kunst und Kultur sind kein schmückendes Beiwerk, um das Prestige einer Landesregierung zu
 1989 erhöhen – Kunst und Kultur sind ein elementarer Bestandteil eines zuträglichen

- 1990 Gemeinwesens. Entsprechend dieses Stellenwertes muss Kunst und Kultur zur Pflichtaufgabe
1991 werden!
- 1992 Anstelle öffentlichkeitswirksamer, aber nicht nachhaltig angelegter Maßnahmen wie dem
1993 Kulturfestival müssen Maßnahmen getroffen werden, die sicherstellen, dass die
1994 Kulturlandschaft vor Ort nachhaltig gefördert und gesichert wird. Große Theater in der
1995 Landeshauptstadt sind wichtig – ebenso wichtig ist das kleine Theater in Mittelstädten, dass
1996 ohne zweistündige Anreise auskommt.
- 1997 Eine transparent vergebene, langfristige und auskömmliche Förderung in der Fläche, ist
1998 Prestigeprojekten mit kurzzeitiger Strahlkraft immer vorzuziehen.
- 1999 DIE LINKE will besonders einen Fokus auf die Freie Kulturszene und regionale
2000 Kultureinrichtungen setzen. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein; der Zugang darf
2001 insbesondere nicht durch die finanzielle Stellung verwehrt werden. Kulturschaffende müssen
2002 ein angemessenes Salär erhalten, welches auch die Bildung von Rücklagen ermöglicht.
- 2003 Kulturpolitik bedeutet auch Erinnerungskultur. Ein Alleinstellungsmerkmal von DIE LINKE ist
2004 es, rechten Hetzer*innen die Stirn zu bieten. Dazu gehören auch die Erhaltung, Förderung
2005 und der Ausbau aller Einrichtungen, die an den deutschen Faschismus und die Millionen
2006 seiner Opfer erinnern. Dies ist eine unverzichtbare Voraussetzung einer Zivilgesellschaft, die
2007 gegen stumpfe Parolen der Nazis und Rechtspopulisten gewappnet ist.
- 2008 **Um dies zu erreichen wollen wir:**
- 2009 - Die Verankerung von Kultur als Pflichtaufgabe von Land, Kreisen und Gemeinden in
2010 der Landesverfassung.
- 2011 - Die Einführung von Mindestgagen und Mindesthonoraren sowie flächendeckende
2012 tarifliche Entlohnung in den durch das Land betriebenen und geförderten Einrichtungen.
- 2013 - Kulturförderung muss nachhaltiger, unbürokratischer und angemessen gestaltet
2014 werden. Ziel muss es sein, kontinuierliches künstlerisches Arbeiten zu ermöglichen, und den
2015 Produktionsdruck zu verringern.
- 2016 - Wenn Veranstaltungen abgesagt werden müssen wegen Pandemien oder anderer
2017 Ereignisse höherer Gewalt, ist das Land in der Pflicht Gehaltsausfälle zu kompensieren. Wir
2018 fordern ein Kurzarbeitsgeld auch für Kulturschaffende in Höhe von 90% der Einnahmen der
2019 Vorjahre.
- 2020 - freien Eintritt in alle Landesmuseen.
- 2021 - Die Berufung von Vertreter*innen der Verbände der Freien Kulturszene in einen
2022 Beirat, um die Landesregierung bei der Entwicklung u.a. von Fördermaßnahmen mit
2023 fachlichem Rat zu begleiten, mit dem Ziel die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu
2024 verbessern.

2025 - Den Erhalt und die angemessene Finanzierung aller Kultureinrichtungen des Landes
2026 auch nach dem »Spardruck« der Pandemie.

2027 - Die flächendeckende Förderung des öffentlichen Büchereiwesens nach einheitlichen
2028 Standards; insbesondere die Entwicklung der Büchereien zu dritten Orten und als
2029 Kompetenzzentren für digitale Medien.

2030 - Ein Kulturticket für Beziehende von Transferleistungen, welches zum Eintritt in alle
2031 öffentlichen Kultureinrichtungen berechtigt.

2032 **Sport – Training für Körper, Geist und Gesellschaft**

2033 Sport ist und bleibt zentraler Bestandteil der Gesellschaft. Er wirkt integrativ und vermittelt
2034 Toleranz, Respekt und Fairness, baut Vorurteile ab und verbindet Menschen unabhängig von
2035 ihren individuellen Biografien. Unabhängig davon ist er wichtiger Bestandteil einer gesunden
2036 Lebensweise.

2037 Diesen Stellenwert durfte insbesondere der Breitensport in den letzten beiden Jahren kaum
2038 erfüllen. Während hochbezahlte Profisportler*innen, isoliert von Zuschauer*innen
2039 trainieren, spielen und Fernsehbilder zur Vermarktung produzieren durften, waren die vielen
2040 ehrenamtlich getragenen Vereine stillgelegt. DIE LINKE ist überzeugt davon, dass es genau
2041 diese Ehrenamtlichen sind, die eine größere Aufmerksamkeit, Anerkennung und
2042 Unterstützung verdienen – insbesondere nach dem Mitgliederschwund, der durch den
2043 Shutdown ausgelöst wurde. Wir wollen ihnen den Rücken stärken und dafür sorgen, dass
2044 Vereine und Verbände ihr Angebot erhalten, ja sogar ausbauen können.

2045 Auch die Sportstätten in kommunaler Hand brauchen unseren Schutz. Im »Land zwischen
2046 den Meeren« muss es uns in Alarmbereitschaft versetzen, wenn immer weniger Kinder und
2047 Jugendliche adäquaten Schwimmunterricht erhalten beziehungsweise erhalten können, weil
2048 geeignete Schwimmhallen geschlossen werden oder in katastrophalem Zustand sind und
2049 geeignetes Lehrpersonal – ob nun für schulischen Schwimmunterricht oder bei privaten
2050 Organisationen – zunehmend »Mangelware« ist.

2051 Wir setzen uns für einen diskriminierungsfreien Amateur- und Breitensport ein. Allen muss
2052 es möglich sein, sportliche Angebote wohnortnah nutzen zu können.

2053 Sofern die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen, muss eine Übernahme respektive
2054 Bezuschussung des Mitgliedsbeitrages sowie der nötigen Ausrüstung gewährleistet werden.
2055 Niemand soll durch finanzielle Einschränkungen von Sport ausgeschlossen werden: Fairplay
2056 gilt nicht nur für große Geldbeutel!

2057 **DIE LINKE geht in den Ring für:**

2058 - Ein Förderprogramm des Landes, das Kommunen dabei unterstützt, die vorhandene
2059 Sportinfrastruktur zu ertüchtigen, respektive dauerhaft zu erhalten. Dies zielt darauf ab

2060 sicherzustellen, dass Schulen und Vereine die notwendige Ausstattung haben, ortsnah
2061 sportliche Aktivitäten anbieten zu können.

2062 - Ausbau der Förderung von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Übungs- und
2063 Spielleiter*innen sämtlicher Sportarten.

2064 - Erhalt und Zugangserleichterung zu allen Hallen- und Freibädern im Land. Die
2065 Fähigkeit, schwimmen zu können, ist in unserem von Küsten geprägten Land basal –
2066 Einrichtungen, die dem Erlernen dieser Kompetenz dienen, sind Teil der Daseinsfürsorge.

2067 - Unterstützung der Fanprojekte und der organisierten Fangruppierungen im Land.
2068 Deren Tätigkeitsbereiche liegen oft in sozialen Brennpunkten; sie sind oftmals auch
2069 Anlaufstelle für Probleme außerhalb des Sports. Einer Überwachung und Kriminalisierung
2070 dieser Gruppen stellen wir uns vehement entgegen.

2071 - Eine Evaluation, ob und nach welchen Kriterien die Kosten für Polizeieinsätze bei
2072 professionellen Sportveranstaltungen von den Ausrichter*innen zurückgefordert werden
2073 können. Die enormen Gewinne, die beispielsweise im professionellen Fußball erzielt werden,
2074 erlauben es, die Kosten für die Sicherheit der Veranstaltung nicht durch die Allgemeinheit
2075 tragen zu lassen.

2076 **Säkularität statt Sonderrechte**

2077 Für DIE LINKE ist Glaube Privatsache. Wir verteidigen das Recht zu einem freien
2078 Glaubensbekenntnis und zur Weltanschauung und treten für den Schutz religiöser
2079 Minderheiten ein.

2080 Damit das in einer pluralistischen Gesellschaft funktionieren kann, gehört dazu auch die
2081 strikte Trennung von Staat und Religion.

2082 Artikel 140 der Bundesverfassung legt fest: »Es besteht keine Staatskirche.« Dennoch
2083 überweisen die Länder den Kirchen jedes Jahr mehr als 500 Millionen Euro aus
2084 Steuermitteln, die »Kirchensteuer« – die der Staat unentgeltlich als Dienstleistung für die
2085 Kirchen eintreibt – kommt hinzu. Kirchenvertreter*innen sitzen in Rundfunkbeiräten und für
2086 Kirchen gelten weiterhin, z.B. im Arbeitsrecht, Sonderrechte.

2087 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die besonderen Privilegien der Kirchen auf Landes-
2088 und Bundesebene aufgehoben, Staatsleistungen und Staatsdienstleistungen eingestellt
2089 werden.

2090 Auch Mitarbeitende von Kirchen oder kirchennahen Arbeitgeber*innen müssen ein
2091 Streikrecht und eine echte betriebliche Interessenvertretung bekommen; auch dürfen sie
2092 nicht aufgrund der persönlichen Lebensführung diskriminiert werden.

2093 Das Land kann hier ganz konkret auch durch die eigene Förderpraxis und im Rahmen der
2094 Vergabeordnung Druck ausüben; wir werden uns dafür einsetzen, dass dies auch passiert!

2095 **Digitale Infrastruktur der Logik des Marktes entziehen**

2096 Alle Teilbereiche des Lebens werden zunehmend von der Digitalisierung erfasst. Egal ob
2097 Kommunikation, Behördengänge, Bankgeschäfte oder Medienkonsum; Teilhabe wird
2098 zunehmend auch davon abhängig sein, welchen Zugang man zu öffentlichen Netzen hat.
2099 Insbesondere für ländlich geprägte Länder wie Schleswig-Holstein ist das eine besondere
2100 Herausforderung; DIE LINKE begreift dies als Chance und den Zugang zu einer
2101 Internetinfrastruktur als Grundrecht einer sich digitalisierenden Gesellschaft.

2102 Der Breitbandausbau, wie er nach den Grundsätzen kapitalistischer Produktionsweise
2103 betrieben wird, ist bundesweit gescheitert. Zwar sind auch in Schleswig-Holstein mittlerweile
2104 zwar weitgehend alle Groß- und viele Mittelstädte adäquat erschlossen -dort wo es sich für
2105 die drei großen Anbieter monetär gelohnt hat, den Ausbau voranzutreiben – abseits dessen
2106 finden Privatkund*innen und Unternehmen oftmals Dunkelstellen in drahtlosem und
2107 kabelbasiertem Netz: Funkloch statt Datenautobahn. Bedenkt man, dass das Vorhandensein
2108 eines zeitgemäßen Internetzugangs bereits heute steuert, ob ein Gebiet ein attraktiver
2109 Wohnort oder Unternehmensstandort ist, so kann man seriös davon ausgehen, dass er
2110 mittelfristig gleichzusetzen ist mit einem Anschluss an das öffentliche Strom- oder
2111 Wasserversorgungsnetz.

2112

2113 Diese Aufgabe muss endlich aus der Logik eines Marktes herausgebrochen werden, der zur
2114 flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung schlichtweg unfähig ist. Der Staat muss dafür
2115 sorgen, dass dieses Grundbedürfnis von öffentlich-rechtlich oder gemeinschaftlich
2116 organisierten Vorhabenträger*innen bedient wird.

2117 Hierzu fordert DIE LINKE:

2118 - Bereitstellung von Investitionsmitteln für den Ausbau der Breitbandversorgung im
2119 ländlichen Raum, insbesondere durch kommunale Eigenbetriebe oder genossenschaftlich
2120 organisierte Unternehmungen.

2121 - Beschränkung auf die Förderung von Maßnahmen, deren Ziel die Schaffung einer
2122 flächendeckenden, zukunftsfesten und langfristig nutzbaren Breitbandversorgung ist. Die
2123 Unterstützung von Maßnahmen, welche besonders unterversorgte, ländliche Räume
2124 interimistisch mittels Funkkommunikation anbinden, bleibt hiervon unberührt.

2125 - Freies WLAN in allen Einrichtungen des Landes mit Publikumsverkehr sowie in allen
2126 Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Unterstützung der Kommunen bei vergleichbaren
2127 Vorhaben.

2128 - Schärfere Kontrollen zur Unterbindung von jedweden Verstößen gegen das Gebot der
2129 Netzneutralität

2130 - Langfristige Planungen zur Überführung der Netzinfrastruktur in Gemeineigentum.

2131 **Das Bürger*innenrecht der digitalen Welt: Datenschutz schützen**

2132 Panoptismus beschreibt nach Foucault die zunehmenden Überwachungs- und
2133 Kontrollmechanismen und daraus resultierende soziale Konformität des Individuums. Das
2134 mag für den einen oder die andere dystopisch und technologiefeindlich klingen, jedoch
2135 bewegen wir uns mit jedem Tag darauf zu. So annehmlich, praktisch und erleichternd viele
2136 technologische Errungenschaften der letzten Jahre waren, so gefährlich sind die dadurch
2137 entstandenen Datensammlungen, die sowohl für staatliche Überwachung als auch für
2138 privatrechtliche Repression eingesetzt werden können.

2139 Beispiel: Wenn Sie beispielsweise zu oft Ihren Stromanbieter wechseln – was Sie für
2140 Stromkonzerne sehr teuer macht – erfasst und meldet dies die sogenannte »Schufa«.
2141 Ergebnis: kein Stromanbieter wird Sie zu günstigen Konditionen aufnehmen.

2142 Und dies war trivial; bedenke man erst einmal, welche Auswirkungen gespeicherte
2143 Informationen über Krankheiten, Zahlungsverhalten, sexuelle Orientierung, religiöse und
2144 weltanschauliche Einstellungen oder Kontaktdaten auf das Leben der Menschen haben
2145 könnten.

2146

2147 Dieser Gefahr muss Einhalt geboten werden. Darum steht DIE LINKE für konsequenten
2148 Datenschutz, der das Interesse der Einzelnen über die staatlichen und Kapitalinteressen
2149 stellt.

2150 **DIE LINKE will:**

2151 - Fortlaufende Anpassung der Datenschutzgesetzgebung an die technologischen
2152 Möglichkeiten und Ausweitung auf weitere Merkmale

2153 - Personelle und funktionelle Stärkung des Unabhängigen Landeszentrums für
2154 Datenschutz

2155 - Eine Evaluation, ob im Bereich der Landesverwaltung sowie nachgeordneter
2156 Behörden rechtswidrige Datensammlungen bestehen und – so vorhanden – deren Löschung

2157 - Einführung eines einfach durchzusetzenden Rechtsanspruches aller Einwohnenden
2158 auf Korrektur und Löschung von Daten gegenüber den Betreiber*innen datenschutzrechtlich
2159 relevanter Datenbanken wie Banken oder sogenannte Auskunftsteien.

2160 - Normalisierung von freien und kommerziellen Anonymisierungsdiensten im Internet;
2161 die Nutzung von TOR-Netzwerken oder VPN-Diensten stellt keinen Anfangsverdacht für
2162 Straftaten dar.

2163 - Keine Klarnamenspflicht auf Internetplattformen, egal welcher Art. Das Recht auf
2164 Anonymisierung und Pseudonymisierung muss auch gegenüber »großen Internet-
2165 Konzernen« durchgesetzt werden.

2166 - Der Eingriff in verschlüsselte Kommunikation und die Erfassung von Verkehrsdaten
2167 müssen einem richterlichen Vorbehalt unterliegen; der präventive Einsatz dieser Mittel hat
2168 nicht stattzufinden.

2169 - Das Land Schleswig-Holstein soll sich für ein umfassendes Gesetz zum
2170 Arbeitnehmer*innendatenschutz einsetzen.

2171 - Versuche mit Software zur automatisierten, datenbasierten Vorhersage von
2172 Straftaten lehnen wir ab.

2173 - Personenbezogene Gesundheitsdaten, z.B. über potenziell ansteckende Krankheiten,
2174 sollen künftig nicht mehr durch Landesbehörden, z.B. die Landespolizei erfasst und
2175 gespeichert werden dürfen.

2176 **Quelloffene Software – Quelle für Veränderung**

2177 »Open Source«-Software beschreibt Programme, die meist kostenlos genutzt, deren
2178 Quellcode eingesehen und – so man dazu handwerklich in der Lage ist – geändert werden
2179 können. Wir sehen in quelloffener Software eine Option, langfristig Kosten zu sparen und
2180 sich von den »Global Playern« der IT-Branche zu emanzipieren. Da diese meist aus dem
2181 Nicht-EU-Ausland kommen, stellt dies auch einen erheblichen Gewinn für den Datenschutz
2182 dar – selbst amerikanische Unternehmen sind nach dem Ende der Abkommen »Safe Harbor«
2183 und »EU-US Privacy Shield« datenschutzrechtlich bedenkliche Partner*innen.

2184 Die Umstellung auf Open Source ist indes kein Sprint, sie ist ein Marathon. Viel zu lange
2185 haben Behörden auf Software-Produkte mit Fenstern, Äpfeln und Robotern gesetzt,
2186 während Pinguine eher selten in Amtsstuben gesehen werden. Ursache für diese
2187 strategische Fehlplanung ist einerseits Unwissenheit der Entscheidenden, andererseits die
2188 dazugehörige Wahrheit, dass auch Open Source sich erst mittelfristig rechnet. Für
2189 erfolgreiche Umstellung, den eigenen Betrieb und die Entwicklung der Software bedarf es
2190 Personal und Beratungsleistungen; diese gilt es auch gegen einen öffentlichen und auch
2191 verwaltungsseitigen Druck zu verteidigen. Dass sich die Landesregierung für die sukzessive
2192 Einführung von LibreOffice bis 2025 selbst feiert, unterstreicht, wie wenig des realistischen
2193 Potentials dort erkannt wird und wie wenig Mut vorhanden ist. Ein richtiger Schritt – aber
2194 ein viel zu kleiner.

2195 DIE LINKE setzt sich für Open-Source-Projekte auf allen Ebenen ein. Wir wollen, dass in allen
2196 Bereichen der Landesverwaltung geprüft wird, ob ein Umstieg auf Open-Source-
2197 Betriebssysteme und -Anwendungen möglich ist – insbesondere im Bereich der
2198 Fachverfahren. Auch den Kommunen sollte diese Evaluation als Beratungsdienstleistung
2199 kostenneutral zugänglich gemacht werden.

2200 Wo entsprechende Potentiale attestiert werden, muss schnellstmöglich mit der Umsetzung
2201 begonnen werden. Wo Entwicklungspotentiale festgestellt werden, müssen die
2202 notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden, diese auch zu nutzen.

2203 **Ergänzend dazu fordert DIE LINKE:**

2204 - Mittels Steuergeldern entwickelte Software, Daten und Medien müssen unter einer
2205 Lizenz veröffentlicht werden, die die nichtkommerzielle Verwendung und Nutzung erlaubt.

2206 - Statistisches Datenmaterial, Geodaten und Sensordaten (Gewässer, Pegel,
2207 Luftqualität, Verkehr etc.) sollen über offene und standardisierte Schnittstellen kostenfrei
2208 zur nichtkommerziellen Verwendung und Nutzung online abrufbar gemacht werden (»Open
2209 Data«).

2210 **Öffentlichen Rundfunk stärken**

2211 Der öffentliche Rundfunk in Deutschland – eingeführt nach britischem Vorbild – ist ein
2212 Konzept, um das uns viele andere Nationen medienpolitisch nur beneiden können. Er steht
2213 einerseits für eine breite und multimediale Palette an Informationsangeboten – und ja: Auch
2214 Unterhaltungsangeboten. Andererseits garantiert die Finanzierung über die
2215 Rundfunkbeiträge eine Staatsferne und macht unabhängig von den wirtschaftlichen
2216 Interessen von Werbekund*innen.

2217 Den Anwürfen aus den rechtsradikalen, neoliberalen bis hin zu den konservativen Kreisen
2218 stellt sich DIE LINKE vehement entgegen. Weder kann hier legitimerweise von einem
2219 »Staatsfunk« noch von einer unangemessenen Konkurrenz gegenüber privater
2220 Medienanbieter gesprochen werden. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ausweitung des
2221 Angebotes in die digitale Welt folgt dem Credo, dass die Definition der »Grundversorgung«
2222 an den aktuellen Stand der Entwicklung anzupassen ist. Genauso wenig steht es politischen
2223 Akteur*innen zu, ihnen unliebsame Inhalte über Regierungshandeln zu unterbinden oder zu
2224 ersetzen – und das ist gut so!

2225 Besondere mediale Aufmerksamkeit erlangte die durch die Zusammenarbeit der CDU mit
2226 der AfD in Sachsen-Anhalt gescheiterten Erhöhung des Rundfunkbeitrages um 86 Cent.
2227 Während das rechte Lager hier prinzipiengeleitet agierte, möchten wir im Kontext dieser
2228 Erhöhung die Menschen in den Blick nehmen, für die dieser Betrag tatsächlich eine
2229 zusätzliche Belastung darstellt.

2230 Darum ist es im Kontext einer Erhöhung der Beiträge wichtig, stets die Voraussetzungen für
2231 Beitragsbefreiungen und -ermäßigungen in den Fokus zu nehmen, um soziale Härten
2232 abzuwenden.

2233 Selbstverständlich gibt es auch beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk Reformbedarf. Diesem
2234 zu begegnen, ist gemeinschaftliche Aufgabe der Handelnden des Rundfunks und der Politik.
2235 So sollten administrative und Gehaltsstrukturen überprüft werden; ebenso müssen
2236 beispielsweise die Richtlinien für externe Produktionen insbesondere hinsichtlich der Kosten
2237 auf den Prüfstand. Weder dürfen jedoch inhaltliche Reformen durch die Politik initiiert oder
2238 begleitet, noch sollen hierbei Standorte oder Anstalten konsolidiert und/oder geschlossen
2239 werden.

2240 **Zusammengefasst heißt dies:**

2241 - Es darf keine Hand an das System und das Finanzierungsmodell des öffentlich-
2242 rechtlichen Rundfunks gelegt werden.

2243 - DIE LINKE setzt sich in einer Landesregierung für die Stärkung der digitalen
2244 Medienangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, insbesondere die Medien- und
2245 Audiotheken, ein. Hier sollten Inhalte länger und – wo lizenzrechtlich möglich – dauerhaft
2246 abrufbar sein. Die gegenwärtige Verpflichtung zum Entfernen der von den Anstalten selbst
2247 produzierten Inhalte aus dem Internet muss aufgehoben werden.

2248 - Von den Anstalten selbst produzierte Inhalte sollen so weit wie möglich unter
2249 geeignete freie Lizenzen gestellt werden, um eine Speicherung und möglichst weitgehende
2250 Weiternutzung zu erlauben.

2251 - Die Landesregierung soll als ein Vertragspartner des Rundstaatsvertrages für die
2252 Abwendung sozialer Härten durch Beitragserhöhungen einsetzen. Geeignetes Mittel hierfür
2253 sind z.B. Befreiungen respektive Ermäßigungen für Menschen mit geringem Einkommen.

2254 - Der Höhe des Rundfunkbeitrags muss sich proportional an der individuellen
2255 Einkommenssteuersumme bemessen. Wer mehr hat, soll mehr beitragen, wer weniger hat,
2256 weniger zahlen.

2257 - Radio- und Fernsehprogramme der öffentlich-rechtlichen Sender sollen komplett
2258 werbefrei werden.

2259 - Rundfunkrät*innen sollen künftig regelmäßig durch Wahlen bestimmt werden, wobei
2260 alle Einwohner*innen im jeweiligen Sendegebiet stimmberechtigt sind.

2261 - Zusammen mit den Handelnden muss die Struktur des Rundfunks evaluiert und
2262 daraus der weitere Reformbedarf abgeleitet werden.

2263 - Darüber hinaus wollen wir eine stärkere Förderung von offenen Kanälen sowie die
2264 Vergabe von Sendelizenzen an freie, nichtkommerzielle Radiosender.

2265 **Sicherheit und Freiheit anstatt Angst und Repression**

2266 »Die Zahl der in Schleswig-Holstein registrierten Straftaten ist im vergangenen Jahr mit
2267 173.929 auf den niedrigsten Stand seit 1977 gesunken. Die Aufklärungsquote stieg im
2268 Gegenzug auf 55,8%, die beste überhaupt seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1963.«, so
2269 teilt das LKA in einer Pressemitteilung vom 18. März 2021 mit.

2270 Umso irritierender ist die jüngste Novelle des Landesverwaltungsgesetzes für den
2271 polizeilichen Bereich. Es wäre nicht so, dass lediglich Paragraphen aktualisiert worden wären
2272 – neben der medial vielbehandelten Rechtsgrundlage für den finalen Rettungsschuss gegen
2273 Menschen unter 14 Jahren kamen mit der Ausweitung von »Verdachtsunabhängigen
2274 Personenkontrollen«, »Fußfesseln und Meldeauflagen«, »Taser-Einsatz« und durch die

2275 Polizist*innen steuerbare »Bodycams« zusätzliche Repression- und Einsatzmittel in das
2276 Gesetz. Für reale Bedrohungslagen, wie z.B. die zunehmende Hasskriminalität im Internet –
2277 die sich zunehmend auch in der Realität manifestiert – oder in der Pandemie im Geheimen
2278 angestiegene häusliche Gewalt, liefert das Gesetz indes keine wesentlichen Verbesserungen.

2279 Es ist nicht tragbar, dass Bürger*innen auf Basis von Verdächtigungen – und unter
2280 Umständen auch persönlichen Vorurteilen – am Bahnhof kontrolliert oder mit einer
2281 Fußfessel in der eigenen Wohnung eingesperrt und überwacht werden. Den Einsatz von
2282 sogenannten »Distanz-Elektroimpuls Waffen« (Tasern), lehnen wir ab; die Klassifikation als
2283 »nicht-tödliche Waffe« ist euphemistisch: viel zu hoch ist das Risiko, dass beim Einsatz
2284 Menschen sterben. Und auch der Einsatz von Bodycams muss in dieser Form - in der eine
2285 Aufnahme lediglich auf Anschaltung der Beamt*innen geschieht – auf den Prüfstand.

2286 Die Angriffe auf Einsatzkräfte nehmen – im gesamten Bereich der »Blaulichtorganisationen«
2287 zu; dies ist besorgniserregend. Selbst während der Pandemie, in der Großereignisse –
2288 insbesondere mit Alkoholausschank - weitgehend ausblieben, stiegen die Zahlen in diesem
2289 Bereich weiter an.

2290 Die Forderung nach einer bedingungslosen Solidarisierung mit der Polizei, wie sie in diesem
2291 Kontext aus konservativen Kreisen gefordert wird, halten wir für problematisch. Die kritische
2292 Auseinandersetzung mit polizeilichen Maßnahmen, gemessen an Lage, Rechtsgrundlage,
2293 Durchführung und Ergebnis ist und war nie Akt des Misstrauens. Sie ist Teil der Systematik
2294 der sich notwendigerweise gegenseitig kontrollierenden Akteur*innen der Gewaltenteilung.

2295 Die Ursache ist auch nicht der mangelnde Rückhalt in der Bevölkerung, sondern
2296 anwachsende Teile der Gesellschaft, in denen Aggression respektive Gewaltbereitschaft
2297 vorhanden sind. Dieses strukturelle Problem lässt sich nicht mit Überwachung, Repression
2298 und zusätzlichen Einsatzmitteln begegnen. Die Ausschaltung existenzieller Ängste -
2299 insbesondere Armut und Armutsängste –, der verstärkte Einsatz von Sozialarbeit und
2300 Quartiersmanagement sowie Präventionsmaßnahmen sind hier geeignete Maßnahmen.

2301 Auch muss beleuchtet werden, inwieweit der Dienstherr Rahmenbedingungen schafft – oder
2302 besser: Nicht schafft – in denen Einsatzkräfte den an sie gerichteten Anforderungen gerecht
2303 werden können. Dies sollte beispielsweise durch persönliche und angemessene
2304 Schutzausrüstung, psychologische Begleitung und einen entsprechenden Personalschlüssel
2305 geschehen.

2306 Die politische Ausrichtung von Staatsbediensteten hat den Dienstherrn nicht zu
2307 interessieren. Eine Gesellschaft kann es jedoch nicht tolerieren, wenn Polizeibeamt*innen
2308 nicht fest auf dem Boden der Werte des Grundgesetzes stehen, die sie qua Eid zu schützen
2309 haben. Schleswig-Holstein gilt nicht als Hotspot der bundesweit ans Licht gekommenen,
2310 rassistischen Entgleisungen von Beamt*innen. Dennoch sind auch hier straf-, dienst- und
2311 disziplinarrechtliche Ermittlungen gegen Beamte eingeleitet worden, die sich in Chats
2312 rechtsextremistische, rassistische und menschenverachtende Weise geäußert und unerlaubt

- 2313 Munition besaßen und Polizeischüler drangsalierten ohne Befugnis von Ihnen als
2314 »nichtdeutsch« gelesene Jugendliche.
- 2315 Es muss klar sein, dass für Rassismus, Sexismus, Ableismus – das für diskriminierendes
2316 Gedankengut im Allgemeinen – in der Polizei kein Platz sein darf. DIE LINKE verurteilt
2317 generalisierte Verdächtigungen von Personengruppen in jeder Form.
- 2318 Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes als sogenannten »Inlandsgeheimdienst« betrachten
2319 wir – auch auf Basis einer historischen Verantwortung – äußerst kritisch. Wir stehen dafür
2320 ein, eine ergebnisoffene Evaluation der Einrichtung sowie der demokratischen und
2321 öffentlichen Kontrollmöglichkeiten durchzuführen und die daraus potenziell resultierenden
2322 Handlungsempfehlungen in einer Reform umzusetzen.
- 2323 **DIE LINKE. Schleswig-Holstein tritt dafür ein:**
- 2324 - Mehr finanzielle Unterstützung für die Kommunen, damit diese damit Einrichtungen
2325 zur Sozialarbeit und zum Quartiersmanagement unterhalten können.
- 2326 - Die sofortige Beendigung des Einsatzes von und der Ausstattung mit Distanz-
2327 Elektroimpuls Waffen
- 2328 - Die Rücknahme der Möglichkeiten von verdachtsbasierten Meldeauflagen und
2329 verdachtsbasiertem Einsatz von sogenannten Fußfesseln.
- 2330 - Verdachtsunabhängige Personenkontrollen im öffentlichen Raum abzuschaffen und –
2331 wo nötig – einen räumlich und sächlich engen Rahmen für Personenkontrollen zu definieren.
- 2332 - Den Ausschluss von informationstechnischer Spionage – insbesondere des
2333 sogenannten Staatstrojaners – durch sämtliche polizeilichen wie nachrichtendienstlichen
2334 Organisationen des Landes. Bereits auf diesem Wege gesammelte Informationen, sind
2335 unverzüglich zu löschen.
- 2336 - Eine Veränderung des Einsatzes von Bodycams. Diese sollen künftig Einsätze
2337 vollständig und ohne Steuerungsmöglichkeit durch die Beamt*innen aufzeichnen. Außerdem
2338 muss das Videomaterial auf Systeme einer unabhängigen Institution übertragen und dort
2339 gesichert werden, um nachträgliche Manipulationen von vornherein auszuschließen.
- 2340 - Die Einstellung von Videoüberwachung öffentlicher Plätze; diese ist ausschließlich
2341 dort einzusetzen, wo es die Betriebssicherheit erfordert.
- 2342 - Angemessene Ausstattung der Polizei mit Schutzausstattung und Aufstockung des
2343 Personals, um sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit zu erhalten. Ziel
2344 muss insbesondere sein, mittelfristig den immensen »Überstundenberg« durch Zeitausgleich
2345 abzubauen.
- 2346 - Eine diskriminierungsfreie Kultur im Innen- und Außenverhältnis der
2347 Sicherheitsbehörden.

- 2348 - Den Erhalt von bürgernahen Polizeistationen – insbesondere im ländlichen Raum.
- 2349 - Eine ergebnisoffene Evaluation des Landesamtes für Verfassungsschutz.
- 2350 - Eine Veränderung in der Systematik des Strafvollzugs: Die Resozialisierung muss in
2351 den Vordergrund gestellt werden. Hierfür sind mehr Programme als auch Personal sowohl
2352 innerhalb als auch außerhalb der Gefängnismauern bereitzustellen.
- 2353 - Die verpflichtende Zahlung des Mindestlohns bei Gefangenearbeit.
- 2354 - Die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben ist im Grundsatz abzulehnen; weder
2355 Aufgaben der Sicherheitsbehörden noch Aufgaben der Justiz gehören in privatwirtschaftliche
2356 Hände!
- 2357 - Gerichte und Staatsanwaltschaften sind am personellen Limit – Ergebnis sind lange
2358 Wartezeiten auf Prozesse, Fristversäumnisse und unnötige Verfahreinstellungen.
- 2359 Wir werden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um das Personaldefizit mittelfristig
2360 auszugleichen.
- 2361 - Die Bestellung von Richter*innen sowie Staatsanwält*innen soll ausschließlich durch
2362 unabhängige Wahlausschüsse erfolgen. Es ist sicherzustellen, dass bei der Auswahl alle
2363 gesellschaftlichen Schichten angemessen repräsentiert werden.
- 2364 - Das Weisungsrecht des Landesjustizministeriums gegenüber den
2365 Staatsanwaltschaften wollen wir abschaffen.
- 2366 - In einem Rechtsstaat darf „Recht bekommen“ keine Frage der persönlichen
2367 Ressourcen sein. Darum setzen wir uns für eine Stärkung der Prozesskostenhilfe ein und
2368 möchten diese Möglichkeit niedrigschwellig breiter bekannt machen.
- 2369 - Die Arbeit von Organisationen wie z.B. dem »Weißen Ring« muss, auch finanziell,
2370 weiterhin unterstützt werden.
- 2371 **Versammlungsfreiheit sichern – Protest entkriminalisieren**
- 2372 Das Recht, Versammlungen zu organisieren, ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie.
2373 Kundgebungen und Demonstrationen sind keine Störfälle des öffentlichen Lebens, sie sind
2374 Ausdruck des öffentlichen Lebens.
- 2375 DIE LINKE tritt Versuchen entgegen, eine Stimmung zu erzeugen, die die Kriminalisierung des
2376 politischen Protests zum Ziel hat. Videoüberwachungen ganzer Demonstrationzüge und
2377 Durchsuchungen von Teilnehmenden sind nicht nur Mittel der Repression, sie stellen auch
2378 alle Teilnehmenden unter Generalverdacht und schaffen damit Rahmenbedingungen, an
2379 denen sich leicht Emotionen entzünden und Eskalationen ausgelöst werden können.
- 2380 Darum müssen die Hürden für den Einsatz dieser Maßnahmen erhöht werden.

2381 Auch darf die Teilnahme an einer Versammlung für niemanden ein persönliches
2382 lebensbedrohliches oder erhebliches finanzielles Risiko mit sich bringen. Wir sind demnach
2383 für ein Verbot des Einsatzes von Reizstoffen bei Demonstrationen sowie die Streichung der
2384 Bußgelder aus dem Versammlungsfreiheitsgesetz.

2385 Durch die voranschreitende Veräußerung von Flächen durch das Land und die Gemeinden
2386 und den damit verbundenen Übergang in Privateigentum, wird das Demonstrationsrecht
2387 zusätzlich eingeschränkt. Wir sind überzeugt davon, dass Großgrundbesitz kein Freibrief
2388 dafür sein kann, sich vor öffentlichem Druck zu schützen.

2389 Darum will DIE LINKE dieser Situation Rechnung tragen und nicht nur öffentliche
2390 Verkehrswege, sondern grundsätzlich öffentlich zugängliche Flächen in Privateigentum mit
2391 öffentlichen Flächen gleichstellen.

2392 **Friedenspanzer statt Kriegsschiffe in die Welt schicken**

2393 Schleswig-Holstein ist ein Land mit militärischer Tradition; sowohl die Dichte an
2394 Bundeswehrstandorten als auch die an den Küsten konzentrierte, maritime
2395 Rüstungsindustrie haben dieses Land geprägt. Vor dem Hintergrund der Konsequenzen des
2396 preußischen und des deutschen Militarismus sowie der heutigen Verantwortung
2397 Deutschlands als Exporteur von Rüstungsgütern, muss diese Prägung kritisiert werden.

2398 Wir stehen fest an der Seite der Friedensbewegung, sind fest verankert in Friedensinitiativen
2399 in Schleswig-Holstein und stellen uns weiterhin deutschen Auslandseinsätzen entgegen.
2400 Schleswig-Holstein soll nicht den diplomatischen Brandstifter*innen hinterherlaufen, die
2401 glauben, Konflikte lassen sich militärisch beenden. Von Schleswig-Holstein muss Frieden
2402 ausgehen.

2403 Für DIE LINKE ist die Bestrebung, das Soldatentum – insbesondere in sozialen Medien – im
2404 Stil eines Videospieles darzustellen, es auf Berufsorientierungs- und Informationsmessen als
2405 normalen Beruf zu verkaufen oder Kinder bereits im Rahmen des Schulunterrichtes damit zu
2406 konfrontieren, ein falscher – gar ein moralisch verwerflicher – Ansatz.

2407 Der Kriegsdienst ist – der Name sagt es bereits – die Teilnahme am Krieg. Am Töten und
2408 Sterben. Nichts worauf eine dreijährige Ausbildung vorbereitet, nichts wovon man sich in 30
2409 Tagen Jahresurlaub erholt, nichts von dem man davon ausgehen kann, dass es die gesamte
2410 Erwerbsbiografie füllt.

2411 Ebenfalls sehen wir es kritisch, wenn die Rüstungsproduktion ohne weiteres als Bestandteil
2412 der Industrie betrachtet wird. Denn während exportierte Windkraftanlagen, Schiffe und
2413 Boote bei ihrer Verwendung am Zielort einen sinnvollen Zweck erfüllen, gilt dies für
2414 Rüstungsgüter an deren Bestimmungsorten nicht: Diese dienen ausschließlich der
2415 Abschreckung und dem Einsatz in bewaffneten Konflikten in der Welt, denen jährlich
2416 unmittelbar und mittelbar unzählige Unschuldige zum Opfer fallen.

2417 Wir kritisieren es, wenn an öffentlichen Hochschulen militärische Forschung betrieben wird,
2418 Rüstungsunternehmen dort staatlich subventioniert und unterstützt werden und eine der
2419 wichtigsten Ressourcen unserer Gesellschaft – die Wissenschaft – für destruktive Zwecke
2420 gebunden wird.

2421

2422 Gleichzeitig gilt: Diese Kritik gilt nicht den Soldat*innen, nicht den Werkträgern in der
2423 Rüstungsindustrie. Auch nicht denjenigen, die in staatlich geförderten, militärischen
2424 Forschungsprojekten mitwirken.

2425 Wir sind Ihnen gegenüber solidarisch: Wir riskieren nicht deren Leben, indem wir sie in
2426 Kriegseinsätze schicken, deren nachhaltige Wirkung innerhalb weniger Tage zerstört. Wir
2427 möchten Ihnen mittels Konversion die Möglichkeit anbieten, Güter zu fertigen, die einen mit
2428 dem Gemeinwohl im Einklang stehenden Zweck erfüllen. Wir wollen eine Wissenschaft für
2429 das Leben – nicht für den Tod.

2430 Insbesondere in der Pandemie ist überdies deutlich geworden, dass die Bundeswehr als
2431 »Lückenbüsser« genutzt wird, sobald die heruntergesparte Personaldecke der Kommunen
2432 und des Landes an ihre Grenzen kommt. Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Bundeswehr,
2433 telefonische Kontakte nachzuverfolgen. Es ist auch nicht die Aufgabe der Bundeswehr,
2434 Impfbüros zu organisieren.

2435 Einsätze der Bundeswehr im Inneren sind im Grundsatz abzulehnen – dazu gehört auch, dass
2436 nicht fahrlässiger Weise eine Situation hergestellt werden darf, die genau diese mangels
2437 zivilen Personals notwendig macht. Die zivilen Ressourcen – insbesondere beim
2438 Katastrophenschutz – müssen endlich wieder adäquat ausgestattet werden.

2439 **Hierzu möchte DIE LINKE unter anderem:**

2440 - Die Konzeption und den Beginn eines Konversionsprogrammes, um militärische in
2441 zivile Produktion umzuwandeln und die betroffenen Arbeitsplätze damit zu erhalten und
2442 aufzuwerten. Diesen Prozess sollen Hochschulen, gemeinsam mit den Unternehmen und
2443 Gewerkschaften, begleiten.

2444 - Subventionen für Unternehmen, die sich bereit erklären, sich an diesem
2445 Konversionsprogramm zu beteiligen und die Produktion sukzessive umzustellen.

2446 - Die Unterstützung von Initiativen zur Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen zur
2447 Festlegung der Forschung und Lehre auf zivile Zwecke.

2448 - Die sofortige Beendigung der Zusammenarbeit von zivilen Einrichtungen –
2449 insbesondere Bildungseinrichtungen – mit der Bundeswehr.

2450 - Die Abschaffung von Subventionen und Fördergeldern des Landes an Unternehmen,
2451 die an Rüstungsforschung oder Rüstungsproduktion beteiligt sind.

2452 - Zivile Organisationen wie z.B. das Technische Hilfswerk sind so auszustatten, dass im
2453 Katastrophenfall effektive Hilfe geleistet werden kann.

2454 - Den Einsatz für die Ächtung autonomer Waffensysteme.

2455 - Eine Bundesratsinitiative, um Gelder für Forschung und Entwicklung aus dem
2456 Rüstungsetat herauszulösen und der zivilen Forschung für Maßnahmen gegen den
2457 Klimawandel zuzuführen.

2458 - Ausweitung unangemeldeter, waffenrechtlicher Kontrollen bei Privatpersonen, um
2459 unsachgemäße Aufbewahrung, nicht registrierte Kleinwaffen und den unerlaubten Besitz
2460 von Munition unter Kontrolle zu bekommen.

2461 **Finanzen**

2462 In Zukunft investieren, nicht in die Vergangenheit

2463 Während andere lobende Worte für die eigene Regierungsarbeit finden, so kann DIE LINKE in
2464 der aktuellen Finanzpolitik, durch die Schuldenbremse auf ein Mindestmaß in ihren
2465 Möglichkeiten beschnitten, nichts Lobenswertes finden.

2466 Es ist wahr, dass die Schuldenbremse in den letzten Jahren auf dem Papier effektiv war. Für
2467 die Lebensrealität vieler Menschen hingegen wird klar, der Schuldenberg wächst weiter:

2468 In den Schulen wächst der Schuldenberg in Form von mangelnder und mangelhafter
2469 Ausstattung sowie sanierungsbedürftiger Gebäude. Bei der Infrastruktur wachsen die
2470 Schulden in Form von maroden Straßen und Brücken sowie einer völlig unzureichenden
2471 Versorgung mit Schieneninfrastruktur. Beim Klimaschutz wachsen die Schulden mit jedem
2472 Tag, an dem keine Maßnahmen getroffen werden, um das 1,5°-Ziel auch nur annähernd zu
2473 erreichen.

2474 Im Zuge der derzeitigen Lage am Kapitalmarkt, in der wir als einhellig als solvent geltendes
2475 Land Geld dafür bekommen, Geld zu leihen, ist es volkswirtschaftlicher Irrsinn, dass die
2476 »schwarze Null« im Finanzministerium als Mantra gilt, während dringend notwendige
2477 Investitionen nicht getätigt werden.

2478 All diese Schulden hinterlässt die aktuelle Politik den künftigen Generationen. Die
2479 Schuldenbremse ist keine Schulden-, sie ist eine Zukunftsbremse.

2480 Die Pandemie hat Licht und Schatten für die Finanzpolitik bereitgehalten. Licht, weil
2481 unterstrichen wurde, was DIE LINKE schon beinahe gebetsmühlenartig repetiert: Der Staat
2482 muss einerseits – notfalls auch mit Krediten – investieren, um Impulse in die Wirtschaft zu
2483 geben und andererseits in Krisen diejenigen stützen, die ansonsten vor existenziellen
2484 Bedrohungen stünden. Aber auch Schatten, denn die Investitionen sind leider an vielen
2485 Stellen nicht nachhaltig und die Nothilfen für kleine und mittelständische Unternehmen
2486 scheiterten an Bürokratie und Desorganisation, während Dividenden ausschüttende

2487 Konzerne mit milliardenschwerer Bundeshilfe und Kurzarbeiter*innengeld subventioniert
2488 wurden.

2489 Die Pandemie zeigt: Wir brauchen neue Maßstäbe.

2490 DIE LINKE steht für eine Finanzpolitik, welche die Sicht auf Schulden nicht ausschließlich auf
2491 Haushaltspläne verengt. Das bedeutet selbstverständlich nicht »Konsum auf Pump«, es
2492 bedeutet, dass Investitionen in wichtige Zukunftsfelder nicht an der Schuldenbremse
2493 scheitern dürfen. »Plietsche Politik«, die die Bedürfnisse einer Gesellschaft von heute und
2494 morgen in den Vordergrund stellt, anstatt »Schwäbische Hausfrauen«-Rhetorik.

2495 Vordringlich im Bereich der Bildung – bei KiTas, Schulen und Universitäten – und bei der
2496 sozial-ökologischen Wende in Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus sehen wir einen
2497 dringenden Investitionsbedarf. Auch beim Ausbau und der Steigerung der Attraktivität des
2498 öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs muss schnell und entschlossen gehandelt
2499 werden.

2500 In jeder dieser Maßnahmen steckt darüber hinaus das Potential, zusätzliche Einnahmen zu
2501 akquirieren oder künftige Kosten zu mindern.

2502 Maßnahmen zur sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft und zur Konversion der
2503 Rüstungsindustrie stärken ansässige Unternehmen und generieren Unternehmenssteuern.
2504 Der Anstieg regulärer Beschäftigung in der Industrie, im Handwerk, im öffentlichen Dienst,
2505 bei Vereinen und Verbänden erhöht sowohl die Kaufkraft als auch die
2506 Einkommenssteuereinnahmen. Bildung, Integration und soziale Sicherheit senken Ausgaben
2507 im Sozial- und Gesundheitsbereich.

2508 **Nichts ist teurer als nicht getätigte Investitionen.**

2509 Sparvorschläge haben wir auch – wir gehen jedoch mit gutem Beispiel voran und sparen
2510 dort, wo wir selbst betroffen wären.

2511 Wir möchten uns im Landtag dafür einsetzen, die Diäten der Landtagsabgeordneten zu
2512 kürzen und die Bezüge der Regierungsmitglieder zu verringern. Die Zulagen für
2513 Fraktionsvorsitz und Parlamentarische Geschäftsführung wollen wir entfallen lassen. Die
2514 Besoldungsgruppen von Staatssekretär*innen sowie der*des Präsident*in des
2515 Landesrechnungshofs wollen wir absenken. Altersbezüge der Regierungsmitglieder wollen
2516 wir an das Renteneintrittsalter der gesetzlichen Rente koppeln.

2517 Mit Sparen allein kommen wir jedoch nicht weit. Die Austeritätspolitik der Troika hat
2518 Griechenland nicht gerettet und wird es auch nicht; die Austeritätspolitik rettet weder unser
2519 Land noch unsere Städte und Gemeinden. Die Verschuldung muss dort bekämpft werden,
2520 wo sie entstanden ist: Auf der Einnahmenseite.

2521 DIE LINKE will, dass Schleswig-Holstein die treibende Kraft hinter Initiativen ist, die einen
2522 Wechsel in der Steuerpolitik zum Ziel haben: Die Entlastung von kleinen und mittleren

2523 Einkommen. Steuersätze und Beitragsbemessungsgrenzen, die diejenigen entlasten, denen
2524 am Ende des Geldes viel Monat bleibt und diejenigen belasten, die das Monatsende nur als
2525 kalendarische Größe kennen. Steuern, die Erben und Superreiche endlich gerecht an der
2526 Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen.

2527 Wir fordern eine Millionärssteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine sozial
2528 gerechte Erbschaftssteuer und die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer.

2529 »Last but not least«: Durchschnittlich werden in Schleswig-Holstein Großunternehmen alle
2530 fünf, Mittelbetriebe alle zehn, Kleinunternehmen alle zwanzig Jahre kontrolliert. Die
2531 miserable personelle Ausstattung der Steuerfahndung mag für Zyniker ein Standortvorteil
2532 Schleswig-Holsteins sein – für das Leitbild des »ehrbaren Kaufmanns« muss es ein Gram sein.
2533 Keine Berufsgruppe im öffentlichen Dienst amortisiert den Personaleinsatz so schnell wie
2534 Steuerfahnder*innen – darum möchten wir die Steuerverwaltung und -fahndung deutlich
2535 verstärken.